

# ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Auf die Straße für den Frieden!

Nicht erst seit dem 24. Februar 2022 ist die deutsche Medienmafia außer Rand und Band, wenn es um Hetze gegen Rußland und gegen Menschen geht, die für Vernunft und Verhandlungen über Waffenstillstand und dauerhaften Frieden eintreten. Rund um den 25. Februar, dem Tag der Demonstration in Berlin, zu der Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer aufgerufen hatten, steigerte sich

Die von SPD, Linkspartei und Grünen geführte Staatsgewalt in Berlin förderte die Pogromstimmung. Ihre Politiker, einige „Linke“ an der Spitze, verunglimpften die Kundgebung. Wer dorthin wollte, mußte an einem bedrohlichen Massenaufgebot von Polizisten und kilometerlangen Absperrungen vorbei. Selbstverständlich schützten die Staatsorgane den rechten Krawallpublizisten Jürgen Elsässer, als ihm



Frieden um keinen Preis: Auch unter Wasser greifen die USA an

den Haß noch einmal an die Grenze von Mordhetze. Es erinnerte an die Zeit, als die von deutschen Industriekapitänen gegründete „Antibolschewistische Liga“ an der Jahreswende 1918/1919 in Berlin plakatierte: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!“ Als Mitte der 60er Jahre in der BRD und in Westberlin Jugendliche gegen den Vietnamkrieg der USA auf die Straße gingen, übernahmen die Zeitungen des Springer-Konzerns deren Bekämpfung mit ähnlicher Wut. 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg ermordet, 1968 Rudi Dutschke angeschossen. Was damals vor allem „Bild“-Stil war, ist heute der aller Staats- und Konzernmedien. So steigerte sich zum Beispiel eine Schreibkraft des Hannoverschen Madsack-Konzerns, der sich zum Teil im SPD-Besitz befindet, namens Markus Decker am 28. Februar im konzerneigenen „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ in eine Art Delirium und phantasierte über Sahra Wagenknecht, die eine „Mischung aus Intelligenz und Ruchlosigkeit“ sei: „Es geht ihr um die Zerstörung der Demokratie. Wagenknecht ist ihre in Deutschland wohl einflußreichste Feindin.“

Versammlungsleiterin Sevim Dagdelen klar machte, daß er nicht willkommen sei. Mehr als 750 000 Menschen hatten Mitte März das „Manifest“ unterschrieben – offenbar gibt es Gründe zur Nervosität. Unter solchen Voraussetzungen versteht es sich fast von selbst, daß in den deutschen Großmedien fast keine Rede von der Resolution zum Ukraine-Krieg war, die von der UN-Vollversammlung am 23. Februar mit einer Mehrheit von 141 Stimmen bei sieben Gegenstimmen und 32 Enthaltungen verabschiedet wurde. Sie enthält nämlich keine Verurteilung Rußlands, sondern fordert u. a. dazu auf, die „diplomatischen Bemühungen“ um Frieden in der Ukraine „zu verdoppeln“. Das entspricht dem „Manifest für Frieden“ und dem 12-Punkte-Plan, den die Volksrepublik China am 24. Februar zur Vermittlung zwischen Kiew und Moskau vorlegte. Dialog und Verhandlungen sollen aber nach dem Willen des Westens nicht sein. Er spitzt fast täglich die Lage zu. Die Haßpropaganda ergänzt die Eskalation auf dem Schlachtfeld. Bewußt gehen die Politiker des Westens das

Risiko ein, daß es zu einer direkten Konfrontation mit russischen Streitkräften kommt. Am 14. März war es faktisch so weit. Eine US-Drohne vom Typ MQ-9 „Reaper“ (Schnitter, Sensenmann) versank im Schwarzen Meer, nachdem sie die Grenzen der nach dem Einmarsch Rußlands in die Ukraine gemäß internationalen Normen bekanntgegebenen zeitweiligen Sperrzone verletzt hatte. Der Vorfall zeigte, daß USA und NATO nicht nur am Boden (von Stäben in Kiew über Waffenlieferungen bis zur Ausbildung von Soldaten) Kriegsparteien in der Ukraine sind, sondern auch in der Luft. Sie testen die Abwehrbereitschaft der russischen Luftstreitkräfte: Am 11. März schickten sie einen US-Bomber vom Typ B-52, der auch Atomwaffen tragen kann, bis 200 Kilometer vor St. Petersburg. Am 14. März fand laut „Team Luftwaffe“ auf Twitter der „erste gemeinsame Alarmstart“ britischer und deutscher Kampfflugzeuge statt. Sie hätten zwei russische Flugzeuge, darunter eine zivile Regionalverkehrsmaschine vom Typ AN-148, „im internationalen Luftraum“ angefliegen. Frieden ist bei Leuten, die so etwas systematisch betreiben, nicht nur unerwünscht, er ist für sie Horror. Die deutschen Großmedien liefern dieser Politik die passenden Feinde und die Einschüchterung aller, die nicht aufbegehren. Der „RotFuchs“ wird diesem Druck widerstehen. Die Ostermärsche der Friedensbewegung werden ein weiteres Zeichen gegen Haß, Größenwahn und Krieg setzen.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Zeitenwende	2
NATO-RF-Krieg	8
KPRF zum Ukraine-Krieg	10
Geschichte der Ukraine	12
US-Konzerne kaufen Ukraine auf	15
Bewegung im Wirtschaftskrieg	17
Aufbruch in Neuordnung der Welt	18
Ruhe an der Heimatfront!	20
Betrug, Fälschungen, Fake News	20
Blutige Tomaten	22
Wahlen in Nigeria	25
Der Wirtschaftskorridor China – Myanmar	27
Sind die Kommunisten gegen Eigentum?	26
Kornwalzen-Skandal	29
Papst Franziskus – an der Seite der Völker	30
Programmwurf der KPD 1968	32
Eine Schule für den Frieden	35
Leserbriefe	37

# Zeitenwende oder Zeiten-Ende?

Im dritten Band der Memoiren Ilja Ehrenburgs steht auf Seite 35 der Satz: „Wir hassen die Deutschen, weil sie uns zwingen, sie zu töten ...“ Ehrenburg war einer der profiliertesten Autoren der Sowjetunion, bekannt geworden u. a. auch als Berichterstatter im „Großen Vaterländischen Krieg“. Drehen wir die Zeitspule nach vorn. Wir befinden uns am Vorabend von ... ja wovon? Am 25. Februar jährte sich der Tag, an dem die russische Regierung entschieden hat, in einen Krieg einzugreifen, den sie nicht begonnen hat und den sie nicht beginnen wollte. Daß selbst der noch amtierende NATO-Generalsekretär Jens Stol-

über Sicherheitsgarantien brüsk abgelehnt wurden, übernahm die russische Regierung auch mit Blick auf die eigene Staatlichkeit das Gesetz des Handelns. Vielleicht wird eines Tages die Erkenntnis reifen, daß Rußland seit seiner Existenz und vor allem nach 1945 um sein Existenzrecht kämpfte, weil es sich stets in der Position befand, sich behaupten bzw. verteidigen zu müssen. Deshalb sind wir nicht Zeugen eines russischen Angriffs-, sondern viel eher Zeugen eines Präventiv- oder Verteidigungskriegs. Rußlands mit dem Datum 24. Februar 2022 vollzogene Entscheidung ist zweifellos bitter, zumal die in Solidarität mit der Sowjet-

gerechnete Teilnehmerzahl ein Element der schon im Vorfeld betriebenen Schmutzkampagne war. Als Sahra Wagenknecht in ihrer großartigen Rede den Namen der Außenministerin nur nannte, veranstalteten die Teilnehmer ein lautstarkes Pfeifkonzert.

## „Tötet ihre Führer!“

Die Versuche, die Initiatorinnen schon im vorhinein zu dämonisieren und zu „entdemokratisieren“, erinnert an die Weimarer Republik. Die Legende, daß damals die Kommunisten mit der aufstrebenden NSDAP die Demokratie zerstört hätten, wird gegenwärtig zu reanimieren versucht. Die geheulten Warnungen vor rechten oder rechtsextremen Teilnehmern wurden herbeigeschrieben, -geschrien, geradezu gewünscht. Die „Nachdenkseiten“ haben das „jämmerliche“ Reagieren der Medien in einem ersten Anlauf eindrucksvoll dokumentiert (NDS, 27. Februar). Markus Decker hat dies in seinem Rufmord-Beitrag für das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (RND) höchst perfide so zum Ausdruck gebracht: „Es wäre naiv zu glauben, es ginge der selbsternannten Friedensfreundin um Frieden. Nein, Wagenknecht, die die Grenzen zwischen Diktatur und Demokratie nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine systematisch verwischt, geht es nicht um Frieden. Es geht ihr um die Zerstörung der Demokratie. Wagenknecht ist ihre in Deutschland wohl einflußreichste Feindin.“ Die wirklichen Feinde der Demokratie sitzen woanders, nämlich gemeinsam mit Herrn Decker in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Massenmedien (der vierten Gewalt neben Legislative, Exekutive und Judikative). Die SZ spricht von „Friedensnazis“, andere sprechen von einer „Friedensmeute“. Mit solchen Beiträgen versucht die real existierende Meute, nämlich die tonangebende Fraktion der „vierten Gewalt“, ein Klima der Gewalt, der Intoleranz und der Ausgrenzung zu erzeugen. Die „journalistischen Kammerjäger“ (Henry Hübchen) bedienen sich solcher Methoden, mit denen sie, vergleichbar mit Weimar, die Demokratie nicht verteidigen, sondern sie wie vor Jahrzehnten zu zerstören versuchen. Die Berliner Landesvorsitzende der Linkspartei Katina Schubert ging so weit, daß sie behauptete, die Kundgebung habe mit linker Friedenspolitik nichts zu tun, als ob der Begriff „linke Friedenspolitik“ nicht hinterfragt werden dürfe. Dann fügte sie noch hinzu: „Unsere Befürchtungen haben sich bestätigt: Wer einen Aufruf startet, der querfronttauglich ist, erntet Querfront.“ Wer sucht, der findet, heißt es. Frau Schubert entdeckte auf Schildern geschriebene Sätze, die einen Vergleich von Hitler und Baerbock zogen. Diesen Unsinn nutzte sie, um sich über eine „unfaßbare Relativierung des Faschismus“ zu echauffieren. Als führende Funktionärin der Linkspartei sollte sie wissen, daß sie mit ihrem Querfront-Gerede genau die Motive für diejenige liefert, die eine „Zeitenwende“ à la 1933 anvisieren. Der ehemalige Innenminister Schleswig-Holsteins Ralf Stegner forderte



tenberg eingestanden hat, daß der Krieg bereits 2014 begonnen hat, ist hier nur bedingt hilfreich, zumal seine Schuldzuweisung nur einen Täter ausmacht. Der Norweger verkennt die Tatsache, daß „seine“ NATO den Beginn des Krieges ohne exaktes Datum in jene Jahre verlegt hat, als der Westen sich entgegen bekundeter Vertrauenszusagen (zuletzt NATO-Rußland-Akte 1998) entschieden hatte, die NATO kriegstreibend bis an die russische Westgrenze auszudehnen. Nach der sozialistischen Niederlage 1990 wurden große Hoffnungen gehegt. Aber das so häufig genannte Ende des kalten Kriegs war gleichzeitig die Zeugungsstunde eines neuen heißen Kriegs. Seine Vorbereitungen führten u. a. über den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien hin zum Maidan-Jahr 2014. Der von der ukrainischen Regierung entfachte Bürgerkrieg kostete 14 000 Menschen das Leben. Obwohl schon längst klar war, daß die NATO an einer friedlichen Lösung des Konflikts im Donbass nicht interessiert war, faßte sich Rußland in Geduld. Das tat es sogar auch dann noch, als die NATO das Regime in Kiew und seine Galionsfigur Selenskyj mit Geld und Waffen vollgestopft hatte und die Ukraine systematisch auf einen Krieg vorbereitete. Doch erst als alle Bemühungen Rußlands für einen Vertrag

union verbundenen Antifaschisten ähnlich irritiert waren, als sie 1939 vom Abschluß des „Hitler-Stalin-Pakts“ überrumpelt wurden. Die Entscheidung damals war vielleicht auch in völkerrechtlicher Hinsicht strittig. Sie erwies sich aber letztlich als eine Trumpfkarte im anticolonialen Befreiungskampf. Dieser Sieg war auch die Grundlage für den in der Charta der Vereinten Nationen fixierten Text. Nicht strittig ist hingegen die Bewertung der Minsk-2-Lüge. Der Vertrag unter dem Namen Minsk 2 wurde vom obersten Gremium der UNO, dem Sicherheitsrat, unterzeichnet. Wir befinden uns im Klassenkampf gegen das schrankenlose globale Machtstreben der westlichen Politik. Ilja Ehrenburgs „Haß“, übertragen auf den gegenwärtigen Krieg, richtet sich heute gegen die USA und die NATO. Als der Autor dieser Zeilen am Samstag, dem 25. Februar, vom Potsdamer Platz kommend, auf dem Weg zur Kundgebung „Aufstand für Frieden“ durch das nasse Laub im Tiergarten stapfte, beneidete er „unser“ Annalena. Sie genoß ja laut eigener Aussage das Privileg, stets auf den Schultern des Jugoslawienbombers Josef (Joschka) Fischer stehen zu dürfen. Hätte er an diesem Schmuttelwetter dort auch stehen können, hätten sich beide davon überzeugen können, daß die offiziell verkündete, nach unten

im Bundestag die beiden Initiatorinnen der Kundgebung auf: „Schließen Sie Ihre rechte Flanke!“ Wie soll das denn gehen? Soll die Teilnahme an Antikriegs-Demonstrationen künftig erst nach vorherigem Gesinnungstest erlaubt werden?

Gehen wir noch einen weiteren großen Schritt zurück. Daß der eitle, an der Humboldt-Universität lehrende Professor Herfried Münkler nicht im Abseits stehen bleiben wollte, versteht sich von selbst. Er bezeichnet das mittlerweile von über 750 000 Menschen unterzeichnete Wagenknecht/Schwarzer-Manifest als gewissenlos. Er wird als Historiker den Aufruf der 93 „An die Kulturwelt!“ vom 4. Oktober 1914 kennen. Darin heißt es: „Wir als Vertreter deutscher Wissenschaft und Kunst erheben vor der gesamten Kulturwelt Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache

in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten. Glaubt uns! Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle.“ Zu den Unterzeichnern des Manifests gehörten u. a. Gerhard Hauptmann, Paul Ehrlich, Rudolf Chr. Eucken, Wilhelm Foerster, Fritz Haber, Ernst Haeckel, Max Liebermann, Max Planck, Max Reinhardt und Wilhelm Röntgen. Münkler wird auch die Worte von Wilhelm Zwo vom 6. August 1914 kennen: „Es muß denn das Schwert nun entscheiden!“ Einen Monat später war Deutschland gleichsam neu geboren. „Wie hat sich die Welt um und in uns verändert?“ jubelte der große Germanist und ständige Sekretär der Berliner Akademie der Wissenschaften, Exzellenz Gustav Roethe. Er hielt die

zweite der „Aufrüttelnden Deutschen Reden in schwerer Zeit“, mit denen sich die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität in den Dienst des Krieges nehmen ließ. In seinem Buch „In Stahlgewittern“ ehrte Ernst Jünger eine Generation junger Offiziere als Helden. Es folgte Verdun. Der Katzenjammer war nur kurz. Wenig später wurden Karl und Rosa ermordet. Wir wissen: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. ... Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod.“ (Bertolt Brecht)

Die uns verkündete Zeitenwende darf nicht zum Zeiten-Ende führen; nur gemeinsam können und müssen wir das verhindern!

Hans Schoenefeldt

## „Das Versagen der Parteispitze ist unentschuldigbar“

Interview mit Sevim Dagdelen: Nico Popp

*Die Kampagne gegen die Initiatorinnen und die Inhalte der Kundgebung am Brandenburger Tor am 25.3. hält an. Zunächst: Welche Eindrücke haben Sie aus der Veranstaltung mitgenommen?*

Der Zuspruch aus der Bevölkerung, die in ernsthafter Sorge ist bezüglich der Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen, ist groß. Das von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierte „Manifest für Frieden“ mit mittlerweile mehr als 700 000 Unterzeichnern und die große Kundgebung „Aufstand für Frieden“ treffen den Nerv der Zeit. Daß die Polizei bei 13 000 Demonstranten mit dem Weiterzählen aufgehört hat, mag der Tatsache geschuldet sein, daß die Einsatzkräfte mit der rechtlich fragwürdigen Sperrung des Kundgebungsbereichs wegen Überfüllung beschäftigt waren.

*Haben die Angriffe im Vorfeld nicht auch viele Menschen davon abgehalten, zu der Kundgebung zu gehen? Oder hat das Ihrer Ansicht nach nicht verfangen?*

Die Diffamierungen zielen auf die Konstruktion eines inneren Feindes und haben ganz offensichtlich nicht verfangen. Mit schätzungsweise 50 000 Teilnehmern hat der „Aufstand für Frieden“ wirklich alle Erwartungen übertroffen. Die Kundgebung und das Friedensmanifest sind Ermutigung für viele, ihre Stimme für einen Waffenstopp und Verhandlungsdiplomatie deutlicher und lauter zu erheben.

*Wie bewerten Sie die Rolle, die die Bundesspitze Ihrer Partei in diesem Zusammenhang gespielt hat?*

Das Versagen der Führung von Die Linke ist unentschuldigbar und geradezu selbstzerstörerisch. So handelt die Spitze einer Sekte, nicht die einer verantwortungsvollen linken Partei. Im Gegensatz dazu haben Linke-Mitglieder mit den Füßen abgestimmt und sind massenhaft zum Brandenburger Tor gekommen. Das Agieren der Bundesspitze hat nichts mehr mit der Gründungsidee und dem Programm der Partei Die Linke zu tun – sowohl in der Friedenspolitik als auch, was den antifaschistischen Gründungskonsens betrifft. Statt gegen den Faschistenverehrer und Banderisten Melnyk, dem die israelische Botschaft Verharmlosung des Holocaust vorwirft, klare Kante zu zeigen, wird er von linken Amtsträgern hofiert.

*Die stellvertretende Parteivorsitzende Katina Schubert will auf der Kundgebung eine „Querfront“ in Aktion gesehen haben. Was ist davon zu halten?*

Katina Schubert ist mit ihren Forderungen nach Waffenlieferungen geistig längst bei der FDP-Rüstungslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Anton Hofreiter von den Grünen angekommen. Das gilt auch für die Bremer Linke-Spitze oder Bodo Ramelow, der die Lieferung schwerer Waffen „in jedem erforderlichen Umfang“ gegen Rußland fordert. Wer sich Forderungen des deutschen Militarismus gegen den alten Hauptfeind der deutschen Rechten zu eigen macht, der hat den politischen Kompaß längst verloren. Was ist das für ein Antifaschismus, der die eigene Partei für Kriegsgegner unwählbar macht, damit die AfD weiter stärkt und Die Linke als ursprüngliche Friedenspartei in die große Querfront der vielen anderen Kriegsparteien eingemeinden will?

Dazu paßt die Brandenburger Linke-Abgeordnete Anke Domscheit-Berg, die meinte, für Frieden zu demonstrieren, wenn sie mit Leuten gemeinsame Sache macht, die – drei Demonstranten von ihr entfernt – mit „Gute Russen = Tote Russen“ auf ihrem Plakat für Völkermord werben.

*Wie nehmen Sie im Vergleich die Debatte an der Parteibasis wahr?*

Alle Umfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung und das Gros der Linke-Wähler gegen Waffenlieferungen und für Diplomatie und Verhandlungen sind. Das Manifest unterstützen 67 Prozent der Mitglieder. Die Parteiführung entkoppelt sich von einer großen Mehrheit an der Parteibasis.

*Bei einer Auseinandersetzung mit dem rechten Publizisten Jürgen Elsässer am Rande der Kundgebung waren Sie mittendrin. Was genau ist da passiert?*

Elsässer versuchte, die Friedenskundgebung in eigener Sache zu instrumentalisieren. Er und seine rechtsextremen Provokateure waren nicht willkommen, das habe ich ihnen auch persönlich erklärt und das haben unsere Ordner von Anfang an sehr deutlich gemacht. Durch ihr beherztes Einschreiten und die Unterstützung seitens anderer Kundgebungsteilnehmer wurden Elsässer und Co. auf Distanz gehalten, während die Berliner Polizei des „rotgrün-roten“ Senats sie gewähren lassen wollte. Alles andere sind kontrafaktische Verleumdungen.

*Aus: junge Welt, 2.3.23*

# Sternenbanner-Pandemie

Man muß auf dem Erdenrund nicht lange suchen, wo überall das Sternenbanner der USA auf Militärbasen (ca. 1 000 in 45 Ländern), Flugzeugträgern (11 z.Zt. in Dienst), Kriegsschiffen auf den Weltmeeren (ca. 300), auf Atombomben-Silos in Deutschland und anderswo weht; wo es sich ausbreitet über Getötete, Trümmer und Hungernde in Asien, Afrika und nun auch in der Ukraine. Alle Kontinente – Rußland, China, Kuba, andere mittel- und südamerikanische Länder sowie einige exkoloniale Entwicklungsländer in Asien und Afrika ausgenommen – sind mit diesem, mit Kriegs-, Embargo- und Sanktionspolitik infizierten Fahmentuch überzogen. Es gab kaum einen nationalen und regionalen Konflikt, keinen Krieg seit dem Ende des 2. Weltkrieges, in den sich die Vereinigten Staaten von Amerika nicht eingemischt hätten. Ob in Korea, in Vietnam, Afghanistan, Iran, Jugoslawien oder im aktuellen Stellvertreterkrieg der Ukraine gegen Rußland – in jedem dieser militärischen Zerstörungsorgien hatten die USA ihre schmutzigen Finger im Spiel, legten das Feuer oder brachten einen inneren Schwelbrand erst so richtig zum Lodern.

Länder mit einer florierenden Wirtschaftsentwicklung in Europa, Asien und Australien werden vom US-Kapital durch Knebelverträge auskonkurriert und abhängig gemacht oder schlicht vom Angebotmarkt verjagt, wie u.a. chinesische HID-Technik. Das Völkerrecht und die Sicherheit für Frieden in der Welt fördernde internationale Verträge werden von Washington entweder gar nicht erst unterzeichnet, nach Unterzeichnung ad acta gelegt oder ganz und gar annulliert, sobald sie den wirtschaftlichen, politischen und weltmachtstrategischen Interessen der USA entgegenstehen. Insbesondere Rüstungskontrollvereinbarungen, wie der Atomwaffen-Sperrvertrag von 1969, der INF-Vertrag über das Verbot von landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen von 1987, der Luftüberwachungsvertrag „Open Skies“ von 1992 und der Vertrag zur Begrenzung des strategischen Kernwaffenpotenzials von 2011 stehen auf der Liste bereits von den USA gekündigter, nicht verlängerter oder nicht ratifizierter internationaler und bilateraler Verträge mit Rußland. Darüber hinaus verletzen die USA international eingegangene Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. Sie verließen 2019 den UN-Menschenrechtsrat, u.a. mit der Begründung, dieser entscheide parteilich gegen die USA und mit ihr Verbündete. 2022 traten sie wieder ein und versuchen nun, ihn politisch gegen Rußland und China zu instrumentalisieren. Nicht nur nebenbei sei vermerkt, daß die USA 2019 ihren Rückzug aus dem internationalen Pariser Klimaabkommen erklärt haben. Darin verpflichteten sich 195 Staaten, auch die USA, den Klimawandel einzudämmen und die Weltwirtschaft klimafreundlich umzugestalten. Und schließlich sei auf die Freihandelsstrategie der USA hingewiesen, nur solche Handelsabkommen zu schließen und zu akzeptieren, die ihrem Welt Herrschaftsanspruch entsprechen. Die Sternenbanner-Pandemie hat sich als die größte

Gefahr für die Existenz der Menschheit seit Mitte des 20. Jahrhunderts ausgebreitet.

Das Sternenbanner mit seinen 50 brillanten Sternen auf blauem Grund symbolisiert die 50 Bundesstaaten der USA, nicht die von der UN aktuell anerkannten 195 Staaten der Erde. Mit Blick auf diese 50 Bundesländer, hätten die Regierungsmächtigen im Weißen Haus wohl genug zu tun, sich um Probleme und Konflikte im eigenen Land zu kümmern, als sich zum „Weltgendarm“ zu küren. Die Arbeitslosenquote in den USA lag zu Beginn



2022 bei rund 5,5 Prozent und gleicht damit dem Durchschnitt der Arbeitslosenquote in den wirtschaftlich führenden Ländern in Europa. Die USA stehen an der Spitze erfaßter Kriminalität bei Betrugs-, vor allem aber von Waffen- und Tötungsdelikten. Der offiziellen Kriminalstatistik zufolge stieg die jährliche Zahl der Tötungsdelikte mit Waffen seit 2014 von 12 342 auf 20 212 Fälle im Jahr 2022. Die Armutsquote lag laut eigenen Erhebungen 2021 unter der afro-amerikanischen Bevölkerung bei 21,7 %, bei der indigenen bei 25,9 %, bei der weißen aber nur bei 9,5 %. Rassismus ist Staatsdoktrin, unabhängig von der Hautfarbe von Regierungsmitgliedern. Völkerrecht wird nur dann anerkannt, wenn es das „Recht made in USA“ nicht stört. Eine internationale Rechtskategorie, die Menschenrechtsverletzungen innerhalb der USA und in deren Außenverhältnis zu anderen Völkern, Ländern und Staaten unter Strafe stellt und durch ein entsprechendes Gericht ahnden kann, ist nach US-amerikanischer Lesart unamerikanisch. Allenfalls ist sie gegen Widersacher, Wirtschafts- und Militärkonkurrenten zur Rechtfertigung eigener Völkerrechtsverletzungen zu mißbrauchen. Schließlich ist das geltende Völkerrecht nicht unwesentlich durch US-Politiker nach dem 2. Weltkrieg formuliert worden, damals schon bewußt und gezielt mit Selbstschutzlücken, mit einer „Kneipentür, die nur nach außen aufgeht“. Wie reagieren deutsche Politiker in

Regierungsamt und -würden allgemein unter dem Druck der Sternenbanner-Pandemie? Nein, nicht mit schützenden Masken zur Abwehr der US-Kriegsviren; nicht mit Abstandsregeln im Kontakt mit den Virenschleudern aus Washington; nicht mit Impfkationen für eine Souveränitätsimmunität. Im Gegenteil. Der scheinbarweise Entschluß der Bundesregierung, die Ukraine mit schweren Waffen zu beliefern, beginnend mit Boden- und Luftabwehrwaffen bis zunächst mit dem Offensivpanzer „Leopard“, läßt offen, daß Luftkampf- und Unterwasserwaffen folgen. Von hier aus ist der Schritt zur Verlegung von Bundeswehr-Bodentruppen in die Ukraine nicht weit. Politiker der deutschen Ampelregierung, wie Baerbock, Hofreiter, Strack-Zimmermann und andere, lechzen schon danach.

Ich verfolge seit langem das zunehmend unerträglicher werdende Gebaren von Redakteuren und Kommentatoren des Nachrichtenportals „T-Online“ über den Ukraine-Krieg und die Rolle Rußlands als „das Böse“ schlechthin. „BILD“, „taz“, „FAZ“ und „Spiegel“ müssen sich sputen, im Medienkrieg gegen Rußland nicht in die Etappe versetzt zu werden. „T-Online“ robt sich an die vorderste Front, gewissermaßen als Vorposten für den Einsatz der Bundeswehr. Was einem da über den Ukraine-Krieg entgegenflimmert, blendet die Augen, erzeugt Haarsträuben, reizt die Nerven. Da hilft Maske tragen schon nicht mehr, nur noch schnellstens den Computer herunterfahren. Eine derart einseitige, unkritische, ja beipflichtend huldigende Berichterstattung hat es wohl noch nicht gegeben.

Die Sternenbanner-Pandemie wirkt sich aber nicht nur in deutschen Regierungs- und ihr hörigen Medienkreisen aus. Ihre Opfer finden sich auch unter jenen Bürgern, die immer mehr und weitreichendere Waffenlieferungen an die Ukraine fordern. Am 24. Februar, dem ersten Jahrestag der militärischen Spezialoperation Rußlands in der Ukraine, jubelten blau-gelb eingefärbte Medien über eine von ihnen inszenierte Umfrage unter 5000 Bundesbürgern. 62 Prozent der Befragten hätten für die Fortsetzung des Krieges gegen Rußland plädiert.

Zum Glück entschließen sich immer mehr Menschen, sich den Mund nicht verbieten zu lassen. Polizeilichen Fehlzählungen nach seien es nur 13 000 Teilnehmer an der Friedenskundgebung am 25. Februar 2023 am Brandenburger Tor in Berlin gewesen, die für einen Waffenstillstand und anschließende diplomatische Bemühungen, den Krieg in der Ukraine zu beenden, dem Aufruf „Für Frieden“ gefolgt waren. Wesentlich realistischer sind die Angaben von Veranstaltungszählern, die auf wenigstens 30 000 bis maximal sogar 60 000 Teilnehmer kamen. Und mehr als 750 000 Bürger haben das „Manifest für Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer unterzeichnet – eine Hoffnung, daß immer mehr Menschen bereit sind, sich gegen die Sternenbanner-Pandemie zu schützen.

**Manfred Wild**  
Berlin

Ostermärsche, die traditionell in regionaler und lokaler Verantwortung liegen, finden in diesem Jahr vom 6. bis 10. April statt.

Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfesten wird sich die Friedensbewegung, wie in Berlin und Haldensleben, kraftvoll zu Wort melden.



## Ostermarsch 2023 in Berlin

Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg

### Stopp!

Wir wollen nicht in einem Atomkrieg sterben! Wir wollen gesund und in sozialer Sicherheit leben, im Frieden mit den Völkern der Welt! Der Krieg in der Ukraine eskaliert mit jedem Tag. Abertausende Menschen wurden schon getötet, Millionen in die Flucht getrieben, Städte zerstört. Durch die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen, durch permanente Kriegsrhetorik und durch Schüren von Feindbildern macht sich Deutschland mitschuldig daran.

### Das wollen wir nicht.

Die Ausgaben für die deutsche Kriegsbeteiligung tragen wir Steuerzahlende. Die Steigerung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die im Februar 2022 beschlossenen Kriegskredite unter dem Tarnnamen „Sondervermögen“ kosten uns bald 100 Milliarden Euro jährlich. Der Anspruch unserer Regierung, in Europa militärische Führungsmacht zu werden, führt nach zwei von deutschem Boden ausgegangenen Weltkriegen in die falsche Richtung.

### Das wollen wir nicht.

Die auch von Deutschland verhängten Sanktionen gegen Rußland schaden uns. Wir erleben Reallohnverlust, Preissteigerungen und erhöhte Energiekosten. Millionen fallen in die Armut. Gelder werden verschwendet, die wir dringend für die Überwindung der drängenden Probleme in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Umwelt und Klima benötigen. Frackinggas erhöht die Belastung der Biosphäre. Rüstungs- und Energiekonzerne fahren unvorstellbare Profite ein.

### Das wollen wir nicht.

Jeder weitere Kriegstag erhöht die Gefahr eines Dritten Weltkrieges. Alles scheint denkbar: Angriffe auf das Territorium Rußlands,

Ausdehnung auf NATO-Staaten, Havarie eines Atomkraftwerkes im Kriegsgebiet, selbst der Einsatz von Atomwaffen. Deutschland wird dann mit Sicherheit zum Schlachtfeld.

### Das wollen wir nicht.

Mit der Modernisierung der US-Atomwaffen auf deutschem Boden, der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr, der Stationierung von US-Hyperschallwaffen, der Rolle Deutschlands als Drehscheibe von NATO und USA für ihre Kriegseinsätze in aller Welt sind wir mitverantwortlich und Teil der Maschinerie des Tötens.

### Das wollen wir nicht.

Von deutschem Boden darf nur Frieden ausgehen. Das wurde im Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 festgelegt. Es ist Zeit, dem auch Taten folgen zu lassen:

Wir verlangen ein konsequentes Umdenken und Handeln der politisch Verantwortlichen, entsprechend ihrem Amtseid, Schaden von uns abzuwenden und uns zum Nutzen zu sein.

### Keine weitere Waffe an die Ukraine!

Schluß mit Kriegshetze und Sanktionen! Ernstzunehmender, ehrlicher Einsatz für Verhandlungen ohne Vorbedingungen! Keine Atomwaffen und Hyperschallwaffen auf deutschem Boden! Für eine europäische Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok!

### Abrüsten!

#### Kontakt:

Friedenskoordination Berlin,  
c/o Laura von Wimmersperg, Hauptstr. 37,  
10827 Berlin, Tel.: 030/782 33 82, 0162/196  
69 45, [info@friko-berlin.de](mailto:info@friko-berlin.de),  
<http://www.friko-berlin.de>

**Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg**

Stopp!  
Wir wollen nicht in einem Atomkrieg sterben!  
Wir wollen gesund und in sozialer Sicherheit leben  
im Frieden mit den Völkern der Welt!

**Samstag 8. April  
13.00 Uhr**

Elise und Otto-Hampel-Platz  
(beim Jobcenter/Müllerstr. 147/Wedding)

[www.frikoberlin.de](http://www.frikoberlin.de)

V.i.S.d.P.:  
Friedenskoordination Berlin  
c/o Laura von Wimmersperg  
Hauptstr. 37, 10827 Berlin

Telefon: 782 33 82 – +49 152 196 69 45  
Info@friko-berlin.de  
Spendenkonto: Elisabeth-Walser  
IBAN: DE70 6001 0070 0060 1837 00

**Kapitalismus, Waffen und Krieg  
sind das Problem  
und nicht die Lösung!**

offen-heid

**OSTERMARSCH**  
und 355. Friedensweg der  
Bürgerinitiative OFFENE HEIDE  
**Ostermontag, 10. April 2023**  
12.05 Uhr in Haldensleben

# EUROPÄISCHE PROTESTE GEGEN KRIEG, NATO UND DIE EU-ENERGIEPOLITIK

Große Demonstrationen in vielen europäischen Städten seit 2022 signalisieren die wachsende Protestbereitschaft der Bevölkerung gegen Krieg, NATO-Aggression und gegen Rußland gerichtete EU-Sanktionen, welche die innenpolitische Instabilität anheizen. Steigende Strompreise lassen die Inflation auf ein Niveau ansteigen, das seit drei Jahrzehnten nicht mehr gesehen wurde.

Sie zeigen, daß das Bewußtsein über die Rolle der USA und der NATO bei der Verlängerung und Eskalation des Krieges in der Ukraine im gesamten politischen Spektrum wächst. Viele der Demonstranten fordern von ihren Regierungen, auf die baldige Beendigung des Krieges hinzuwirken anstatt mit immer weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine die Situation anzuhetzen.

## FINNLAND

Fortschrittliche und Antikriegskräfte in Finnland protestieren weiterhin gegen den Antrag des Landes auf NATO-Mitgliedschaft. Viele Demonstranten sind der Meinung, daß Finnlands Beitritt zum US-geführten Militärbündnis nicht im Interesse des finnischen Volkes ist. Das politische Establishment in Finnland nutzte den Vorwand des Ukraine-Krieges, um eine Kampagne zu führen, in der behauptet wird, daß der NATO-Beitritt für die Sicherheit des Landes unerlässlich sei.

## NORWEGEN

Friedensaktivisten in Norwegen haben ein Abkommen kritisiert, das den USA ungehinderten Zugang zu ihren Militärbasen gewährt. „Norwegen für den Frieden“ und die Kommunistische Partei Norwegens protestierten auch gegen den Kurswechsel der über sieben Jahrzehnte praktizierten Außenpolitik, das Land zu einem immer wichtigeren Gastgeber und Teilnehmer von NATO-US-Militärübungen in der skandinavischen Region zu machen.

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

Im vergangenen September fanden in Prag riesige Demonstrationen mit bis zu 70 000 Teilnehmern statt, bei denen die Regierung aufgefordert wurde, mehr zu tun, um den steigenden Energiepreisen Einhalt zu gebieten. Immer wieder war zu hören: „Nicht Rußland, sondern die Regierung der Kriegstreiber ist der Feind!“.

## ITALIEN

Die Zukunft der militärischen Unterstützung Italiens für die Ukraine in ihrem Krieg mit Rußland wurde in Frage gestellt, nachdem Tausende von Menschen im Oktober in Rom und Mailand auf die Straße gingen, um gegen die Waffenlieferungen nach Kiew zu protestieren. Lokale Medien berichteten, daß Demonstranten Transparente, Plakate und Regenbogenfahnen hochhielten. Sie forderten Verhandlungen und diplomatische Anstrengungen, um die Krise zu lösen. Unter den Demonstranten waren Vertreter von Gewerkschaften, Studentengruppen und Kulturvereinen. Immer mehr Italiener argumentieren, daß die Verfolgung der EU- und NATO-Politik gegenüber der Ukraine den Krieg verlängern und Ressourcen umleiten könnte, die die Regierung zu Hause ausgeben sollte.

## REPUBLIK MOLDAU

Als eines der ärmsten Länder Europas zahlt die Republik Moldau einen hohen Preis für die harte Pro-EU- und Pro-NATO-Haltung ihrer Regierung gegenüber der Ukraine, angeführt von Premierministerin Maia Sandu. Früher ein exklusiver Nutzer von russischem Gas, haben die Sanktionen der Republik Moldau gegen Rußland dazu geführt, daß Gazprom die Lieferungen um 30 % reduziert und die Zahlung ausstehender Schulden gefordert hat. Die Gasrechnungen sind um 27 % und die Inflation um 33 % gestiegen, während die meisten Moldauer in eine verheerende

Lebenshaltungskostenkrise gestürzt wurden. 7000 Demonstranten marschierten in der Hauptstadt und forderten Maia Sandus Rücktritt, einige schlugen sogar ihr Lager vor ihrem Haus auf und weigerten sich zu gehen, bis sie es tat.

## PORTUGAL

In Portugal nahmen im Dezember Hunderte von Menschen an Demonstrationen in Lissabon und Porto teil, um eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine zu unterstützen. Der portugiesische Rat für Frieden und Zusammenarbeit sagte: „Wir sind heute hier, weil es geboten ist, den Kampf für den Frieden zu verstärken, um den kriegstreiberischen Wahnsinn zu stoppen, der die Politik der EU und der europäischen Regierungen beherrscht und den Interessen der Vereinigten Staaten völlig untergeordnet ist.“

## SPANIEN

Der NATO-Gipfel fand im Juni 2022 in Madrid statt und führte zu mehreren Protesten, darunter einer Demonstration mit mehr als 5000 Teilnehmern. Ein zweiter geplanter Marsch wurde von den Behörden verboten. Während auf einigen Bannern sowohl Rußland als auch die NATO verurteilt wurde, konzentrierten sich andere auf die Rolle der NATO und sagten: „Nein zur NATO, Nein zum Krieg, Ja zum Frieden“. Einige forderten die Schließung von NATO-Stützpunkten in Spanien.

Die Tatsache, daß die Rechte mit der Opposition gegen den Krieg und die EU-Politik Boden gutmacht, sollte ein Weckruf für die Linke sein, in diesen Fragen zu kämpfen und der Rechten nicht den Raum zu geben, die Interessen der Menschen zu verteidigen.

Marianne Hitchen

Redaktionell gekürzt

Quelle: *The Socialist Correspondent*, Nr. 47, 29.1.23

## Protest gegen den Flugzeugträger USS George W. Bush in Piräus

Die Präsenz des Flugzeugträgers USS George W. Bush im größten Hafen Griechenlands zieht den Zorn der Menschen auf sich, die die Beteiligung des Landes an den kriegstreiberischen imperialistischen Plänen der Regierung nicht hinnehmen wollen. Mit Losungen wie „Weder Land noch Wasser für die Mörder des Volkes“ gingen tausende Demonstrantinnen und Demonstranten am 4. Februar auf die Straße in der Gemeinde Piräus. Die Kundgebung wurde von der örtlichen Organisation der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) organisiert. Ziel war es, ein Zeichen gegen die



vonstattengehende Umwandlung Griechenlands in eine riesige US-NATO-Militärbasis zu setzen. Als Anlaß diente die Präsenz des

Flugzeugträgers USS George W. Bush im größten Hafen des Landes und drittgrößten Hafen am Mittelmeer.

Hauptredner der Kundgebung war Nikos Abatielos, Mitglied des ZK der KKE und Vorsitzender der Kommunistischen Jugend Griechenlands (KNE). Nach der Rede auf dem Korai-Platz marschierten die Demonstranten in Richtung der zentralen Straße von Piräus und erreichten Pasalimani, direkt gegenüber dem Ort, an dem die USS George W. Bush angedockt hatte.

Aus: *ZdA*, Wien, 5.2.23

# Westen verhinderte im Frühjahr 2022 ein rasches Kriegsende in der Ukraine

## Abzug gegen Neutralität

Die Gespräche über ein Waffenstillstands- oder sogar Friedensabkommen zwischen der Ukraine und Rußland waren im März 2022 tatsächlich relativ weit gediehen. Das ließ sich damals Berichten diverser Leitmedien aus mehreren westlichen Staaten klar entnehmen. So zitierte etwa der britische Daily Telegraph am 3. April 2022 eine Äußerung, die David Arachamija, einer der ukrainischen Verhandlungsführer, im ukrainischen Fernsehen getätigt hatte: „Die Russische Föderation hat eine offizielle Antwort auf alle unsere Vorschläge gegeben“; Moskau habe „die ukrainische Position akzeptiert außer der Krimfrage“.[1] Die ukrainische Position bestand vor allem darin, daß Rußland seine Truppen aus der Ukraine abziehe – bis auf den Donbass und die Krim. Der russische Verhandlungsführer Wladimir Medinski wiederum wurde mit der Aussage zitiert, Kiew habe sich darauf eingelassen, was Moskau bereits seit 2014 fordere; gemeint war, wie der Daily Telegraph erläuterte, vor allem die Neutralität der Ukraine. Arachamija ergänzte, man werde die Sache nun in trockene Tücher bringen; dann könnten die Präsidenten beider Länder zusammenkommen und alles auf höchster Ebene abschließen. Er habe bei alledem allerdings „das Gefühl, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die letzten sein werden, die sich darauf einlassen“ – wohl erst dann, „wenn sie sehen, daß alle anderen zustimmen“.[2]

### „Die Ukraine braucht Frieden“

Mit dem Bericht des Daily Telegraph decken sich Schilderungen diverser ehemaliger US-Regierungsmitarbeiter, die zwei bekannte US-Rußland-Expertinnen, Fiona Hill und Angela Stent, im September in der US-Zeitschrift Foreign Affairs wiedergaben. Hill war mehrere Jahre lang im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten tätig gewesen. Den US-Regierungsmitarbeitern zufolge „schienen sich russische und ukrainische Verhandler auf die Umriss einer vorläufigen Verhandlungslösung geeinigt zu haben“, laut der Rußland sich „auf seine Stellungen vom 23. Februar zurückziehen“ werde, während die Ukraine „zusage, keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben und sich statt dessen um Sicherheitsgarantien einer Reihe von Staaten“ zu bemühen.[3] Aufbauend auf diesem Verhandlungsstand sprach sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy noch am Abend des 4. April 2022 für einen schnellen Waffenstillstand aus. Er forderte bei einem Besuch in der Stadt Butscha: „Die Ukraine muß Frieden bekommen.“[4]

### Der Wunsch nach Waffenstillstand

Weitere Aufschlüsse bringen Aussagen aus einem Interview mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett, der sich Anfang März vergangenen

Jahres als Vermittler zwischen Moskau und Kiew betätigte. Bennett berichtet, damals seien sowohl der russische Präsident Wladimir Putin als auch Selenskiy zu Zugeständnissen bereit gewesen, um den Krieg zu stoppen: Putin habe die Forderung nach „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine zurückgezogen, während Selenskiy bereit gewesen sei, auf die ukrainische NATO-Mitgliedschaft zu verzichten. Beide seien „pragmatisch“ aufgetreten und hätten seinem Eindruck nach „stark einen Waffenstillstand“ gewünscht; in einem Verhandlungsmarathon seien zahlreiche Entwürfe für ein Abkommen erarbeitet worden. Dann jedoch hätten die westlichen Mächte die Verhandlungen gestoppt.[5] Er sei sich sicher, es habe „eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gegeben“, bekräftigt Bennett, der auf die entsprechende Nachfrage des Interviewers („wenn sie“, die westlichen Mächte, „das nicht gedrosselt hätten?“) nickt.

### Die NATO interveniert

Daß die reale Chance auf einen Waffenstillstand oder gar ein Friedensabkommen damals von den westlichen Mächten verhindert wurde, bestätigen auch Recherchen des Diplomaten Michael von der Schulenburg, eines ehemaligen Assistant Secretary-Generals der Vereinten Nationen. Laut von der Schulenburg sollte die Einigung auf ein Abkommen am 29. März in Istanbul beschlossen werden.[6] Auf einem Sondergipfel am 23. März in Brüssel verlangte die NATO dann allerdings, schon vor weiteren Verhandlungen müsse Rußland die Waffen schweigen lassen und seine Truppen abziehen; ein möglicher Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wurde nicht erwähnt.[7] Von der Schulenburg stuft dies als letztlich erfolgreichen Versuch ein, „die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen zu beenden“. Wenig später, stellt der Diplomat fest, änderte Rußland seine Strategie und setzte nun darauf, „durch die Besetzung ukrainischen Territoriums den Beitritt der Ukraine zur NATO zu verhindern und seinen Zugang zum Schwarzen Meer schützen zu können“.

### Boris Johnson reist nach Kiew

Dazu, wie der Westen seine Gegnerschaft zu einem frühen Ende des Krieges nach Kiew übermittelte, liegen ebenfalls mehrere offen zugängliche Quellen vor, insbesondere britische und ukrainische Medienberichte. So hieß es in der britischen *Times*, die Regierung in London sei „besorgt“ gewesen, „einige Verbündete“ – genannt wurden vor allem Deutschland und Frankreich – seien „allzu begierig“ gewesen, daß Selenskiy eine Vereinbarung unterzeichne. Premierminister Boris Johnson habe deshalb am letzten Märzwochenende 2022 Selenskiy angerufen und ihn vor weiteren Verhandlungen „gewarnt“;

zugleich habe London Kiew neue Waffen in Aussicht gestellt, etwa Drohnen.[8] Auch die *Ukrainska Prawda* brachte Johnson mit dem Ende der Friedensverhandlungen in Verbindung: Als der britische Premierminister am 9. April persönlich in Kiew eintraf, habe er die „Botschaft“ mitgebracht, der Westen sei zu der Auffassung gekommen, Putin sei nicht so mächtig, wie man zuvor gedacht habe, und es gebe eine Chance, ihn „unter Druck zu setzen“.[9] Drei Tage danach teilte Putin offiziell mit, die Gespräche mit der Ukraine über ein Waffenstillstandsabkommen steckten „in einer Sackgasse“. Dabei blieb es.

### Wo entschieden wird

Fast ein Jahr nach Kriegsbeginn und zehneinhalb Monate nach der Sabotage des russisch-ukrainischen Waffenstillstandsabkommens durch den Westen, beklagte der einstige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, in der NATO gebe es gegenwärtig, was den auf Insistieren führender NATO-Mitglieder nicht beendeten Krieg anbelange, keine einheitliche Linie. „Deswegen bin ich der Meinung“, sagte Ischinger, es sei notwendig, „eine politisch-strategische Kontaktgruppe“ einzurichten, „um die westlichen [!] Kriegsziele so klar zu definieren, daß wir alle wissen ..., wo es hinget“.[10] Man müsse sich etwa festlegen: „Wollen wir tatsächlich die Ukraine ermuntern, die Krim militärisch zurückzuerobern?“ Dazu gebe es gegenwärtig „ein weites Spektrum unterschiedlicher Meinungen“. Über sie entschieden wird letzten Endes nicht in Kiew, sondern im Westen.

*german-foreign-policy.com*, 15.2.23

- [1], [2] Nataliya Vasilyeva: Russia has agreed to almost all of our peace proposals, says Ukrainian negotiator. *telegraph.co.uk* 3.4.2022.  
 [3] Fiona Hill, Angela Stent: The World Putin Wants. *Foreign Affairs*, September/October 2022. S. 108-1022.  
 [4] Verhandlungen im Ukraine-Krieg: Selenskiy äußert sich zu möglichen Gesprächen. *fr.de* 4.4.2022.  
 [5] Branko Marcetic: The Grinding War in Ukraine Could Have Ended a Long Time Ago. *jacobin.com* 8.2.2023.  
 [6] Michael von der Schulenburg: Es geht darum, den Frieden zu gewinnen – nicht den Krieg. *makroskop.eu* 11.10.2022.  
 [7] Statement by NATO Heads of State and Government. *nato.int* 24.3.2022.  
 [8] Steven Swinford, Larisa Brown, Bruno Waterfield: Don't back down, Britain urges Ukraine. *thetimes.co.uk* 31.3.2022.  
 [9] Iryna Balachuk, Roman Romaniuk: Possibility of talks between Zelenskyy and Putin came to a halt after Johnson's visit – UP sources. *pravda.com.u* 5.5.2022.  
 [10] Ischinger fordert Klarheit über Kriegsziele des Westens. *tagesschau.de* 14.2.2023.

# Ansichten und Aktionen zum NATO-RF-Krieg und zu Chinas Friedensplan

Was ist zum vom kollektiven Westen begonnenen Stellvertreterkrieg und zur von Rußland als Antwort durchgeführten Spezialoperation in der Ukraine nach mehr als einem Jahr festzustellen?

Diese immer weiter ausufernde militärische Auseinandersetzung ist kein begrenzter Konflikt zwischen der Ukraine und Rußland zur Lösung separatistischer Probleme. Es geht um die Frage, ob sich das von den USA angeführte unilaterale Weltsystem, was die Vereinigten Staaten mit ständigen Kriegen erhalten wollen, oder ob sich ein multilaterales System in der Welt durchsetzt. In diesen Kampf sind immer mehr Länder einbezogen, werden immer „wirksamere“ Waffen eingesetzt, wodurch die Welt und ihre friedliche Entwicklung aufs äußerste gefährdet ist.

Man positioniert sich, die USA mit den NATO-Ländern sowie China und Rußland mit den SOZ-Staaten.

Angesichts dessen, daß die beiden atomaren Supermächte und weitere Atommächte im NATO-RF-Krieg verwickelt sind, besteht nach wie vor eine explosive Lage. Eine von Vernunft geleitete Politik ist insbesondere im kollektiven Westen nicht zu erkennen, wohingegen China Vorschläge zum Frieden und zu einer multipolaren Welt unterbreitete und Rußland seine Bereitschaft zu Verhandlungen kundtat.

## Ukrainische Aggressionen und russische Antworten

Da wir durch die Mainstream-Medien einseitig und verfälscht informiert werden, wie das Verschweigen der acht Jahre lang stattgefundenen ukrainischen Aggressionen gegenüber den um ihre Selbständigkeit kämpfenden Donbass-Republiken belegt, sollen hier unabhängige internationale Experten zu Wort kommen. So stellt der russische Publizist **Alexej Netschajew** fest, daß der 24. Februar 2022 kein Wendepunkt war, wie das der Westen fälschlicherweise propagiert. Die russische Spezialoperation ist eine Folge der Entwicklungen in der Ukraine ab 1990, über den Euro-Maidan 2014 bis zur Angriffsvorbereitung der Ukraine auf die Donbass-Republiken im Frühjahr 2022. Dabei verfolgte die NATO das Ziel, über die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, Raketenstützpunkte (ähnlich denen in Rumänien und in Polen) an der russischen Grenze zu basieren, um damit Rußland die Antwortmöglichkeiten auf westliche Erstschlagsraketenangriffe zu nehmen. Am 18.2.22 verschärften die ASOW-Nazis ihre Aggressionen im Donbass und vernichteten damit gezielt viele Menschenleben und deren Lebensgrundlagen, was zur Massenflucht der dortigen Bevölkerung führte. Am 21. Februar erkannte die Russische Föderation (RF) die Volksrepubliken des Donbass LVR und DVR an. Somit war der 24.2.22 der Beginn der UN-gestützten Antwort Rußlands zur Verteidigung der Menschen aus dem Donbass und zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine mittels einer Spezialoperation. Das

letztgenannte Datum wird in der westlichen Presse als „unprovoked Angriff“ Rußlands auf die Ukraine mythologisiert. Die vorliegenden ukrainischen Befehle beweisen, daß die Angriffsgruppierung der Ukraine von 120 000 Mann ab dem 28.2.22 zum Sturm des Donbass bereit sein sollte. Dem ist die RF zuvorgekommen und rettete damit Tausenden Menschen das Leben.

## Die KPRF zur Spezialoperation der RF in der Ukraine

Der linke Journalist und Rußlandkenner **Harald Projanski** schrieb in der jW vom 4.3.23, daß die Vertreter der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) früher als das Regierungslager erkannten, daß die Hoffnung auf ein Entgegenkommen des Regimes in Kiew und seiner westlichen Förderer unrealistisch war. Sie hielten eine Anerkennung der Donbass-Republiken durch Rußland für historisch unvermeidlich.

Der KPRF-Vorsitzende Gennadi Sjuganow begründete die Anerkennung der Volksrepubliken folgendermaßen: Der Donbass, so Sjuganow im Januar 2022, sei als Industrieregion vom „sowjetischen Staat“ geprägt worden. Seit acht Jahren führe die Ukraine Krieg gegen die Bevölkerung der Volks-Republiken, deren Bewohner nicht wieder in den Bestand der nazistischen Ukraine zurückkehren wollen, denn eine Million von ihnen seien bereits Bürger der RF geworden. Die RF müsse die Sicherheit dieser Bürger „vor äußeren Bedrohungen“ schützen. Sjuganow forderte die Führung der RF auf, keine Atomwaffen gegenüber der Ukraine anzuwenden. Weiterhin sollte sich die RF unbedingt direkt an die Bürger der Ukraine wenden. Damit benannte Sjuganow ein erhebliches Defizit der russischen Regierung und des Präsidenten Putin, die sich bisher nicht mit einer klaren Botschaft über die politischen Ziele der Spezialoperation an die ukrainische Bevölkerung gewandt haben.

## Äußerungen weiterer Politiker und Experten zum NATO-RF-Krieg in der Ukraine

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten **Dmitri Peskow** erklärte Ende Februar 2023: „Die NATO hat sich von einem indirekt handelnden Gegner zu einem Rußland aktiv bekämpfenden Feind entwickelt, der durch seine fast unbegrenzte Unterstützung des Kiewer Regimes als unmittelbarer Teilnehmer in den NATO-RF-Krieg eingetreten ist. Ihre Aufklärung arbeitet rund um die Uhr gegen uns. Ihre kostenlosen Waffen werden in die Ukraine geschleust. Dort wird unser Militär damit beschossen, aber auch Bürger der Ukraine, ukrainische Städte und Dörfer.“ Peskow unterstrich den kollektiven Charakter der NATO bei der Eskalation des Konflikts durch die Lieferung von immer effektiveren Waffen. Zur Aussetzung des Rüstungskontrollvertrages START-3 durch die RF führte er aus, daß neue Verhandlungen zu diesem Vertrag erst

dann beginnen könnten, wenn USA und NATO die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands berücksichtigen. Der Kremlsprecher widersprach am 27.2.23 den Äußerungen von Joe Biden, wonach die Krim und Teile andere Gebiete unter die Kontrolle Kiews kommen müßten, und sagte, daß eine Rückgabe der Krim an die Ukraine unmöglich sei, da die Halbinsel integraler Bestandteil Rußlands ist. Peskow verkündete auch die Haltung Moskaus zu dem Zwölf-Punkte-Friedensplan Chinas, welche darin besteht, den Plan mit großer Aufmerksamkeit sorgfältig zu analysieren und zu prüfen. Allerdings sehe Rußland derzeit keine Voraussetzungen dafür, daß sich die Situation um die Ukraine in eine friedliche Richtung entwickle, deshalb werde die militärische Spezialoperation fortgesetzt.

Der Ex-Pentagon-Berater Obersta. D. **MacGregor** sieht derzeit 540 000 russische Soldaten an der gesamten Front, die sich auf Offensiven in den Richtungen Charkow, Donbass und Süden vorbereiten, welche, nach seiner Meinung den Krieg in der Ukraine beenden können. Diese Gruppierung soll über 1000 bis 2700 Artilleriesysteme, 4000 bis 5000 gepanzerte Fahrzeuge, darunter bis 1800 Panzer und mehrere hundert ballistische Raketen verfügen. Die Ukraine wird nun einen wirklichen Krieg erleben und das bei eigenen personellen und materiellen Problemen, denn die westliche Hilfe läßt auf sich warten. Alles hat sich verändert. Die Russen behandeln die Ukraine jetzt wie einen richtigen Feind, was früher nicht der Fall war. Die Ukraine steht vor der Vernichtung oder sie verhandelt. Bachmut ist zu einem riesigen Blutbad für die Ukraine und auch verlustreich für die RF (besonders bei der Wagner-Gruppierung) geworden. Die Ukraine hatte 15 Brigaden a 4000 Soldaten (insgesamt 20 000 Mann) in Bachmut und alle bis auf zwei oder drei sind inzwischen zurückgezogen worden, da sie 70 % ihrer Stärke verloren hatten. Damit sind die für eine Offensive im Süden (Krim) vorgesehenen Reserven bereits jetzt in Bachmut vernichtet worden. Die Unterstützungskräfte (10 000 Mann) die Selenskij in den Halbkessel schickt, erwartet die Vernichtung (Artillerieverhältnis Ukraine – RF dort ist 1:10, bei ukrainischem Munitionsmangel).

Der ehemalige Viersterne-General der NATO **Harald Kujat** stellte Anfang März fest, daß die Ukraine am Ende ist. Sie kann derzeitig zwar noch Verteidigungsoperationen durchführen. Keine der Seiten hätte ihre Kriegsziele voll erreicht. Die Ukraine konnte die militärisch bedeutungsvolle Krim u. a. Territorien nicht zurückerobern; die USA haben zwar den Quasiabbruch der Wirtschaftsverbindungen zwischen EU und Rußland vorangebracht, aber die RF nicht militärisch und wirtschaftlich entscheidend schwächen und auch nicht weltweit isolieren können. Rußland bleibt Großmacht, schaffte es aber nicht, die volle Entmilitarisierung und Entnazifizierung sowie die Föderalisierung und den Rückzug des NATO-Antrags der Ukraine zu



erreichen. General Kujat stellte u. a. fest und antwortete damit auf die ukrainische Propaganda, daß die Russen nur bis zur 7. Woche der Operation große Verluste hatten, dann aber viel weniger als die Ukraine. Dazu machte er folgende Rechnung auf: Nach 10 Monaten hatte die Ukraine 100 000 personelle Ausfälle (Tote und Schwerverletzte), nach 12 Monaten 125 000. Dazu kommen noch 120 000 Vermißte und Fahnenflüchtige (nach US-Angaben / s. auch Tabelle). Damit hat die Ukraine fast ihren ganzen Personalbestand, den sie zu Beginn der russischen Spezialoperation hatte, verloren. Derzeitig wird in der Ukraine die 9. Mobilmachungswelle durchgeführt, wobei über 60-Jährige und Jugendliche ab 16 Jahren gezogen werden. Außerdem sind Häsherkommandos unterwegs. Sollten die Verluste bei Bachmut u.a. Schwerpunkten so weitergehen wie bisher (laut MacGregor 500 bis 1000 personelle Verluste täglich), wird wohl die NATO noch mehr eigene Soldaten in Ukrainesöldner umwandeln und in der Ukraine einsetzen müssen, womit der Krieg noch gefährlicher eskalieren würde.

Erwähnenswert ist der kürzliche Kuba-Besuch des russischen Sicherheitsratschefs **Nikolai Patruschew**, bei dem es um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen der RF und Kuba ging. Obwohl dabei nicht über die eventuelle Basierung von Kernwaffen gesprochen wurde, sind die USA über diese neuerliche Annäherung vor ihren Grenzen sehr beunruhigt. Rußland will damit die USA an den Verhandlungstisch zur Lösung der offenen Sicherheitsfragen, aber auch zur Haltung des Westens im NATO-Rußland-Krieg, die Beendigung des Konflikts eingeschlossen, zwingen.

### Verluste der ukrainischen/ NATO-SK seit dem Beginn der russischen Spezialoperation an Bewaffnung

(Verteidigungsministerium der RF):

	19.6.	15.3.23
Flugzeuge / Hubschrauber	339	621
Drohnen	1249	3418
Flugabwehr- raketensysteme	344	412
Panzer u. gepanzerte Fahrz.	3683	8293
Reaktive Geschoßwerfer	562	1057
Feldartillerie und Granatwerfer	2043	4350
Spezialfahrzeuge	3715	8924

Die Journalistin **Dagmar Henn** hat zur militärischen Situation in der Ukraine und besonders zu den Kämpfen um Bachmut einen bemerkenswerten Artikel mit dem Titel „Im Kessel von Artjomowsk (Bachmut) brodeln mehr als eine Krise“ veröffentlicht. Außerdem äußert sie sich zu dem völlig untransparenten Biden-Scholz-Gespräch. Sie ist der Meinung, daß sich dessen Inhalt höchstwahrscheinlich mit den Forderungen der USA für die Erhöhung des Beitrags Deutschlands und der EU zur verstärkten Unterstützung der Ukraine sowie zur Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen China, aber auch mit Antwortmaßnahmen auf mögliche chinesische Waffenlieferungen an Rußland befaßt hat. Henn geht davon aus, daß ein zentraler Punkt des Gesprächs die baldige Beendigung des NATO-RF-Krieges war, da sich die USA verstärkt auf die militärische Auseinandersetzung mit China vorbereiten wollen. Das alles bedeutet, daß riesige finanzielle Belastungen und eine tiefere Einbindung in den Ukraine-NATO-RF-Krieg und in dessen Sicherstellung auf Deutschland und andere EU-Länder zukommen werden.

Parallel zu diesem Ereignis fand der Besuch des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko in China statt, wo Letzterer dem chinesischen Präsidenten Xi eine „Nachricht“ des Präsidenten Rußlands überbrachte.

Zu diesem Ereignis äußerte **Alexander Mercouris** am 4.3.23, daß Lukaschenko Präsident Xi über die reale Lage im Ukraine-Krieg informiert und geheime Absprachen zu militärischen und wirtschaftlichen Fragen führte, die der RF und Belarus helfen werden, die benötigten letalen Waffen selber nach chinesischen Technologien herzustellen, um den Eskalationen des kollektiven Westens, auch ohne Atomwaffen, widerstehen zu können. China, welches unter Berücksichtigung der eigenen Sicherheitsinteressen handelt, kann sich dadurch möglichen Sanktionen des Westens entziehen und dennoch gewährleisten, daß Rußland und Belarus den NATO-Rußland-Krieg nicht verlieren. Das Land wird deshalb die RF, unter dessen Atomschirm es sich befindet, nach Notwendigkeit unterstützen.

### Gedanken zu Chinas 12-Punkte-Friedensprogramm

Es handelt sich um ein Programm, welches eine globale Wirkung für eine friedliche Entwicklung aller Völker entfalten kann. Die Gesamtheit der Punkte gibt Antworten darauf, wie sich China das Zusammenleben der Menschen in einer multipolaren Welt vorstellt. Diese grundsätzlichen Vorstellungen konterkarieren natürlich den unilateralen globalen Herrschaftsanspruch des kollektiven Westens. So widerspricht die Anerkennung der Souveränität aller Länder sowie die Einhaltung des internationalen Rechts und der UN-Charter der „regelbasierten Ordnung“ des Westens. Die Ablehnung der Erweiterung militärischer Blöcke richtet sich gegen die vom Westen praktizierte Politik der NATO-Erweiterungen. China tritt gegen den Einsatz von Kernwaffen ein, die immer wieder durch die Seiten des NATO-Rußland-Krieges als Drohkulisse benutzt werden. Die Forderung nach der Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen und der Förderung von nichtmilitärischen

Konfliktlösungen sind ein Schlag ins Gesicht der westlichen Kriegstreiber, die im März 2022 ein fast ausgehandeltes Abkommen zwischen der Ukraine und Rußland blockierten und damit viele Menschenleben und Zerstörungen in der Ukraine sowie der RF auf dem Gewissen haben. Die Vorschläge mit humanitären Inhalten, wie der Schutz der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen, aber auch die Gewährleistung von Getreidetransporten, entsprechen den Erfordernissen vieler Völker. Eine besondere Bedeutung für die Sicherstellung der Lebensgrundlagen der Menschheit, aber auch für die Wahrung der Interessen Chinas, haben die Forderungen des Landes zum Stopp der Sanktionen und die Stabilisierung der Lieferketten.

Chinas Vermittlungserfolg zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen der bisher zutiefst verfeindeten Staaten Saudi-Arabien und Iran sowie deren Einsetzung für eine Verhandlungslösung zur Beendigung des Ukraine-NATO-Rußland-Krieges sind Beispiele dafür, wie sich China in den Kampf für eine friedlichere Welt und die Schaffung einer multipolaren Weltordnung einschaltet. Damit gibt China auch der weltweiten Friedensbewegung Impulse, um den Kräften des Krieges gezielt in den Arm zu fallen.

### Anstelle eines Resümees

Bemerkenswerte Standpunkte des Schweizer Friedensforschers **Dr. Daniele Ganser**:

- Der Krieg in der Ukraine wurde nicht am 24.2.22 von Rußland, sondern bereits 2014 nach dem Maidan-Putsch durch die USA und die ASOW-Nazis begonnen. Der kollektive Westen hat mit der Aufnahme Polens 2014 und weiterer 11 Staaten in die NATO sein Nichterweiterungsversprechens gebrochen.
- Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien sind möglich, wie die Ergebnisse bei den März-Verhandlungen 2022 in Istanbul bewiesen, wobei die USA und GB deren Abbruch anordneten.
- Die USA könnten den Krieg ohne Kredite, Waffenlieferungen und Aufklärungsdaten für die Ukraine sofort beenden.
- Grenzverschiebungen in Europa hat es bereits 1999 nach dem Jugoslawienkrieg des Westens gegeben und nicht nur durch die RF.
- Die USA zwingen die EU-Länder der Ukraine Geld, Waffen, Munition, militärische Leistungen und Söldner bereitzustellen (militärische Lieferungen und Leistungen der USA 0,37 % des BIB, Polen 2,1 % und Deutschlands 7,2 %).
- In der Ukraine stehen sich die zwei stärksten Kernwaffenmächte gegenüber, was gefährlich ist, da beide in einer Informationsblase leben und daher zu wenig voneinander wissen sowie kaum Einfluß aufeinander nehmen können.
- Die Kriegsseiten sollten sich ein Beispiel an der Kuba-Krise nehmen und zu vernünftigen Reaktionen zurückkehren.
- Je schneller sich die Seiten auf deeskalierende Maßnahmen einigen, um so eher könnte das Blutvergießen in der Ukraine beendet werden.

**Oberst a. D. Gerhard Giese**

# Standpunkt der KPRF zum Ukraine-Konflikt

Welche Haltung hat die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) zum Krieg, was fordert sie, was sind ihre jetzigen Ziele? (...)

Bereits im März 2019 haben die russischen Kommunisten auf einer Protestkundgebung in Moskau von der Regierung die Anerkennung der Donbass-Republiken Lugansk und Donezk gefordert. Gegründet im April 2014, waren die beiden Volksrepubliken im Donbass aus einer breiten Protestbewegung im Südosten der Ukraine gegen den verfassungswidrigen Umsturz in Kiew im Februar hervorgegangen, bei dem bewaffnete nationalistische Kräfte eine Schlüsselrolle gespielt hatten. Die Volksrepubliken schützen seither die russischsprachige Bevölkerung des Donbass vor den im April 2014 begonnenen militärischen Angriffen der Armee des Kiewer Regimes und seiner nazistischen Hilfstruppen.

Die russische Führung unterstützte Lugansk und Donezk jahrelang nur verdeckt und lehnte es ab, über die Forderung der Kommunisten nach einer Anerkennung der Volksrepubliken auch nur zu diskutieren. Die KPRF aber beließ es nicht bei Deklarationen, sondern organisierte 101 humanitäre Konvois mit Lebensmitteln und Hilfsgütern für die unter der Kiewer Aggression leidende Bevölkerung des Donbass. (...)

## Schutz vor äußeren Bedrohungen

Die russische Regierung setzte bis Januar 2022 darauf, mit der Ukraine und den Garantemächten Frankreich und Deutschland eine Autonomieregelung für den Donbass zu vereinbaren. Das entsprach dem im Februar 2015 geschlossenen zweiten Minsker Abkommen. Dieses sah einen „besonderen Status“ des Donbass und eine entsprechende Änderung der ukrainischen Verfassung vor. (...)

Am 19. Januar 2022 wandte sich die KPRF-Fraktion der Staatsduma an Präsident Wladimir Putin mit der Aufforderung, die Frage der Anerkennung der Donezker und Lugansker Volksrepubliken als unabhängige Staaten zu prüfen. Juri Afonin, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der KPRF, sagte, es sei „offensichtlich, daß die Ukraine nicht bereit ist, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen“. Die beiden Volksrepubliken hätten „faktisch bereits einen besonderen rechtlichen Status in einem nicht von Kiew kontrollierten Gebiet“. Afonin fügte hinzu, die Kommunisten seien „der Ansicht, daß die Situation jetzt herangereift ist, in der diese Frage entschieden werden muß“. (...) Es dauerte rund einen Monat, bis Wladimir Putin sich zugunsten des Vorschlages der KP entschied und die beiden Donbass-Republiken am 21. Februar als Staaten anerkannte. Er tat dies entgegen den Empfehlungen mancher Ratgeber und altgedienter Diplomaten. Die Argumente der Kommunisten wirkten auf Putin stärker als die seiner betulichen Bürokraten. (...)

Putins Entscheidung indessen, am Morgen des 24. Februar den Befehl zu einem

großangelegten militärischen Einmarsch in die Ukraine zu geben, entsprach nicht den Vorschlägen der KPRF. Zu dieser Frage gab und gibt es in der Partei unterschiedliche Meinungen. Sie reichen von der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand bis zu einer Unterstützung der „Militärischen Spezialoperation“, insofern diese sich gegen ein von den USA ausgehaltenes nationalistisches Regime richte. (...)

## Erfahrungen des Aufbaus

Anfang September hatte Sjuganow in der Parteizeitung „Prawda“ Rußlands Lage analysiert. Seine Darstellung war weit entfernt von der Schönfärberei Moskauer Regierungsbeamter. Sjuganow warnte, daß das „Anwachsen negativer Tendenzen in der russischen Wirtschaft extrem gefährlich“ sei. Sinkende Einnahmen bei den Exporten sowie die Kapitalflucht verschärften eine „Verelendung der Bürger des Landes“. Rußland ernte jetzt „die Früchte der gescheiterten sozialökonomischen Politik dreier Jahrzehnte“. Als Ergebnis der „zerstörerischen Politik Gorbatschows, Jelzins und ihrer Spießgesellen“ sei „der einheimischen Industrie und Wissenschaft ein kolossaler Schaden zugefügt“ worden. Es dürfe „keine Rückkehr zum Rohstoffmodell“ geben.

Sjuganow forderte in seinem Artikel „die Nationalisierung der strategischen Wirtschaftszweige und eine forcierte Reindustrialisierung“. Nötig sei auch eine „Einführung von Valutakontrollen“ und eine „Entoffshorisierung der Wirtschaft“. Gemeint ist die Neigung russischer Kapitalisten, Einnahmen vor dem Finanzamt zu verbergen und gewaltige Summen in Offshore-Firmen auf sonnigen Inseln zu parken. Zudem forderte Sjuganow die „Formierung einer Regierung des Volksvertrauens“. Das zielt auf eine Art Volksfrontpolitik und die Beteiligung von Kommunisten an der Regierung, um Teilforderungen durchzusetzen. Einen Ansatz dazu gab es kurze Zeit nach dem Rubel-Absturz 1998. Im September jenes Jahres bildete der russische Ministerpräsident Jewgeni Primakow eine Regierung, in welcher der Kommunist Juri Masljukow Erster Stellvertretender Regierungschef war. Dieser Regierung gehörten zugleich auch Vertreter der Kompradoren-Bürokratie an. Es ging damals nicht um einen Neustart zum Sozialismus. Aber es gelang der Regierung Primakow/Masljukow, die einheimische Industrie anzukurbeln, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen und erste Schritte zur wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit des Landes zu gehen. Der noch amtierende Präsident Boris Jelzin entließ diese Regierung im Mai 1999. Denn Jelzin und die hinter ihm stehenden Oligarchen fürchteten ein Zusammengehen der eher sozialdemokratischen Anhänger Primakows mit den Kommunisten in einem Linksblock. Seither gilt diese Periode in der KPRF als ein Beispiel für pragmatische linke Politik unterhalb der Ebene revolutionärer Veränderungen.

An diese Politik, die er damals maßgeblich konzipiert und gestaltet hat, knüpft Sjuganow heute an. Darüber hinaus forderte er in der Prawda, man müsse „mit den zerstörerischen liberalen ‚Reformen‘ sofort aufhören“ und sich „an der Erfahrung des sozialistischen Aufbaus am großen Beispiel der leninistisch-stalinistischen Modernisierung“ orientieren. Denn nur auf solche Weise könne Rußland seinen „Platz in der neuen Weltordnung“ behaupten. Denn „die USA und ihre NATO-Satelliten“ hätten „eine neue Etappe“ begonnen, „Rußland zu erwürgen“, vor allem durch Sanktionen. Sein Konzept für Rußland erläuterte Sjuganow auf einer Plenartagung der Staatsduma am 20. September. Der KP-Vorsitzende verwies auf eine „Lehre unserer Geschichte“. Die Russen seien stets siegreich gewesen, wenn es ihnen gelang, „unter ihren Bannern 190 Völkerschaften zu sammeln“, Menschen verschiedener Religion, Kultur und Tradition des multiethnischen Landes. Auch außenpolitisch sammle Rußland jetzt, etwa in der Schanghai Sicherheitsorganisation, Völker aus „vier Zivilisationen – der russischen, der chinesischen, der indischen und der persischen“. Sjuganow dankte Putin für seine Arbeit auf der Konferenz der Schanghai Sicherheitskonferenz Mitte September im usbekischen Samarkand. Dort seien „wichtige strategische Vereinbarungen“ erreicht worden.

## Der Wahrheit verpflichtet

Heute, so Sjuganow, befinde sich Rußland erneut „in einem großen Krieg“. Er verwies auf die Versammlung der NATO-Militärs in Ramstein Anfang September, auf der es um weitere Militärhilfe für Kiew gegangen war. Sjuganow sagte vor der Duma auch, er befürchte „ein neues Chassawjurt“. Das ist eine Anspielung auf das Abkommen, das General Alexander Lebed, der damalige Sekretär des russischen Sicherheitsrates, im August 1996 mit dem Anführer der tschetschenischen Separatisten, Aslan Maschadow, geschlossen hatte. Die in der Stadt Chassawjurt in der Teilrepublik Dagestan unterzeichnete Vereinbarung lieferte die tschetschenische Teilrepublik Rußlands vollständig der Macht bewaffneter Separatisten und Islamisten aus. Die „Kapitulation von Chassawjurt“, wie Putin sie nennt, gilt in Rußland weithin als Tiefpunkt der postsowjetischen russischen Geschichte. Im Ergebnis verzichtete die russische Führung unter Jelzin darauf, einen Teil des russischen Territoriums, ein Gebiet von der Größe Thüringens, zu kontrollieren. General Lebed agierte im Solde des Oligarchen Boris Beresowski, der im Oktober 1996 zum stellvertretenden Sekretär des Sicherheitsrates avancierte. Diese Position nutzte er im Zusammenspiel mit den tschetschenischen Separatisten zur weiteren Schwächung des russischen Staates. Darauf spielte der KPRF-Vorsitzende an, der weiß, daß die Kompradoren-Bürokratie im Bunde mit Oligarchen und westlichem Kapital immer

noch Positionen im russischen Staatsapparat besetzt, weil die Syndrome der 90er Jahre nie radikal überwunden wurden.

Sjuganow kritisierte, in der russischen Gesellschaft gebe es Stimmen, die fordern, „man solle alles aufgeben“. Und er warnte: „Jetzt befriedigt den Gegner kein Resultat außer unserer völligen Niederlage.“ Das Ziel der Gegner Rußlands, der NATO-Länder und ihrer Kiewer Helfer, seien „die Zersplitterung, Aufteilung und völlige Liquidierung Rußlands“. Nötig sei daher „eine Mobilisierung von allen, unabhängig von parteipolitischer, nationaler und kultureller Zugehörigkeit“. Man müsse jetzt „mächtige Schläge auf die Transportinfrastruktur“ richten, über die das westliche Militärbündnis die Ukraine mit Waffen versorgt. Verbessert werden müsse aber auch die Informationsarbeit. Diese solle aufrichtig sein „wie die Arbeit des Sowjetischen Informationsbüros“ während des Zweiten Weltkrieges. Schließlich sei „die Wahrheit die wichtigste Waffe auf jedem Schlachtfeld“. Am 21. September, einen Tag nach dem Aufruf Putins an die Bevölkerung, sagte Sjuganow vor der Duma, dieser Appell des Präsidenten trage „in vielem schicksalhaften Charakter“. Der russische Präsident habe darin „absolut objektiv die internationale Lage charakterisiert“. Diese sei gekennzeichnet durch „die Aggression der NATO und der Bandera-Anhänger und Faschisten gegen die russische Welt und unseren Staat“. (...)

### Solidarität verweigert

In Deutschland vertritt die Parteispitze der Linken eine Rußland und Putin verurteilende Position. In einer Erklärung ihrer beiden Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan vom 21. September warfen sie der russischen Führung eine „groteske Verdrehung der Tatsachen“ vor, da diese ihr Vorgehen damit begründe, „russische

Gebiete verteidigen zu müssen“. Denn Putin führe einen „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen ein unabhängiges Land“. Die Wortführer der Partei Die Linke (PDL) untersuchten dabei weder, welche „Unabhängigkeit“ das von den NATO-Ländern und dem Internationalen Währungsfonds ausgehaltene, faktisch bankrotte Kiewer Regime hat, noch erwähnen sie die mehr als acht Jahre währende Aggression der ukrainischen Staatsführung gegen den Donbass. Statt dessen verkündeten Wissler und Schirdewan: „Unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung“, zu der die Parteivorsitzenden die Bevölkerung des Donbass, inzwischen zu großen Teilen russische Staatsbürger, offensichtlich nicht zählen. In ihrem Nichtwissen über den Donbass bleibt die Partei Die Linke weit hinter den Erkenntnissen des bürgerlichen Journalisten Peter Scholl-Latour zurück. Der langjährige Fernsehjournalist resümierte 2006 nach einer Reise in seinem sehr lesenswerten Buch „Rußland im Zangengriff“, der Donbass sei „ein Kohle- und Stahlrevier der Ukraine, wo die Bindungen an Rußland stark bleiben und der Kommunismus eine Hochburg besaß“.

Während die Bevölkerung der Donbass-Volksrepubliken die mit ihren Streitkräften verbündeten russischen Truppen als ihre Schutzmacht betrachtet, fordern Wissler und Schirdewan, es müsse „alles dafür getan werden, den Autokraten (Putin – d.R.) von seinem verheerenden Kriegskurs abzubringen“. (...) In der Führung der PDL scheint kaum jemand zu bemerken, daß diese Position sich nicht ein Jota von der des US-Außenministers Antony Blinken, seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock und des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg unterscheidet.

Noch deutlicher wird der inzwischen NATO-kompatible Kurs der Parteiführung in einer Stellungnahme von Bundesgeschäftsführer

Tobias Bank vom 23. September 2022. Darin heißt es, die „Scheinreferenden“ im von Rußland kontrollierten Südosten der Ukraine würden „niemanden überzeugen“ – eine Behauptung, die schon durch die Teilnahme von zahlreichen Bürgern der Donbass-Volksrepubliken am Referendum widerlegt wird. Die Stellungnahme enthält auch den Satz: „Legitim wäre einzig ein Rückzug der russischen Truppen auf tatsächlich russisches Staatsgebiet.“ Da die PDL den im März 2014 erfolgten Beitritt der Krim zu Rußland im Chor mit den bürgerlichen Parteien als „Annexion“ einstuft, fordert Bank damit nicht nur den Abzug russischer Truppen aus den von russischen Staatsbürgern bewohnten Donbass-Republiken, sondern auch von der Krim. Das entspricht den Forderungen des Regimes in Kiew. (...)

Der hohe Grad an Inkompetenz und politischer Verkommenheit, der sich in diesen beiden Erklärungen der Partei Die Linke spiegelt, ist das Ergebnis eines langfristigen Niedergangs. Der begann nicht erst in diesem Jahr, sondern schon, als die Partei die Verbindungen zur KPRF vor Jahren faktisch beendete und sich statt dessen die von Kreml-Beamten als sozialdemokratische Attrappe gelenkte Partei „Gerechtes Rußland“ als „Bruderpartei“ anlachte. Hauptsache, der Kommunismusverdacht entfällt. (...) Die russischen Kommunisten wissen indes, daß sie heute auf die Partei Die Linke selbst unter den Bedingungen eines Krieges gegen eine NATO-Aggression nicht mehr zählen können. Und ihnen ist bewußt, daß sie sich nur auf sich selbst und auf ihre geschichtlichen Erfahrungen verlassen können. (...)

**Harald Projanski**

*Redaktionell gekürzt*

*Aus: junge Welt, 4.3.23*

## Ukraine: Tag des Sieges über die deutschen Faschisten als Feiertag abgeschafft

Der 9. Mai soll in der Ukraine kein Feiertag mehr sein. Das ist nur allzu logisch, in einem Land, in dem heute Faschisten wie Stepan Bandera als Nationalheilige gelten. Denn der 9. Mai ist der Tag der Kapitulation der Hitler-Truppen vor der Roten Armee der Sowjetunion, der auch viele Soldaten und Offiziere aus der Ukraine angehörten. Damit gibt die Ukraine eindeutig zu verstehen, daß sie die Kapitulation der Hitler-Faschisten vor der Roten Armee der Sowjetunion nicht als Grund zum Feiern sieht. Schon in der Zeit seit dem Maidan-Putsch 2014 wurden Menschen, die den 9. Mai in ukrainischen Städten mit Gedenkundgebungen feierten, von Nationalisten und Faschisten attackiert.

Auch der Internationale Frauentag soll verboten werden. Daß der 8. März in der Ukraine als arbeitsfreier Feiertag auch nach dem Ende der Sowjetunion erhalten blieb, war nach 1991 wohl ein Zugeständnis der neuen Nationalbourgeoisie an den weiblichen Teil der Arbeiterklasse. Nun hat das Parlament einen Gesetzesentwurf eingebracht, in dem der Internationale Frauentag als Feiertag auf Dauer gestrichen werden soll.

Dafür plant man jetzt, den Muttertag Mitte Mai als Feiertag einzuführen. Der Muttertag, der eine reaktionäre Tradition hat, und unter den Hitler-Faschisten eingeführt wurde, paßt allerdings gut zur heute vorherrschenden Blut-und-Boden-Ideologie,

in der der Frau die Rolle der Hausfrau und Gebärmutter zugeschrieben wird.

Der 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse wird ebenso getilgt. Nach dem Verbot aller sozialistisch und kommunistisch orientierten Parteien und Vereine und nach der Enteignung aller Immobilien, die den Gewerkschaften gehörten, ist die Streichung des Feiertags am 1. Mai ein folgerichtiger Schritt der Kiewer Führungsclique.

*Redaktionell gekürzt*

*Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 3.3.23*

## Geschichte der Ukraine (2)

Die Angliederung der Ukraine an Rußland brachte, gemessen an der polnischen Herrschaft, mehr Vor- als Nachteile. Obwohl das Zarreich ein rückständiger, reaktionärer Staat, ein Völkergefängnis (Lenin) war und die Ukrainer als „Kleinrussen“ behandelt wurden, gab es doch einen bedeutenden Aufschwung in der nationalen Entwicklung. Der polonisierte Adel wurde mit dem russischen gleichgestellt und konnte seinen Einfluß bis in die Petersburger Salons und Regierungsstellen erweitern. Die Bevölkerung konnte ungehindert ihrem orthodoxen Glaubensbekenntnis nachgehen, was damals weitaus bedeutsamer war als heute. Vor allem aber herrschte Frieden. Die Ukrainer wurden 200 Jahre kaum in die Kriege Rußlands hineingezogen und hatten nach dem Krimkrieg bis zum Ersten Weltkrieg eine friedliche Zeit.

Mit der Aufhebung der Leibeigenschaft 1863 war ein Großteil der Feudallasten abgeschafft und völlige Bewegungsfreiheit hergestellt. Ukrainische Bauern zogen nun in Scharen in neue russische Gebiete, vor allem hinter den Dnepr, wo sie unter günstigeren Bedingungen leben konnten. Dadurch wurde auch die Ukraine größer. Vor allem in der Ostukraine lebten sie gemeinsam mit russischen Siedlern. Die dortigen Bodenschätze und zunehmende Industrialisierung verschafften ihnen Arbeit und Brot. Unter russischer Herrschaft entwickelte sich ein eigenes ukrainisches städtisches Kleinbürgertum, eine Intelligenz und Bourgeoisie. Diese Entwicklung wäre unter den Polen nahezu unmöglich gewesen. Doch diese Entwicklung hatte auch erhebliche reaktionäre Seiten, wie den spezifischen ukrainische Antisemitismus. Diese Tatsachen sind den grün-gelben „Werte“-Fetischisten und Freunden ukrainischer Faschisten offenbar nicht bekannt.

Schon während des Chmielnicki-Aufstandes kam es zu Massakern an Juden, bei denen um die 100 000 starben. Nach neusten Einschätzungen wäre das einem Genozid gleichkommen. Durch die Zunahme ukrainischer Handwerker, Händler und Intellektueller auf bisher von Juden dominierte Bereiche war der Antisemitismus nicht mehr vorwiegend politisch, wie unter den Polen, sondern vor allem materiell untersetzt, was noch gefährlicher war. Immerhin war ein Drittel der Stadtbevölkerung jüdisch. Mit fünf Millionen Juden lebte in Rußland ohnehin die Hälfte der jüdischen Weltbevölkerung.

So fanden die meisten Pogrome in der Ukraine statt.

Von Zeit zu Zeit gab es immer wieder Pogrome, allerdings nicht mit diesen hohen Opferzahlen. Die wurden von den zaristischen Behörden nach einer Teile-und-Herrsche-Politik nicht nur toleriert, sondern auch initiiert.

Zu Beginn der 1880er Jahre kam es noch einmal zu einem Höhepunkt antisemitischer Ausschreitungen mit etwa 800 Toten.

Der antisemitische Terror führte zu einer politischen Differenzierung innerhalb der Juden. Ein bedeutender Teil orientierte sich an der sich herausbildenden Sozialdemokratie, relativ wenige an den späteren Kommunisten (Bolschewiki), darunter Leo Trotzki und Lasar

Kaganowitsch. Die meisten gingen in die linken wie auch rechten zionistischen Organisationen wie der künftige Führer der rechten Zionisten Zeew Jabotynski und die sozialdemokratische Golda Meir, eine der späteren israelischen Außenminister und Ministerpräsidenten. Die ukrainischen Pogrome bewirkten die erste jüdische Massenemigration nach Palästina, wo die zumeist linksorientierten Siedler die ersten Schritte zur Herausbildung Israels unternahmen.

Der russische zentralistische Staat begann bald nach dem Anschluß der Ukraine die politischen Rechte der Kosaken zu beschneiden, was natürlich zu permanentem Widerstand führte. So trug auch die gegen die ukrainische Sprache gerichtete Russifizierung zur Schaffung einer nationalen Bewegung bei. Diese war aber weitgehend frei von separatistischen Bestrebungen. Insgesamt waren die Ukrainer auch hierbei gespalten. Ein Teil nahm die Diskriminierungen der ukrainischen Kultur als notwendiges Übel hin und wollte auch kulturell ganz in Rußland aufgehen. Ein anderer Teil, darunter die Intellektuellen Schewtschenko und Franko, forderten kulturelle Autonomie, aber im Bestand des Russischen Reiches. Insgesamt hatte die ukrainische Nationalbewegung ein positives Verhältnis zu den Russen und anderen Nationalitäten. Eine Abspaltung der Ukraine lag außerhalb ihrer Vorstellungen. Auch das verschweigt die heutige Kiewer Historiographie, obwohl man den beiden nationalen Intellektuellen offiziell großen Respekt erweist. Kurzum: Einen andauernden ukrainischen Unabhängigkeitskampf gab es so nicht. Die herrschenden ukrainischen Klassen (Kapitalisten und Großgrundbesitzer) wußten die Macht des Zarismus vor allem gegen die sich ausbreitende revolutionäre Bewegung in Gestalt der Anarchisten, Bolschewiki, Sozialrevolutionäre und der Bauernbewegung hoch zu schätzen. Sich allein mit diesen Kräften auseinanderzusetzen, lag daher außerhalb ihrer Betrachtungen.

Völlig anders war die Situation in der österreich-ungarischen Ukraine, in Ostgalizien. Hierbei handelte es sich um eine Fläche von etwa 8 % der heutigen Ukraine und etwa 11 % der Bevölkerung. Hier kämpften die Ukrainer ungebrochen gegen die Polen in Gestalt der Großgrundbesitzer und auch Juden. Seit 1867 wurden im Rahmen der Teile- und Herrsche-Politik Polen und Ukrainer von den Österreichern ausgespielt. Hierzu erhielten die Polen weitgehende Privilegien: Polnisch als offizielle Regionalsprache, Bildungseinrichtungen, breiten Zugang zu Verwaltungen usw. Die tonangebenden Polen waren demnach an guten Verhältnissen zu den Österreichern interessiert.

Dennoch konnten sich hier die Ukrainer politisch organisieren, ins Kleinbürgertum expandieren und auch eine zahlenmäßig schwache Intelligenz bilden. Das fand vor dem Hintergrund permanenter, auch handfester Auseinandersetzungen zwischen beiden Nationalitäten statt.

Hier bildeten sich die Anfänge des ukrainischen Nationalismus heraus. Er wurde vor

allem durch die Bauernschaft, das zahlenmäßig schwache Kleinbürgertum und von Vertretern der Intelligenz gefördert.

Ein unbestrittener Vorteil der ukrainischen Nationalbewegung war die antirussisch orientierte griechisch-katholische Kirche, die sich immer mehr zur ukrainischen Nationalkirche entwickelte und mit ihren Strukturen das einigende ideologische und organisatorische Band des sich herausbildenden Nationalismus bildete. Diese Kirche kämpfte gegen alle Versuche prorussischer Einflußnahme, denn der ukrainische Nationalismus hatte auch innere Gegner. Ein Teil der Ukrainer stand fest zu Österreich, andere liebäugelten mit Rußland. Zudem gab es eine relativ starke ukrainische Sozialdemokratie, die aber in der Folgezeit von Nationalisten unterwandert werden konnte. Von denen kam die erste Forderung nach einem eigenen Staat.

Doch dieser Nationalismus hatte vorerst keine konkrete Perspektive in Form eines eigenen Staates. Der Wille hierzu war aber deutlich ausgeprägt, wobei die kürzlich erfolgte Einheit Italiens Vorbildwirkung besaß: Dieses kleine ukrainische Gebiet sollte die Rolle des italienischen Piemont einnehmen und von hier aus die gesamte russische Ukraine erobert werden. Ein utopischer Plan, der alles in allem einhundert Jahre später doch realisiert werden sollte. Doch hierfür fanden sie vorläufig keine Verbündeten. Das Feindbild des sich herausbildenden ukrainischen Nationalismus waren die Polen und Rußland. Bei letzterem konnten sie auf die Unterstützung der Österreicher rechnen, denn die Beziehungen Wiens zu St. Petersburg waren durch die konkurrierenden Interessen auf dem Balkan gespannt.

Von den Polen, bei denen die nationalistischen Nationaldemokraten und Konservativen das Sagen hatten, war verständlicherweise keine Hilfe zu erwarten. Für sie war das alles altes polnisches Land, das bestenfalls autonom werden sollte. Dabei war man schon erheblich vorangekommen. Die Nationaldemokraten in Russisch-Polen hingegen wollten eine weitgehende Autonomie unter zaristischer Herrschaft, wozu auch die von den Österreichern und Deutschen besetzten polnischen Gebiete zählen sollten. Diese Gruppierung der polnischen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer konnte sich während der russischen Revolution 1905 erst jüngst von der Schlagkraft des Zarismus überzeugen. Die wollten sie auch angesichts der erstarkenden polnischen Sozialdemokratie nicht missen. Diese hatte ihre Kampfbereitschaft schon demonstriert, u.a. durch die bewaffneten Gruppen des rechten Sozialdemokraten Józef Piłsudski. Doch gerade von dem kamen nicht zu unterschätzende Impulse für ein späteres Zusammengehen mit den Ukrainern. Piłsudski, der sich bis Ende des Ersten Weltkrieges mit viel Geschick und auch Glück zum Führer der polnischen Unabhängigkeitsbewegung aufschwang, verfolgte eine Konzeption, die auch heute wieder aktuell ist: Zunächst sollte Russisch-Polen mit einem Teil der verlorenen Ostgebiete als Bollwerk gegen Rußland dienen und es aus Mitteleuropa zurückdrängen: Litauen, Lettland, Estland,

Belorußland und der Ukraine war die Rolle einer Pufferzone unter polnischer Ägide zu gedacht worden. Allerdings kam es schon zu Streitereien hinsichtlich der polnisch-ukrainischen Grenze. Hier waren die Polen gegenüber den Ukrainern, die auch polnisch-ethnische Gebiete für sich beanspruchten, unnachgiebig. Doch vorläufig war die Piłsudski-Bewegung in der polnischen Gesellschaft marginal und auch die separatistische Bewegung der Ukrainer keine ernsthafte politische Größe. Zudem schien die polnische Dreiteilung auf Dauer zementiert zu sein und keine Änderung der politischen Großwetterlage in Sicht.

Doch am Vorabend des Ersten Weltkrieges, als die Spannungen zwischen den Mittelmächten (Deutschland, Österreichisch-Ungarn) zunahmen, witterten die ukrainische und polnische Unabhängigkeitsbewegung Morgenluft und warteten geradezu sehnsüchtig auf den Kriegsausbruch. Das mag angesichts der heraufziehenden Katastrophe heute unverständlich sein, doch für damalige Verhältnisse war ein Krieg dieser Dimension unvorstellbar. Dennoch bleibt diese Haltung politisch-moralisch fragwürdig, sogar verbrecherisch, da man den Verlust von Massen an Menschenleben eiskalt einkalkuliert hatte.

Besonders die ukrainischen Nationalisten waren diesbezüglich auch künftig skrupellos. Sie warteten nicht nur mit Ungeduld auf den Ersten, sondern auch auf den Zweiten Weltkrieg. Als sie 1945 verloren und die Russen sie 2022 bis zum Dnepr zurückgedrängt hatten, warteten bzw. drängten sie auf einen Dritten Weltkrieg. Eine derartige Haltung, die im Gegensatz zu den grundlegenden Interessen eines Volkes steht, hat mit Patriotismus, selbst mit überzogenem, nichts zu tun.

Als der Krieg 1914 dann begann, stand es dennoch um die „ukrainische Sache“ nicht gut. Nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Baltikum hielten die maßgeblichen politischen Kräfte und Klassen vorerst zu Moskau. Nach den deutschen Siegen an der Ostfront und der Februarrevolution 1918, kam es allerdings zum Ausbruch nationalistisch-separatistischer Bestrebungen. Um Zugriff auf die männliche Bevölkerung des von den Russen geräumten polnisch-ethnischen Gebietes zu bekommen, um die enormen Verluste auszugleichen, wurde schon 1916 die Bildung eines polnischen Marionettenstaates durch die Deutschen in Angriff genommen. Diese

Konzeption ist letztlich zwar nicht aufgegangen, doch für die Polen, die seit einhundert Jahren keinen eigenen Staat hatten, war das der Beginn einer neuen Staatlichkeit. Für die baltischen Gebiete, die inzwischen auch von den Deutschen besetzt worden waren, war das ein wesentlicher Impuls, über eine Loslösung von Russland und die Bildung eigener Staaten nachzudenken. Vorreiter dieser Aktivitäten war, wie in den 80er Jahren, Litauen.



#### Emblem der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Mit der Februarrevolution 1917 kam Bewegung in die bürgerlich-nationalistischen Bestrebungen zur Schaffung mit Rußland verbundener autonomen Staatswesen. Davon war die neue bürgerliche Regierung Rußlands, die auf dem Zentralstaatsprinzip beharrte, nicht erbaut und versuchte, dem entgegenzuwirken. Zur Durchsetzung ihrer nationalen Anliegen wurde 1917 die ukrainische Zentralrada (Zentralrat) aus verschiedenen, vor allem linksorientierten kleinbürgerlichen Parteien, wie Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten, gebildet. Durch verschiedene Delegiertenkongresse verschafften sie sich vor allem in der West- und Zentralukraine eine gewisse Legitimation. In der industriellen Ostukraine, wo die Bolschewiki immer größere Bedeutung erlangten, war ihr Einfluss weitaus geringer. Mit der sozialistischen Oktoberrevolution wurde nun eine klare Trennungslinie gezogen. Die kleinbürgerlichen Parteien, bisher mehr links stehend, gingen nun schrittweise und offen auf nationalistische Positionen über. Nun wurde offen Kurs auf eine staatliche Abtrennung genommen.

Große Teile der ukrainischen Bourgeoisie hingegen waren von den Aktivitäten der

kleinbürgerlichen Zentralrada mit ihren bürgerlich-demokratischen Forderungen nicht begeistert. Sie setzten ihre Hoffnungen auf die russische Konterrevolution, zumal auch die Machtfrage in der Ukraine vorläufig keineswegs geklärt war. Die Zentralrada, die sich zum einzigen Interessenvertreter der Ukraine aufschwang, wurde von den immer mächtiger werdenden Bolschewiki und ihren Anhängern von Anfang an bekämpft. Sie waren es auch, die schon im Dezember 1917 erstmals die ukrainische Sowjetrepublik ausgerufen hatten und seither zusammen mit Sowjetrußland als Völkerrechtssubjekt auftraten.

Zum Jahresbeginn 1918 wurde der ukrainische Separatstaat (Ukrainische Volksrepublik) ausgerufen, flammten überall Kämpfe zwischen Separatisten und Bolschewiki auf, bei denen die Roten das Übergewicht erlangen konnten. Die Zentralrada war gezwungen, sich aus Kiew zurückzuziehen.

Der Siegeszug der Sowjetmacht schien also nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Hinsichtlich der Deutschen, die schon 1915 ethnisch-polnische Gebiete eingenommen hatten und schon weit ins Baltikum und teilweise auf ukrainisches Gebiet vorgedrückt waren, glaubte die Sowjetmacht in Zusammenhang mit ihrem Dekret über den Frieden, zu einer einvernehmlichen Lösung ohne Annexionen und Kontributionen zu gelangen. Hier rechnete Petrograd mit der Stärke der Arbeiterbewegung und der Vernunft der Herrschenden. Fehlanzeige! Diese gefährliche Illusion eines guten Verhältnisses zu Deutschland sollte für kurze und längere Zeit das Markenzeichen Lenins, Stalins, Chruschtschows, Gorbatschows und auch Putins werden.

Polen wurde schon durch die Februarrevolution und durch die Bolschewiki zusätzlich die nationale Unabhängigkeit zugestanden. Doch statt mit Freundschaft antwortete das neue Polen mit Feindschaft und Aggressionen.

Auch dem Westen gegenüber glaubte die Sowjetregierung mit ihrer Aufforderung für ein Kriegsende an einen Durchbruch. Immerhin gab es in Großbritannien, Frankreich und Italien starke sozialdemokratische Parteien und eine nicht zu übersehende Kriegsmüdigkeit. Ebenfalls eine Fehlkalkulation! Erst viel später, nach Kriegsende, kam es hier zu solidarischen Aktionen für das Sowjetland: „Hände weg von Sowjetrußland!“

Dr. Holger Michael

## Eine denkwürdige Parallele

„Die von Oberst Beck (Außenminister der damaligen polnischen Regierung, d.V.) repräsentierte polnische Regierung unterschätzte maßlos den Umfang der Expansionsziele des faschistischen deutschen Imperialismus. Das war verbunden mit einer selbstmörderischen Überschätzung der eigenen Kraft und der eigenen Rolle in der Welt. So tat Beck – blind gemacht durch einen sturen Antisowjetismus – in den entscheidenden Phasen der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges seitens des faschistischen

Deutschlands alles, was er nur zu tun vermochte, um das Zustandekommen eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das heißt die Schaffung realer Voraussetzungen für die Zügelung des Aggressors, zu verhindern. Nach Lage der Dinge war dies ohne aktive und natürlich gleichberechtigte Teilnahme der Sowjetunion nicht zu verwirklichen. Aber selbst bei den wenigen Gelegenheiten, da die Westmächte diese Tatsache in Rechnung zu stellen bereit waren, legte sich das Warschauer Regime – unter

dem verständlichen Beifall Hitlers – quer. Es lehnte jede Teilnahme an einem Vertragssystem der kollektiven Sicherheit, an dem auch die Sowjetunion teilnehmen würde, kategorisch ab.“

Auszug aus „In den Stürmen unseres Jahrhunderts – Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben“ von Gerhard Kegel (Dietz Verlag Berlin 1984, 2. Auflage, S. 109/110).

ingesandt von Aribert Schilling, Berlin

## Panzer, Panzer, Panzer ...

Bevor ich zu dem teuren „Kriegsspielzeug“ komme, ein paar Worte zum Zustand unseres Landes. Die seit Jahren betriebene geistige Sturmreifmachung der deutschen Bevölkerung durch Zurichtung der öffentlichen Meinung von Medien aller Art, gepaart mit unsäglichem Politikerworthülsen, hat eine neue Dimension erreicht. Waren wir bisher mit einer einseitigen Betrachtungsweise des Ukraine-Krieges, in der die Handlungen der NATO völlig außer acht gelassen wurden, konfrontiert, erreichen wir seit der von Wagenknecht und Schwarzer initiierten Friedensdemonstration in Berlin am 25. Februar neue geistige Tiefstände. Nachdem bis dahin mehr als 700 000 den Friedensappell unterzeichnet hatten und an jenem Sonnabend Zehntausende auf die Straße gegangen waren, um u.a. Friedensbemühungen der Bundesregierung zu verlangen, wurden Kübel voller Schmutz über sie ausgeschüttet. Querfrontidioten (also gemeinsame Sache von Linken und Rechten), Putins 5. Kolonne, prorussische Friedenstrolche usw. rauschte es durch den Medienwald. Die Reden am 2. März während der Bundestagssitzung und deren mediales Echo legten noch eins drauf. Da ist von russischen Faschisten und ihren Gräueltaten die Rede, von einer drohenden Versklavung der Ukraine durch Rußland. Ja, sind denn die Merz, Strack-Zimmermann oder Frau Schäfer von den Grünen völlig von Sinnen? Oder hat man endlich, endlich eine Möglichkeit gefunden, das Nazigespenst aus deutschem Denken zu vertreiben? Verharmlosung der Geschichte und: Wir wußten es ja immer, der „Russe“ war schon immer schlimm, schlimmer als die Sklavenhändler in Jahrhunderten, schlimmer als die Kolonialisten, die Millionen Menschen umbrachten, schlimmer als die Nazis, die Völkermord industriell betrieben haben. Und alle jene, die nun glauben, endlich „ihr deutsches Nazitrauma“ mit solcherart Argumentation überwinden zu können, all jene hätten vor dem 24. Februar 2022 den korrupsionsverseuchten Ukrainern nicht einmal die Hand gegeben. Nun sind sie die „Retter von Europas Freiheit“. Was für eine Heuchelei! Doch zurück zum Geschäft: Panzer, Panzer, Panzer. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendwelche Panzergeschichten durch die

Medien geistern. Wer liefert wieviel? Deutsche Ampelkoalition unter Druck. Wann und wieviel wird Scholz endlich liefern? – so oder so ähnlich tönen die Fanfaren der Kriegsbefürworter alltäglich. In der Zwischenzeit sind auch schon die ersten deutschen Mordmaschinen auf Ketten am Ort des Geschehens angelangt. Natürlich auch ein paar von den US-Pendants. Endlich können die wilden Tiere auf die Russen losgelassen werden, die „Geparden“, „Marder“ und „Leoparden“. Leider sind wir ja nicht in der Lage, so viele zu liefern. Da müssen die ukrainischen NATO-Stellvertreter erst einmal mit 30 „Gepard“, 40 „Marder“ und 14 „Leopard“ auskommen. Keine Angst, mehr kommt noch, Kanada hat schon einen „Leopard“ geschickt und liefert noch einen zweiten. Und auch die Industrie will nachbauen – lohnt sich aber nur ab einer gewissen Stückzahl. Gut, die „Marder“ werden den Ukrainern zum „Vorzugspreis“ von knapp 1,5 Millionen in Rechnung gestellt. Ein „Leopard“ wird knapp unter 10 Millionen Euro zu haben sein und die schon im Einsatz befindliche Panzerhaubitze 2000 schlägt mit sage und schreibe 17 Millionen Euro zu Buche. Aber gemacht, die Ukraine muß das nicht bezahlen, also nicht gleich, das regeln wir später. Jetzt bezahlen erst einmal wir, die Steuerzahler. Jedoch, die Ersatzbeschaffung für die 14 „Leos“, modernere „Leopard 2 A7“ kosten dann schon das Doppelte, pro Stück. Schon jetzt ein Bombengeschäft für die beteiligten Firmen. Und dann darf man ja nicht vergessen, daß der Ukraine-Krieg auch so eine Art Testfeld ist. Funktioniert das Zeug eigentlich unter Bedingungen des Kampfes mit einem ebenbürtigen Gegner? Immerhin sollen doch die deutschen Panzer die besten der Welt sein. Gut, das muß nicht viel heißen, vor 80 Jahren haben die besten Panzer der Welt schon einmal bei Prochorowka in der Nähe von Kursk gegen die primitiv zusammengeschweißten „Russenspanzer“ den Kürzeren gezogen. Aber heute? Immerhin sind die 63 Tonnen-Kolosse mit viel High-Tech ausgestattet. Unter anderem mit einer 120-mm-Glattrrohrkanone. Die ist aber nur für 200 bis 250 Schuß zugelassen und sollte dann gewechselt werden. Bei einem Kampfsatz von 42 Granaten an Bord hieße das, vier- bis fünfmal aufmunitionieren und dann

Rohrwechsel. erinnert irgendwie an das Deuster mit dem 17-Millionen-Panzerhaubitzen-Gerät. Etliche Brücken im Einsatzgebiet sollte das Ungetüm auch meiden, die tragen keine 60 Tonnen. Die fast 20 Tonnen leichteren „Russenspanzer“ schon. Kleinere Wasserhindernisse kann die High-Tech-Kiste in Unterwasserfahrt forcieren. Auf- und Abbau der entsprechenden Gerätschaften dauern jeweils vier Stunden. Beim russischen T-90 knapp eine Stunde. Allerdings kann der „Leopard“ seine Gegner über eine Entfernung bis zu acht Kilometer zielgenau bekämpfen. Wenn denn alles eben ist und nix im Weg steht.

In urbanem Umfeld, also Städten und Dörfern, hat er sich in Nordsyrien allerdings anfällig erwiesen. Na, schau'n wir mal, wie es mit der kriegerischen Waffenschau im Ukraine-Krieg weitergeht. Denn neben der praktischen Waffenerprobung a la „Legion Condor“ vor 87 Jahren, die ja auch nur der spanischen „Demokratiebewegung“ beige-sprungen ist, geht es noch um etwas anderes, wie einschlägigen Lobby-Veröffentlichungen zu entnehmen ist. Der Krieg ist nämlich auch eine riesige, wenn auch blutige, Marketingveranstaltung der Rüstungsindustrie. Jeder verkaufte Panzer zählt. Und Norwegen, die Niederlande und Tschechien haben schon für hunderte Millionen Euro „Leos“ vorbestellt. Wenn das kein Grund ist, die Sektorkorken in den deutschen Panzerschmieden knallen zu lassen. Andere, wie die Franzosen, sind eher weniger amüsiert. Krieg als Marketing ist einfach ekelhaft, auch wenn die US-Amerikaner das schon seit Jahrzehnten machen. Moral ist nur für sich moralisch empörende Politiker gut, nicht fürs Geschäft. Und noch eine klitzekleine Überlegung zur militärischen Bedeutung des NATO-Nachschubs für die Ukraine. 18, 30 oder auch 100 Panzer aus den USA oder der Bundesrepublik könnten hier und da lokal Vorteile bedeuten. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß Rußland noch so zwischen 3000 und 4000 Panzer mobilisieren könnte und in der Lage ist, täglich zwischen 20 und 30 nietnagelneue ihrer „Primitivpanzer“ zu produzieren. Wie heißt es so schön bei der Jagd: Viele Hunde sind des Hasen Tod.

Uli Jeschke

## Aus einem Artikel von Oskar Lafontaine für die NachDenkseiten

„Mit der Waffe an der Schläfe läßt sich nicht verhandeln“, sagte Olaf Scholz, um zu erklären, warum die Ukraine Friedensverhandlungen ablehnt. „Wenn Rußland heute die Waffen schweigen läßt, dann ist morgen der Krieg zu Ende“, sind sich die Kriegsparteien SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU einig. Aber warum führt Rußland Krieg? Weil Rußland kein Messer am Hals haben will.

Das Messer am Hals sind Raketen, die in fünf Minuten Moskau oder Washington zerstören können. Weil die USA kein Messer am Hals, sprich: keine Raketen auf Kuba haben wollten, drohte Washington mit einem Atomkrieg. Weil Rußland kein Messer am Hals haben wollte, droht Moskau seit vielen Jahren mit Krieg, weil Washington wie in Polen und Rumänien auch in der Ukraine Raketenbasen

errichten will mit fünf Minuten Flugzeit. Zu diesem alles entscheidenden Punkt sagen die Kriegstreiber in Politik und Medien nichts, weil ihnen die Argumente fehlen. Und sie hetzen gegen alle, die für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen eintreten und dafür werben, auch die russischen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen.

4.3.23

# US-Konzerne kaufen Ukraine auf

Nachdem bereits ukrainisches Ackerland in der Größe der landwirtschaftlichen Fläche Italiens US-Konzernen gehört, wird unter dem Titel der Vorbereitung von Wiederaufbau-Investments bereits an der Filetierung der gesamten Wirtschaft durch US-Heuschrecken gearbeitet. Der US-Konzern BlackRock läßt sich für seine „Expertise“ sogar von der ukrainischen Regierung bezahlen.

Laut der „Australian national review“ sollen US-amerikanische Konzerne bereits 17 Millionen der rund 60 Millionen Hektar der Ukraine (Gesamtfläche des Landes) besitzen; 28 Prozent der Fläche der Ukraine sind also bereits US-amerikanisches Eigentum.

Die Käufer und Eigentümer sind bekannte US-Firmen wie Cargill, Dupont und Monsanto. Weniger bekannt ist jedoch, daß sich hinter diesen berühmten Namen Investmentfonds verbergen – etwas obskure Finanzstrukturen, die für die „New-Age“-Handelspraktiken charakteristisch sind. Sie sind nicht nur obskur, sondern auch sehr mächtig und verfügen über ein atemberaubendes Kapital in Billionenhöhe (d.h. Tausende Milliarden Dollar). Zu den in der Ukraine tätigen Unternehmen gehören insbesondere Vanguard, Blackstone und BlackRock mit einem Kapital von 10,6 bzw. 0,9 Billionen US-Dollar. Auch ein Frachthafen am Asowschen Meer soll bereits im Besitz eines amerikanischen Konzerns sein.

## Ackerland in Größe von Italiens Landwirtschaftsfläche gehört bereits US-Konzernen

Um die Lage zu veranschaulichen, erwähnt die australische Zeitschrift das Beispiel Italiens, wo das nutzbare Kulturland 16,7 Millionen Hektar beträgt. Die Macht der Kiewer Marionetten hat also dazu geführt, daß drei US-amerikanische Unternehmen allein in der Ukraine jetzt mehr Ackerland besitzen als das G7-Mitglied Italien.

Interessant ist, daß diese Tatsachen rund um den von der Türkei vermittelten Getreide deal – wonach wieder Frachtschiffe auslaufen konnten – keine Erwähnung fanden.

## Geschichte der Eigentumsverhältnisse

Als die Ukraine noch Teil der Sowjetunion war, gehörte das Land über die Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolchosen) dem Staat. Nach dem Ende der Sowjetunion erhielten die Bauern, die in den Kolchosen beschäftigt waren, das staatliche Land, das sie bis dahin bewirtschaftet hatten, in Pacht. Später wurde der Status dieses Landes geändert und es ging nach langwierigen Verwaltungsverfahren in den Besitz der ehemaligen Kolchosbewohner über, die es zuvor bewirtschaftet hatten.

Danach folgte eine kurze Zeit, in der Transaktionen, d.h. der Kauf und Verkauf von Land, erlaubt waren. Ab 2001 wurde jedoch ein Moratorium verhängt, das alle weiteren Transaktionen unterband. Dieser Zustand hielt in den folgenden 20 Jahren bis 2021 mehr oder weniger an.

Da sie das Land weder verkaufen noch kaufen konnten, standen viele ehemalige Kolchosbewohner, die nach dem Zerfall der Sowjetunion formal zu Eigentümern geworden waren, vor der Wahl, das Land entweder wie zuvor weiter zu bewirtschaften oder, was für sie neu war, es für 150 Dollar pro Hektar und Jahr an „Betreiber“ zu verpachten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion „aus dem Nichts“ auftauchten. Im Schatten des Moratoriums wurden die „Betreiber“ zu echten Großgrund-Bewirtschaftern oder gar zu landwirtschaftlichen Monopolunternehmen. Auf diese Weise gehörte das Land zwar zumindest formal weiterhin den ehemaligen Kolchosbauern, doch in Wirklichkeit befand es sich in den Händen privater Leute, die ein wichtiges, wenn nicht angesichts der demografischen Bedeutung der ukrainischen Bauernschaft – die rund 30 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmacht – ein wesentliches Rädchen im Oligarchen-System an der Spitze der Ukraine darstellten.

Dennoch blieb die Frage des Eigentums an landwirtschaftlichen Flächen in der Ukraine ungelöst, ein wichtiges, zentrales politisches Problem, das im slawischen Land Ukraine besonders heikel ist. Die Qualität des ukrainischen Schwarzbodens, der zu den besten Ackerböden der Welt zählt, trug zu dieser traditionellen Herausforderung bei, zumal die ukrainische Agrarproduktion zunehmend am internationalen Handel teilnahm. Die Debatte darüber, ob das Moratorium für den Handel mit landwirtschaftlichen Flächen aufgehoben werden sollte und ob Ausländer die Möglichkeit haben sollten, in der Ukraine Land zu erwerben, wurde immer lauter. Nach und nach wurde die Idee mit der immer populärer Öffnung des Landes durchgesetzt.

## Selenskij gegen „Chinesen und Araber“

Wolodymyr Selenskij, der mit der Problematik vertraut war, schlug vor, die Frage dem Volk in einem Referendum vorzulegen. Auf Bauernkundgebungen verkündete er lautstark, daß „das Land den Ukrainern gehöre“, während er gleichzeitig „die Chinesen und Araber“ als Feindbilder aufbaute, die sich seiner Meinung nach anschickten, „unser Land wagenweise wegzuschaffen“.

Die Debatte tobte, und Selenskij verstand es als geschickter Demagoge, mit der Stimmung im Volk zu spielen, um ihr eine nationalistische, chauvinistische und sogar fremdenfeindliche Ausrichtung zu verleihen.

Trotz der überwältigenden Mehrheit gegen die Abschaffung des Moratoriums für den Verkauf von Agrarland wurde mit Nachdruck die „Rechtfertigung“ hervorgehoben. Dies sei notwendig, hieß es, da seit der Verabschiedung dieser Maßnahme viel Zeit vergangen sei, ohne daß das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, einen ausreichend transparenten Mechanismus geschaffen habe, um den Verkauf und Kauf von Land zu organisieren, wie es im Gesetz von 2001 vorgesehen war.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, daß zur gleichen Zeit

Meinungsumfragen ergaben, daß 81 Prozent der Befragten sich gegen den Verkauf von Land an Ausländer aussprachen und nur 13 Prozent den von der Regierung befürworteten Ansatz unterstützten. Zwei Drittel der Befragten waren der Ansicht, daß eine so wichtige Entscheidung durch ein Referendum getroffen werden sollte, während mehr als die Hälfte (58 %) der Meinung war, daß landwirtschaftliches Land nach dem Vorbild Kanadas und Israels (wichtige Referenzen für die ukrainische Öffentlichkeit) in staatlichem Besitz bleiben sollte.

## Internationaler Währungsfonds ordnet Verkauf des Ackerlandes an

Schließlich entschied der Internationale Währungsfonds, der größte Gläubiger der Ukraine, in seinem Bericht vom April 2021, daß die Abschaffung des Moratoriums eine Grundvoraussetzung für die Gewährung eines neuen Kreditpakets an die Ukraine sei. Die ukrainische Regierung tat dies gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit ihrer Bevölkerung. Seitdem hatten die „Betreiber“ freie Hand, um das von ihnen verwaltete Land an „ausländische Investoren“, die Ultima Ratio des ukrainischen Wirtschaftssystems, weiterzugeben. Zuvor mußten sie das Land, wie es ihnen nun gesetzlich erlaubt war, von den ehemaligen „Kleinanlegern“ aus den früheren Kolchosen erwerben. Die Operation, die in ihrer Art klassisch war und reibungslos verlief, wie die Zeitspanne zwischen der Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament und seiner Umsetzung – d.h. dem Erwerb durch die US-amerikanischen Unternehmen – beweist, brachte natürlich einigen Spekulanten und Ganoven, die der Kiewer Macht nahestanden, große Gewinne ein.

## US-Konzern BlackRock als „Berater“ der ukrainischen Machthaber

Im November und Dezember des vergangenen Jahres wurde vom Selenskij-Regime auch der Ausverkauf anderer Bereiche der ukrainischen Wirtschaft an die US-Amerikaner in die Wege geleitet. Ende 2022 wurde bekannt, daß Selenskij eine Video-Telefonkonferenz mit BlackRock-Chef Larry Fink hatte. Die beiden haben offenbar vereinbart, „die Investitionsbemühungen zum Wiederaufbau der vom Krieg zerrissenen Nation zu koordinieren“, wie die US-amerikanische Zeitschrift „The American Conservative“ schreibt. „Selenskij und Larry Fink haben vereinbart, sich kurzfristig auf die Koordinierung der Bemühungen aller potenziellen Investoren und Teilnehmer am Wiederaufbau unseres Landes zu konzentrieren und Investitionen in die relevantesten und wirkungsvollsten Sektoren der ukrainischen Wirtschaft zu lenken“, wird auf der Homepage des ukrainischen Präsidenten mitgeteilt. Bereits im November gab es ein Treffen des ukrainischen Wirtschaftsministers mit dem Konzern, bei dem vereinbart wurde, daß BlackRock FMA die ukrainische Regierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, über einen

Investitionsfahrplan für den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft beraten wird.

### **BlackRock kauft der US-Mittelschicht und der Arbeiterklasse die Häuser weg**

Zurück in den USA, hat die in New York ansässige Investmentfirma große Schlagzeilen gemacht. Ein Bericht des Wall Street Journal vom Sommer behauptete, BlackRock sei eine von mehreren großen Investmentfirmen, die Verzerrungen auf dem Immobilienmarkt verursachten. Der Bericht legte dar, wie BlackRock und ähnliche Unternehmen ihre massiven Kapitalbeträge verwenden, um Einfamilienhäuser aufzukaufen und dabei die Preise in die Höhe zu treiben.

Die oben genannten Preiserhöhungen haben zwei unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen. Erstens kommen höhere Wohnkosten den Immobilien zugute, die sich bereits im Besitz von BlackRock befinden, insbesondere in Gebieten, in denen das Unternehmen stark investiert hat. Der zweite Effekt ist, daß die künstlich hohen Preise Arbeiterfamilien verdrängen und nur die Reichen oder Investmentfirmen mit massiven Kapitalbeträgen als einzige Akteure auf dem Markt zurücklassen. In Houston zum Beispiel macht der Milliardär Fink Berichten zufolge ein Viertel der jüngsten Hauskäufe aus. Er kauft einfach ganze Stadtteile auf und nutzt sie als

Mietwohnungen. „BlackRock trägt dazu bei, eine permanente Mieterklasse zu schaffen, obwohl seit langem bekannt ist, daß Wohneigentum eines der Schlüsselemente für den Aufbau von Wohlstand und die Erhaltung der amerikanischen Mittelschicht ist“, resümiert die Zeitung.

„Man kann fast garantieren, dass BlackRock von der ukrainischen Regierung für die Beratung zu diesem Wiederaufbauplan gut bezahlt wird“, stellt das Magazin fest, und weiter: „Und woher bekommt die ukrainische Regierung derzeit ihre Finanzierung, wenn ihre Wirtschaft in Trümmern liegt und Krieg ein teures Unterfangen ist? Von der Regierung der Vereinigten Staaten natürlich. Bis zum Ende des Kalenderjahres werden die USA der ukrainischen Regierung 13 Milliarden Dollar an direkter Haushaltshilfe zur Verfügung gestellt haben, um Defizite und einen völligen Bankrott zu vermeiden.“ Von der EU kommt eine ähnlich hohe Summe, wäre noch zu ergänzen. Damit dürfen also auch die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dazu beitragen, daß die US-Heuschreckenkonzerne die Ukraine aufkaufen.

### **Kein Interesse an Frieden**

So wird BlackRock von den US-Steuerzahlern über die ukrainische Regierung bezahlt, um einen Plan zu entwickeln, der den Erfolg

ihrer zukünftigen Investitionen in der Ukraine sicherstellt, die aus Geld gemacht werden, das durch die Preistreiberei mit amerikanischem Wohnraum erzielt wurde, resümiert die Zeitschrift, und stellt die Frage, warum die finanzielle und politische Elite der USA bei solchen Aussichten jemals für Frieden eintreten sollte. Besonders dann, wenn diese auch an den Rüstungskonzernen beteiligt ist und am boomenden Geschäft mit dem Krieg weitere Milliarden scheffelt.

### **Was sich hinter den nationalistischen blau-gelben Aufwallungen verbirgt**

Die nationalistischen Aufwallungen, die Russophobie und der Bandera-Kult in der Ukraine werden befeuert, um auf der Bühne das Stück von der Verteidigung des Landes gegen den Agressor zu spielen, während das durch und durch korrupte Selenskij-Regime hinter den Kulissen bereits am Ausverkauf des Landes arbeitet. Die Soldatinnen und Soldaten sterben einen sinnlosen Tod an der Front, während ihre Befehlshaber ihre Schäfchen bereits ins Trockene bringen. Diejenigen, die den Krieg überleben, werden vielleicht erst sehr spät draufkommen, dass sie hinten und vorne belogen und betrogen wurden.

Quelle: Zda, 14.1.23

## Transatlantische Vormundschaft

Es ist wieder so weit. Man erinnert sich an den 1. September 1939 und an den Satz, mit dem die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts begann: „Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!“ Und noch am 18. Februar 1943 jubelten 15 000 Delegierte im Berliner Sportpalast, als Goebbels die Frage stellte: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Jetzt rollen erneut deutsche Panzer gegen Rußland und bestätigen den Ausspruch von Bertolt Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Es will kein Ende nehmen. Der sogenannte Wertewesten kreischt im Chor: „Brutaler Angriffskrieg! Die Russen kommen!“

Der Schriftsteller Wolfgang Bittner, der in seinem neuen Buch „Ausnahmestand“ den Verdrehungen, Lügen und Hetzparolen auf den Grund geht, nimmt kein Blatt vor den Mund und nennt die Verursacher für Chaos und Krieg.

Gleich zu Anfang erinnert er an die Kriege, die von den USA mit vorgetäuschten Zwischenfällen provoziert wurden: Vietnam, Serbien, der erste und zweite Irak-Krieg, die Zerstörung Libyens – „humanitäre Interventionen“, so wurde es genannt. Angeblich ging es um die „Einführung demokratischer Strukturen“, die Verteidigung „westlicher Werte“ und um den Kampf gegen das „Reich des Bösen“. Das wird auch im Ukraine-Krieg propagiert, einem Stellvertreterkrieg, der den USA Nutzen bringt und Europa, insbesondere Deutschland, in den Ruin treibt.

Die Folgen dieses Krieges, wie überhaupt der Aggressions- und Sanktionspolitik der USA mit ihrer NATO, sind Verarmung, Gefahr eines Atomkrieges und für viele Menschen das Ende eines friedlichen, zivilisierten Lebens. Hinzu kommt, daß es den USA gelungen ist, „Rußland von Westeuropa zu trennen, noch dazu unter Mitwirkung der europäischen NATO-Staaten“. Wolfgang Bittner bezeichnet das als eine Jahrhunderttragödie, verursacht von den USA. Denn bekanntlich hat Wladimir Putin bereits 2001 in seiner Rede im Deutschen Bundestag und danach immer wieder für Zusammenarbeit und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Wladiwostok bis Lissabon geworben. „Aber jede Annäherung wurde strikt unterbunden und Rußland mehr und mehr von der NATO eingekreist.“

Bittners klare Einschätzung: „Die Ukraine als Brückenland zwischen Rußland und Westeuropa wurde zur Durchsetzung des Weltmachtanspruchs der USA zu deren Frontstaat gegen Rußland und zum Schlachtfeld eines Stellvertreterkrieges.“ So geriet Westeuropa politisch und wirtschaftlich „immer mehr in Bedrängnis und schließlich in eine Sackgasse“. Schließlich bringt Wolfgang Bittner die imperialen Ziele der USA auf den Punkt. Es gehe darum, Rußland und China „als wirtschaftliche und militärische Konkurrenz auszuschalten und letztlich dem unipolaren Anspruch zu unterwerfen“. Kurz gesagt: „Die USA verfolgen eine Langzeitstrategie, die allein ihren Interessen dient.“ Die Ukraine sei

als Wirtschaftsraum und Brückenland für die geostrategischen Interessen der USA von großer Bedeutung, mit ihrer Vereinnahmung könne man Rußlands „machtpolitischen Aufstieg dauerhaft verhindern“, so Bittner.

Doch international gärt es seit Längerem. Wolfgang Bittner schreibt: „Offenbar ist westlichen Medien und Politikern entgangen, daß sich die Mehrheit der Menschheit nicht mit der Arroganz und Kriegslüsterheit der USA und ihrer Vasallen abfinden und andere Wege gehen will.“

Bittners Buch zeugt von seinen umfassenden Kenntnissen, einer geschliffenen Diktion und seiner Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich und dennoch differenziert darzustellen. Es lohnt sich, die Lektüre zur Hand zu nehmen. Sie ist eine Offenbarung.

**Harry Popow**  
Schöneiche

### **Dr. Wolfgang Bittner:**

„Ausnahmestand – Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts“

280 Seiten, 19,90 €, Verlag zeitgeist 2023

ISBN 978-3-943007-47-3





# Bewegung im Wirtschaftskrieg

*Nach offener Konfrontation mit Rußland und China: USA stellen ihre globale ökonomische Dominanz zur Disposition. Wichtige „Verbündete“ setzen auf Eigenständigkeit.*

Es ist ein Vabanque-Spiel: Mit der exzessiven Ausweitung der Sanktionen gegen Rußland und China haben sich die USA erstmals seit Ende des kalten Krieges aus der sicheren Deckung gegen ihre „Hauptgegner“ gewagt. Ganz offensichtlich soll der seit Februar 2022 eskalierte Wirtschaftskrieg den erklärten Feind nicht nur schmerzen, wie es bislang übliche Praxis war, sondern eine Entscheidung erzwingen. Rußlands Ökonomie soll „ruiniert“ (A. Baerbock) werden und China will man im Kampf um die technologische Spitzenposition in die Schranken weisen. Dafür wird in Washington, Berlin und Brüssel alles, was noch an politischem und finanziellem Kredit mobilisiert werden kann, in die Waagschale geworfen. Aber was ist, wenn dieses Vorhaben scheitert?

Die Ideologen im Westen ficht diese Frage offenbar immer noch nicht an – wenn auch das Kriegs-Feuilleton deutscher „Qualitätsmedien“ dies gelegentlich schon angesprochen hatte – allerdings eher rhetorisch. Wie immer man zu dem Kampfbegriff der Bundesregierung einer „Zeitenwende“ auch stehen mag, eines ist frappierend: Die Protagonisten der sich selbst gleichgeschalteten Massenmedien glauben fest daran, daß es nur einen Ausgang dieses Kampfes geben wird – den Sieg für „Demokratie“ und „Freiheit“. Auch wenn die westliche Propagandamaschine auf bislang nicht erlebten Hochtouren läuft, darf nicht vergessen werden – entschieden wird diese Auseinandersetzung letztlich in der Wirtschaft. Große Worte sind das eine, die Realität aber wird zeigen, was sie wert sind. Nun liegt falsch, wer USA und EU sowie deren Anhängsel wie Kanada, Australien oder Japan unterschätzt. Noch dominieren US-Dollar und Euro den globalen Währungsmarkt. Noch kommen die meisten technologischen Innovationen aus westlichen Staaten. Doch der ehemals riesige Vorsprung ist rasant zurückgegangen. Das liegt nicht zuletzt an der strategischen Rolle der Weltwirtschaftsmacht China und deren beharrlichen Bestrebungen, die Dominanz der US-Währung zu beenden – oder ihr zumindest einen Konkurrenten der gleichen Gewichtsklasse entgegenzustellen. Diese global strategische Auseinandersetzung hat lange vor dem Februar 2022 Fahrt aufgenommen, nicht zuletzt wegen der immer aggressiver auftretenden westlichen Supermacht. Deren Kriege in Somalia, Serbien, Irak, Afghanistan, Libyen oder Syrien und vor allem deren inszenierte „Farbenrevolutionen“ in diversen Ländern haben anscheinend ein Umdenken auch in bislang zum US-Gefolge zählender Staaten bewirkt. Wer Washington zum Verbündeten hat, braucht keine Feinde, gilt vielerorts inzwischen als gesicherte Erkenntnis.

In dieser Auseinandersetzung tragen die Westmächte und deren politischen Hauptakteure ein Handicap: Sie sind derart von ihrer

Überlegenheit überzeugt, daß man getrost einen Mangel an Realitätsinn diagnostizieren kann. Wer allerdings Pläne macht, ohne die objektive Realität einigermaßen korrekt erfaßt zu haben, hat keine guten Karten.

Hinzu kommt, daß sie ihr eigenes, im Grunde simples, System der kapitalistischen gesellschaftlichen Reproduktion offenbar weder als solches, noch dessen Empfindlichkeit gegenüber subjektivistischen Eingriffen verstanden haben.



**Seit 10. März offiziell pleite: Silicon Valley Bank**

Beispiele gibt es viele. So sonnt sich Deutschlands bürgerlicher Mainstream in seiner Vorreiterrolle als vermeintlicher Klimaschützer und setzt alles daran, sich gleichzeitig von fossilen Energieträgern und der Atomkraft zu verabschieden. Heilen soll dies ein forcierter Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen, eine wahre Flut grünen Wasserstoffs – der aus Afrika, Kanada, Norwegen oder von sonst woher kommen werde. Und weil das noch nicht unlogisch genug ist, wird der zwangsweise Einbau von Wärmepumpen, ein Verbot von Ölheizungen und des Betriebs von Verbrennungsmotoren eifrig in Angriff genommen.

Es kann schon jetzt prognostiziert werden: Die Habecksche Wirtschaftspolitik wird die BRD-Volkswirtschaft tatsächlich wenden. Allerdings nicht wie intendiert. Allein die Annahmen, was alles mit Wasserstoff, der aus „Erneuerbaren“ generiert wird, möglich ist, füllt inzwischen Bände. Möglich ist (theoretisch) allerdings vieles – aber zu welchen Kosten, wer baut das alles, transportiert den flüchtigen und explosiven Traumstoff? Und vor allem, wer bezahlt das ganze? Absehbar ist jedenfalls, daß die Bau- und Umbaukosten auf die „Nutzer“ umgelegt werden. Mieten werden weiter steigen, die Energiekosten durch die Decke gehen und das „flüchtige Reh“ (Kapital) wird sich, so es kann, vom Acker machen. Ein schöner Anfang mit BASF, VW, Schaeffler und BMW ist bereit erkennbar.

Zwei besonders interessante Nachrichten kamen Anfang März herein: Eine für dortige Verhältnisse mittelgroße US-Bank brach zusammen. Und auf chinesische Vermittlung trafen sich die Außenminister Saudi-Arabiens und des Iran und vereinbarten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Zunächst deutet die Pleite der Silicon Valley Bank (SVB; Börsenwert vor dem Kollaps 44 Milliarden US-Dollar) darauf hin, daß

die chronisch defizitäre US-Wirtschaft es seit 2007 nicht geschafft hat, die damals mit Wucht ausgebrochene Finanzkrise in den Griff zu bekommen. Zwar hat der Staat schnell reagiert und eingegriffen – aber viele Großanleger der SVB werden erhebliche Verluste verbuchen müssen. Dabei war die Bank besonders „fortschrittlich“ und auf vermeintlich sicherem Terrain unterwegs. Investments in politisch verpönte Wirtschaftsbereiche (Öl, Waffen etc.) waren ausgeschlossen. Und das Silizium-Tal gilt bis heute als Startup-El-Dorado und besonders „woke“. Zumindest in der Wahrnehmung der Banker und US-Medien. Wie also konnte das geschehen, fragt man sich dort? Die Börsianer waren kurzzeitig geschockt, die Indizes gingen auf Talfahrt. Doch dann schlossen alle Beteiligten wieder die Augen und machten erst einmal damit weiter, was vor dem Crash üblich und angesagt war.

Schlimmer noch als der mögliche Vorbote einer noch gewaltigeren Finanzkrise könnte sich eine tatsächliche politische Annäherung zwischen den bislang verfeindeten Staaten im Nahen Osten auf das wirtschaftliche (und strategische) Wohlergehen der USA auswirken. Eine Annäherung bedeutet, daß der weltweit zweitgrößte Ölförderer und größte Exporteur sowie die Nummer zehn unter der Förderländern künftig kooperieren, statt sich zu bekriegen. Und weil der saudische Ölminder jüngerst in Moskau bekräftigt hatte, daß die enge Zusammenarbeit der OPEC unverbrüchlich sei, haben im Weißen Haus gewiß die Alarmglocken geläutet, wenn auch nicht unbedingt bei „Sleepy Joe“. Die Organisation erdölproduzierender Länder (OPEC) und weitere Staaten unter Führung Rußlands (der aktuellen Nummer drei unter den Förderstaaten) arbeiten seit 2017 eng zusammen. Dabei spielen Gedankenspiele, sich beim Handel des Erdöls vom Dollar als Referenzwährung zu lösen, keine geringe Rolle.

Die US-Währung und ihre Rolle in den internationalen Austauschbeziehungen bleibt – neben den hochgerüsteten Streitkräften, für die rund eine Billion Dollar jährlich verpulvert werden und dem allmählich verblassenden „Hollywood-Mythos“ – das wohl wichtigste Machtinstrument der Vereinigten Staaten. Das zu verlieren, wäre fatal für Washington, die Wall Street und die Federal Reserve Bank. Die angeschlagene Supermacht ist bekanntlich chronisch defizitär. Allein der Staat schiebt dort einen Schuldenberg von mehr als 30 000 Milliarden Dollar vor sich her. Was an finanziellen Zeitbomben in den Bilanzen der US-Finanzindustrie lauert, wagt kaum noch jemand zu beziffern. Eine Abkehr des globalen Ostens und Südens vom „Greenback“ wäre vermutlich der Knockout für „Gods own Country“ als Platzhirsch der globalen Finanzmärkte. Es wäre nicht mehr möglich, Schulden auf Kosten der restlichen Welt zu machen, wie das seit Jahrzehnten praktiziert wurde. Allerspätestens dann dürfte auch in EU-Europa das böse Erwachen auf der Agenda stehen.

**Klaus-Dieter Fischer**  
Berlin

# Der 24. Februar 2022 – Aufbruch zu einer Neuordnung der Welt

*Unter den Veränderungen, die das Jahr seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation gebracht hat, sind die Truppenbewegungen die kleinsten. In Wirklichkeit hat am 24. Februar des vergangenen Jahres eine Veränderung im Weltmaßstab begonnen.*

Heute wissen wir weit mehr über den Weg, der zu der militärischen Sonderoperation (MSO) Rußlands geführt hat, als noch vor einem Jahr, und dieses Wissen wächst stetig an. Zuerst hatten Angela Merkel und Francois Hollande gestanden, die Minsker Abkommen nur zu Täuschungszwecken unterzeichnet zu

weil die russische Armee dem Zugzwang folgte, sondern weil das Ergebnis ganz anders ausfallen wird, als es die westlichen Mächte beabsichtigt hatten.

Jedes Anzeichen deutet darauf hin, daß tatsächlich die Erwartung herrschte, die Russische Föderation durch die Verbindung aus militärischem Konflikt und Wirtschaftskrieg binnen weniger Monate in die Knie zwingen zu können. Zu Beginn hatte die ukrainische Armee schließlich immer noch beträchtliche Bestände sowjetischer Rüstung und Munition. Hätten die Wirtschafts-sanktionen tatsächlich die Folgen zeitzeitig,

Gewicht verleiht, sondern die Entwicklung im Rest der Welt, die sich seit jenem Tag gewaltig beschleunigt hat. Nicht Rußland hat an Ansehen verloren, sondern der Westen, der sich täglich weiter demaskiert. Zudem hat die Bildung neuer ökonomischer Verbindungen, neuer politischer Bündnisse eine atemberaubende Geschwindigkeit angenommen; als wäre der Beginn der MSO eine laut tönende Fanfare zum Aufbruch gewesen oder als hätte jemand, wie der kleine Junge in Andersens Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ gerufen: „Aber er hat ja nichts an!“ Es sind vermutlich die acht Jahre zwischen dem Putsch in Kiew 2014 und dem vergangenen Februar, die die großen Pläne aus Washington zum Scheitern brachten; acht Jahre, in denen der Donbass den Blutzoll dafür entrichtete, in die westliche Suppe gespuckt zu haben. Heute sind in Washington exakt die gleichen Personen verantwortlich wie damals – US-Präsident Joe Biden, damals Vizepräsident, Victoria Nuland, Antony Blinken, die gesamte Blase der Neocons. Der Blick auf die damaligen Ereignisse verrät, daß sie eigentlich bereits 2014 die Konfrontation mit Rußland wollten, vorzugsweise nach Aneignung der Krim als US-Stützpunkt. Dann gab es zuerst keine Krim, dann, wegen des Aufstands im Donbass, auch keine Möglichkeit, sie zu erobern; das ukrainische Militär scheiterte mit seinen Offensiven im Sommer 2014 wie im Frühjahr 2015, und ehe es für einen weiteren Angriff bereit war, kamen die vier Jahre der Präsidentschaft von Donald Trump dazwischen.

In diesen acht Jahren, bis der Plan von 2014 wieder reaktiviert werden konnte, war die Welt allerdings nicht stehengeblieben. Das Bündnis zwischen Rußland und China wurde weiter ausgebaut, die chinesischen Beziehungen nach Lateinamerika und nach Afrika entwickelten sich, die wirtschaftliche Macht insbesondere der Vereinigten Staaten ging weiter zurück. Wieviel sich in diesen acht Jahren verändert hatte, wurde nach dem 24. Februar sichtbar.

Hätte man es vor einem Jahr für möglich gehalten, daß ein US-Präsident in Riad anruft, dort aber niemand antwortet? Das war vielleicht das symbolträchtigste Ereignis für eine gewaltige Veränderung; schließlich war Saudi-Arabien erst von den Briten geschaffen worden und dann über Jahrzehnte hinweg der verlässlichste Erfüllungsgehilfe der USA unter den arabischen Staaten gewesen. Seine Dienstbarkeit war der Grundstein, auf dem die Dominanz des US-Dollar ruhte, nachdem das System von Bretton Woods Anfang der 70er zusammengebrochen war. Die Liste der Länder, die sich der Sanktionspolitik des Westens gegen Rußland nicht angeschlossen haben, ist lang, und sie umfaßt die weit überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung; aber nichts traf so tief in den Kern der amerikanischen Macht wie die Abkehr Saudi-Aubiens.



**Waren in Washington schon 2014 für Putsch und Krieg in der Ukraine verantwortlich: Victoria Nuland, Joseph Biden und Antony Blinken**

haben, und der US-Generalleutnant James Bierman hatte erzählt, wie die USA über Jahre hinweg bereits Nachschubwege und Munitionslager in der Ukraine, ja, den gesamten Kriegsschauplatz vorbereitet hätten. In jüngster Vergangenheit wurde nun das Detail ergänzt, daß auch die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines bereits seit Herbst 2021 geplant wurde. Und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen plauderte auf der Münchner Sicherheitskonferenz aus, die Sanktionen, die nach Beginn der MSO gegen Rußland verhängt wurden, seien ebenfalls bereits seit 2021 in Arbeit gewesen. Die Vorbereitungen des Westens waren also auf vielerlei Ebenen bereits abgeschlossen, als im Februar vergangenen Jahres der Beschuß der Donbass-Städte massiv erhöht wurde.

Es war eine gut vorbereitete Falle, in die man Rußland zu locken meinte. Auch in den westlichen Medien gelingt es weitgehend, alle vorangegangenen Ereignisse, acht Jahre Krieg im Donbass eingeschlossen, hinter dem Datum verschwinden zu lassen, ab dem eine russische Antwort erfolgte. Allerdings ist dieses Datum nicht deshalb historisch,

die man sich in Washington und Brüssel erhoffte, hätten sie für den militärischen Teil dieses geopolitischen Ringens genügt. Aber diese Rechnung ging nicht auf, und nun führt die gesamte NATO einen Krieg, den sie im Grunde nicht einmal dann aufrechterhalten, geschweige denn gewinnen könnte, wenn sie offen, unmittelbar und mit sämtlichen verfügbaren Kräften einsteigen würde.

Daß diese Tatsache langsam aber sicher selbst bei den Besessenen ankommt, zeigt unter anderem die Aussage von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, daß die Gefahr, die von einem russischen Sieg ausginge, größer sei als jene, die von einer direkten Konfrontation des Militärbündnisses mit Rußland ausgelöst wurde. Das ist ein Eingeständnis, daß die Strategie des Stellvertreterkriegs gescheitert ist und durch weitere Waffenlieferungen nicht aufrechterhalten werden kann, egal, wie viele Ukrainer dafür noch ihr Leben lassen müssen.

Doch es ist nicht die Entwicklung an der Frontlinie (die übrigens, nur zur Erinnerung, augenblicklich nach russischem Recht fast vollständig auf russischem Boden verläuft), die jenem 24. Februar 2022 historisches

Dabei sind es weit mehr die Handlungen des Westens selbst, die die Entwicklung beschleunigt haben, als die militärische Durchsetzungsfähigkeit Rußlands. Was abließ, war ein vielfach eingeübtes und bereits bekanntes Programm von Handelsblockaden bis zur Beschlagnahme fremden Vermögens. Ein Wirtschaftskriegspaket, das bereits in Zeiten des Kalten Krieges entwickelt und seitdem auf unzählige Länder angewandt wurde, zuletzt gegen Syrien und Venezuela, das aber in diesem Fall vollständig scheiterte, und zwar auf eine Art und Weise, die allen Beobachtern signalisierte, daß man nun der Knute entkommen kann.

Aber das ist nur die eine Weise, auf die sich der Kaiser als nackt erwie.

Denn die Sanktionen wie die sichtbare Mißachtung diplomatischer Gepflogenheiten gingen so weit, daß selbst das Vertrauen der Gutwilligsten untergraben werden mußte. Und der Gipfelpunkt der ganzen Selbstentblößung war der Anschlag auf Nord Stream, der im Westen nach wie vor behandelt wird wie ein unerklärlicher Vorgang. Von außen gesehen signalisiert er jedoch nichts anderes, als daß die Vereinigten Staaten keine Partner kennen, sondern nur Opfer, und daß kein Recht, kein Versprechen sie zurückhält, bedingungslos ihre eigenen Interessen durchzusetzen, so wie Kronos, der lieber seine eigenen Kinder verschlang, als seine Macht infrage stellen zu lassen.

Derweil wird auf allen Ebenen vorgeführt, daß das menschliche Maß im Westen völlig verloren gegangen ist. Die lauthals verkündete Einigkeit des Westens ist eine makabere Mischung aus Hybris und Unterwerfung, aus Arroganz und Kriecherei. Die Verachtung, mit der die Leben der ukrainischen Soldaten geopfert werden, um die Show für das heimische Publikum am Laufen zu halten, als seien es Stoffpuppen, die man in eine Müllpresse wirft, enthüllt die Falschheit jeden Geredes vom Menschenrecht.

Ein Karneval kolonialer Macht, in der die bizarrsten Masken einander zu übertrumpfen suchen, in dem nichts wahr, nichts echt, aber eben auch nichts mehr von Dauer ist.

Weit außerhalb des Sichtfelds des westlichen Publikums, das nun geplündert wird, wird Frankreich aus seinen ehemaligen Kolonien gejagt, wird der afrikanische Kontinent durch chinesische Eisenbahnen geeint, entstehen Verkehrs- und Handelswege, die nicht länger nach Rom führen, und ganze Kontinente suchen ihre eigenen Wege. Nicht nur der Kriegsplan gegen Rußland scheitert, auch die Bemühungen, brüchige Ketten zu erneuern im Zusammenspiel von Nahrungsmittelspekulation, Zinspolitik, IWF und Klimaerzählung. Es ist eine Welle neu oder wieder errungener Souveränität, die von diesem 24. Februar des vergangenen Jahres ausging, die den Globus erfaßt hat – außer die Länder des Westens.

Die Linie, die die Wahrnehmung dort von jener der übrigen Menschheit trennt, wurde jahrelang immer stärker gezogen und hat im Verlauf des vergangenen Jahres eine Schärfe erreicht, die sie kaum in den Hoch-Zeiten des Kalten Krieges hatte. Es gibt keine Verbindung mehr zwischen der Sicht, die dieser

Westen auf sich selbst hat und die er auf allen seinen Kanälen verbreitet, und jener, die andere auf ihn haben. Er ist wie Dorian Gray, der sich im Spiegel betrachtet und in der Blüte seiner Jugend wähnt, während die Welt in das verfallende Antlitz starrt und sich vor allem darum sorgt, wie wild dieser falsche Held noch um sich schlagen wird, ehe er endgültig stürzt.

Im Innern dieses abgeschotteten Bezirks werden weiter fantastische Pläne ausgebrütet, wird in Gedanken Rußland zerstückelt, China unterworfen, als würde nach wie vor jedes Vorhaben zur bitteren Wirklichkeit für den Rest der Welt. Dieses Mal ist die Wirkung jedoch geradezu mephistophelisch; je erbitterter darauf bestanden wird, den Lauf der Welt bestimmen zu können, gar zu müssen, desto schneller entzieht sie sich der Kontrolle.

Die Verbissenheit, mit der die Wahrnehmung der westlichen Bevölkerungen auf diesen kleinen Abschnitt des globalen Konflikts in der Nicht-mehr-Ukraine gelenkt wird, damit nur nicht sichtbar wird, worum es eigentlich geht, beschwört alle finsternen Gespenster der kolonialen Vergangenheit. Je stärker auf die Treue zu den Kiewer Hilfstruppen eingeschworen wird, desto offener tritt das Herrenmenschentum zutage. Es ergießt sich in Gazetten und Talkshows, während in der wirklichen Welt drumherum Infrastruktur, Industrie, selbst soziale Beziehungen in ihrem Niedergang noch ideologisch beschleunigt werden. Denn alle Konstrukte, die geschaffen wurden, um die alte Macht zu stärken, von der Klimaerzählung bis zu den 160 Geschlechtern, können diese Macht weder erhalten noch legitimieren und fallen mit zerstörerischer Wucht auf ihren Ursprung zurück.

Die Bevölkerungen der westlichen Länder wirken eigenartig paralysiert, abgesehen von jener weidlich gezüchteten Schicht hemmungsloser Opportunisten, denen eine Gendersprache willkommen ist, weil endlich wieder am ersten Satz zu erkennen ist, wer Abitur hat. Die Mehrheit jedoch scheint nach drei Jahren Ausnahmezustand mit ununterbrochenen Angriffen auf den Lebensstandard und allgegenwärtiger Propaganda in einen Schockzustand gefallen zu sein, der die Exzesse dieses Niedergangs wie einen Albtraum erdulden läßt. Es bleibt vorerst dem irrlichternden politischen Personal überlassen, ob es sich durchringt, die Niederlage anzuerkennen, oder weiter ukrainische (und vor allem eigene) Siege wähnt.

Sollte die Gefahr umgangen werden, die Menschheit in eine Grabbeilage des US-Imperiums zu verwandeln, ist es vor allem die Zukunft des Westens, die ungewiß ist. Wobei unklar ist, wie lange ein solcher alpträumlicher Schock anhalten kann. Allerdings ist klar, daß im Moment seines Vergehens, im Moment der Rückkehr in die Realität sämtliche Widersprüche offen zutage treten und zugleich mitten im ökonomischen Sturz die gesamte, auf die Ukraine eingeschworene politisch-mediale Kaste jede Glaubwürdigkeit verliert, während die großen manipulativen Oligarchen ihren Einfluß in dem Maße einbüßen, in dem der Dollar auf seinen realen

Wert gestützt wird. Letztlich war der falsche Ton, der von Multikulti über die Restitution von Kunstgegenständen, über „Flüchtlinge willkommen“, hin zu Black Lives Matter zu hören war, das Ergebnis des Versuchs, die Abrechnung für den Sklavenhandel und Kolonialismus durch einige Gesten zu ersetzen, ohne die ökonomische Vorherrschaft preiszugeben. Auf eine Welt, in der er nicht die erste Geige spielt, ist der gesamte Westen in keiner Weise vorbereitet, und die hysterischen Schwörungen, mit denen unter Verleugnung der militärischen Tatsachen auf einen Sieg der Ukraine bestanden wird, wurzeln auch in der Panik, die durch diesen völlig neuen Zustand, der sich ankündigt, ausgelöst wird. Von all den Gewalten, die seit jenem 24. Februar sichtbar in Bewegung geraten sind, ist der physische Konflikt zwischen dem Dnjepr und Charkow noch am meisten überschaubar: meßbar, abzählbar und im Grunde längst mit einem erwartbaren Ergebnis versehen. Die tektonischen Verschiebungen, die sich darunter und dahinter verbergen, sind in ihren Folgen weit weniger vorauszusehen, weil es sich tatsächlich um Entwicklungen handelt, die völlig neu sind. Sie versprechen für den größeren Teil der Welt einen Aufbruch, eine Befreiung, deren Gestalt sich noch finden muß, und zwingen den Westen zu einer Selbsterkenntnis, deren Erschütterungen sich erst abzeichnen.

Es zeigt sich, daß die Ziele der MSO, die Rußlands Präsident Wladimir Putin vor einem Jahr verkündete, Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, weit umfassender sind, als sie auf den ersten Blick wirkten. Denn die Geschwindigkeit, in der sich die westlichen Staaten die in der Ukraine gepflegte Ideologie zu eigen machten, beruht nicht oder zumindest nicht nur auf dem traditionell gegen Rußland gerichteten Anteil. Sie beruht auch darauf, daß der Nazismus die schärfste Ausprägung der kolonialen Ideologie ist, die beinahe zwangsläufig zum Vorschein kommt, sobald das koloniale System selbst bedroht ist. Und sie hat zur Folge, daß eine wirkliche Entnazifizierung, nicht nur der Ukraine, ausschließlich auf eine Weise zu haben ist: durch das Ende dieses kolonialen Systems.

Daß Rußland bei dieser Entwicklung die Rolle eines Katalysators einnimmt, ist zu guten Teilen ein Erbe der Sowjetunion, das der Westen ungeheuer unterschätzt hat, denn er hielt das Ende des geopolitischen Gegners auch für das Ende der Geschichte selbst. Heute ist es das damals errungene Vertrauen, das die Geschwindigkeit ermöglicht, mit der die Länder weltweit die Chance ergreifen, der Herrschaft zu entinnen. So haben nicht nur die bösen, sondern auch die guten Taten der Vergangenheit ihre Folgen.

Ein Jahr dieser stürmischen Veränderung ist vergangen. Es ist noch nicht erkennbar, wie viele weitere folgen werden. Das Ende wird eine bessere Welt sein, und vielleicht wird diese bessere Welt auch die über Jahrzehnte mit Gift genährte, mißbrauchte Ukraine wieder aufrichten können.

**Dagmar Henn**

## Ruhe an der Heimatfront!

In Deutschland erlassen Amtsrichter im Jahr um die 580 000 Strafbefehle. Mehr als drei Viertel aller Strafverfahren vor Amtsgerichten werden auf diese Weise abgeschlossen. Meist geht es um Kleinkriminalität: Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Beleidigung oder Trunkenheitsfahrten. Das Strafbefehlsverfahren ist ein Massengeschäft, ohne Beweisaufnahme, ohne Hauptverhandlung, aber für den Angeschuldigten immer mit Strafe verbunden. Die Richter urteilen nach Lage der Akten und aufgrund des Vorschlags des Staatsanwalts. Nur höchst selten geht es um Sachverhalte, bei denen der Richter das Gesetz nochmals zur Hand nehmen muß, weil es sich um ein Delikt handelt, dessen Einzelheiten nicht zum täglichen Pensum gehören. So wird auch Richter Pollmann vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten, der am 3. Januar den Strafbefehl gegen den Friedensaktivisten Heiner Bücker unterschrieb, den Wortlaut des Paragraphen 140 Absatz 2 Strafgesetzbuch (StGB) „Belohnung und Billigung von Straftaten“ aus der Abteilung „Politisches Strafrecht“ nachgelesen haben. Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, „wer eine der in Paragraph 138 Absatz 1 Nummer 2 bis 4 und 5 letzte Alternative (...) genannten rechtswidrigen Taten (...) in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (Paragraph 11 Absatz 3) billigt“. Wie viele Straftatbestände im StGB arbeitet der Paragraph mit der Verweisung auf andere Normen, so daß sein Inhalt erst verständlich wird, wenn man dort nachschlägt. In Paragraph 138 StGB geht es um die politisch motivierten Delikte Hochverrat, Landesverrat und Verbrechen der Aggression. Was unter letzteres zählt, findet sich im Völkerstrafgesetzbuch: Angriffskriege wie auch sonstige Angriffshandlungen (die bereits geführt werden) und solche, durch die

„die Gefahr eines Angriffskrieges oder einer sonstigen Angriffshandlung“ erst herbeigeführt werden (die also noch bevorstehen). Hervorzuheben ist insoweit, daß die Norm auf jede (auch kommende) kriegerische Auseinandersetzung irgendwo auf der Welt bezogen ist. Was das für die Anwendung deutschen Strafrechts auf bereits schwelende oder bevorstehende internationale Konflikte (Beispiel: China – Taiwan) bedeutet, läßt sich erahnen. Abgerundet wird der Tatbestand durch den Verweis auf Paragraph 11 Absatz 3 StGB: Es geht nicht nur um das öffentlich gesprochene Wort, sondern auch um solche Inhalte, die sich in „Schriften, Ton- oder Bildträgern, in Datenspeichern, Abbildungen oder anderen Verkörperungen“ finden. Somit unterfällt auch derjenige strafrechtlicher Verfolgung, der zum Beispiel auf Facebook ein Foto oder Video postet, das den „Unrechtsgehalt“ der russischen Militäraktion in der Ukraine „relativiert“. In den Jahren vor 2022 zählte die Kriminalstatistik für Deutschland zwischen 10 und 15 Fälle pro Jahr. Angesichts der 10 113 in 2021 gegen „Politisch motivierte Kriminalität – Links“ (BKA-Jargon) geführten Verfahren eine verschwindend geringe Anzahl. Mit dem Beginn des Ukraine-Krieges erlebte Paragraph 140 StGB seine Renaissance. Allein bis Juni 2022 sind etwa 150 Ermittlungsverfahren neu eingeleitet worden. Meist geht es um Symbole: Ein Feuerwehrmann aus Kempten (Allgäu) postete auf seiner Facebook-Seite ein „Z“ – Ermittlungsverfahren wegen „Billigen eines Angriffskrieges“, ein Hamburger Autofahrer, der ein weißes DIN-A4-Blatt mit einem blauen „Z“ im Heckfenster platziert hatte – 4000 Euro Geldstrafe. Absurd, aber real sind die Verbote, die Sowjetflagge öffentlich zu zeigen (Erlaß des früheren niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius zu den Ostermärschen). Wie aus der juristischen Fachpresse zu entnehmen ist,

wird in den Innenministerien auch geprüft, ob das Skandieren von „Rossija, Rossija“ oder die Behauptung, die Ukraine „müsse entnazifiziert werden“, den Tatbestand des Paragraphen 140 Absatz 2 StGB erfüllt. Die vom Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 proklamierte Zeitenwende hat auch das politische Strafrecht wieder belebt und gleichzeitig Beweis für die Instrumentalisierung des Rechts erbracht. Inzwischen existiert ein breiter Kanon von Strafvorschriften, der gezielt bundesweit gegen Friedensaktivisten eingesetzt wird. Letzter Höhepunkt der Wiederbelebung des Gesinnungsstrafrechts war die Einführung des Paragraphen 130 Abs. 5 StGB, der das „Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ unter Strafe stellt. Ganz gezielt sollen all jene, die die kriegstreiberische Waffenextase zur „Verteidigung unserer Werte“ am Frontverlauf in der Ukraine nicht mitzumachen bereit sind, in die gleiche Unrechtskategorie einsortiert werden, wie die Leugner des Holocausts (Paragraph 130 Absatz 3 StGB). Wer die aggressive Einkreisungspolitik der NATO gegenüber Rußland als kriegsursächlich benennt, wer Zweifel daran hegt, daß die Hungersnot in der Ukraine 1923 geplant von der Sowjetregierung in Gang gesetzt worden sei, gehört zum Kreis der Verdächtigen. Im dem vom früheren Bundesrichter Thomas Fischer verfaßten Standardkommentar zum StGB, der seit Jahrzehnten zum Inventar deutscher Amtsrichterstuben gehört, heißt es in der Einleitung zu Paragraph 140 StGB: „Der Tatbestand demonstriert, auch in seiner praktischen Handhabung, im Ergebnis wohl eher Vertrauenskrise des Rechtsstaats als dessen Stärke“. Das spricht für sich.

**Dr. Ralf Hohmann**

*Aus: UZ, 24.2.23*

## Betrug, Fälschungen, Fake News

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht!“ Heinrich Heines Stoßseufzer hat auch nach knapp zwei Jahrhunderten noch nichts von seiner Aktualität verloren. Im Gegenteil! Unsere Gegenwart ist geprägt vom allgegenwärtigen Damoklesschwert der „political correctness“ mit der dazugehörigen „Schere im Kopf“, von einem dumpfen kollektiven Nationalmasochismus, staatlich verordnetem Duckmäuserium, dem Trommelfeuereiner sogenannten Erinnerungskultur mit ihren ungezählten Gedenktagen, Mahnmalen und Sonntagsreden. Diese unbestreitbaren „Erfolge“ der „Re-education“ wurden und werden multipliziert durch eine Clique willfähriger, von staatlicher Alimentation abhängiger „Hofhistoriker“ der Bonner und Berliner Republik in trauriger Allianz mit einer permanenten Geschichts- und

Wahrheitsfälschung durch unsere sattsam bekannten „Qualitätsmedien“!

Dies alles wird unterstützt durch ein systematisch heruntergewirtschaftetes Bildungssystem, das die Maximen der „Frankfurter Schule“ auf ihrem unaufhaltsamen Marsch durch die Institutionen so verinnerlicht hat, daß nur noch regierungskonforme Duckmäuserie unsere gleichgeschalteten Geschichtslehrer vor erheblichen beruflichen Nachteilen bewahren kann. Quo vadis, Deutschland? Aufklärung tut not – immer noch: Ein kraftvoller Rundumschlag im üppig wuchernden Dickicht der als „unumstößliche Wahrheit“ verkauften Geschichtslügen und Fälschungen ist mehr als überfällig!

Und diesen mutigen Schwerthieb durch den gordischen Knoten der systematischen Volksverdummung führt nun zu unserer Freude

und Erleichterung ausgerechnet Hubertus Mynarek, ein Gelehrter, der sich in seinen mehr als 40 Buchveröffentlichungen bislang vornehmlich mit fulminanter Papst- und Kirchenkritik, den ethischen Fragen der modernen Naturwissenschaft, der Propagierung eines „ökologischen Humanismus“ sowie vielen anderen Fragen einer praktischen, spirituell geleiteten Lebensgestaltung beschäftigt hat.

Erstmals betritt er nun unerschrocken das stark verminte Terrain der bundesdeutschen Nachkriegspolitik mit der Akribie des klassisch ausgebildeten Wissenschaftlers, den zeitgeschichtlichen Erfahrungen seiner mehr als 90 bewegten Lebensjahre, dem jugendlichen Feuer des engagierten Suchers und Forschers, der kritischen Distanz des bekennenden Humanisten und der geschliffenen

Feder des begnadeten Publizisten. Gelegentliche Prisen mild-aggressiver Süffisanz machen sein über 450 Seiten starkes Werk zu einem besonderen Lesevergnügen. Man kann es schon jetzt unwidersprochen als ein Vademecum des historischen Revisionismus, als einen Meilenstein auf dem steinigen Weg zur Wahrheit bezeichnen, denn über jedem Kapitel schwebt unausgesprochen die alte Pilatus-Frage „Quid est veritas?“ (Joh. 18, 38). Wie weiland Jesus im Tempel (Lukas 19, 45-46) entlarvt Mynarek die Heuchler und Fälscher, rodet das Gestrüpp der staatlich verordneten Legendenbildung und wird dabei unterstützt durch die meist unterdrückten Aussagen und Zitate namhafter Historiker und Politiker, die er mit nimmermüder Akribie zusammengetragen

und uns wieder zugänglich gemacht hat. Kaum ein Kapitel unserer jüngeren und jüngsten Vergangenheit sowie unserer eher trostlosen politischen und kulturellen Gegenwart bleibt unberührt, kein Tabu unangestastet: Jedes verzerrte Bild unserer medial und pseudowissenschaftlich manipulierten Geschichtsbetrachtung wird radikal „entzaubert“, jeder in die Geschichtsbücher eingedrungene Propagandatricks der alliierten Siegermächte wird schonungslos ad absurdum geführt. Alles in allem: Mynareks Buch ist ein Meisterwerk, auf dessen Lektüre kein engagierter „Wahrheitssucher“ verzichten sollte.

**Dr. Gerhard Schlesinger**  
Hamburg-Uhlenhorst

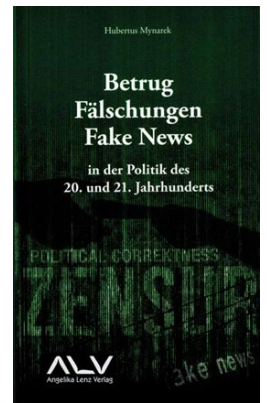
*Redaktionell gekürzt*

**Hubertus Mynarek:**

*Betrug,  
Fälschungen,  
Fake News in  
der Politik  
des 20. und  
21. Jahrhunderts*

Angelika Lenz  
Verlag, Neu-  
Isenburg 2022,  
453 S., 24,90 €

ISBN  
978-3-943624-76-2



## MAIL AN WASHINGTON \*

Habt Ihr nicht genug Probleme  
Zwischen Nord, Süd, Ost und West?  
Reichen Euch nicht Wut und Hämie  
Und das Friedensmanifest?

Achtstrahliger Superriese  
Probt Kurs auf Petersburg.  
Habt Ihr keine eigne Wiese?  
Spielt gefälligst dort Chirurg.

Finger weg von Rußlands Erde!  
Hollywood schenkt Euch den Traum.  
Übt woanders Weltbehörde!  
Doch verschont den Ostseeraum!

**Lutz Jahoda**

\* Laut Aufzeichnung des Portals Flight Radar 24 war am Samstagabend, dem 11. März 2023, eine achtstrahlige Boeing B-52 Stratofortress der US-Air Force unter der Kennung NOBLE 61 mit 741 km/h, von der spanischen US-Basis Moron kommend, Richtung Ostsee unterwegs, passierte südlich die finnische Hauptstadt Helsinki, nahm Kurs auf Sankt Petersburg, war aber längst unter Kontrolle der diensthabenden russischen Kräfte der Baltischen Flotte Kaliningrad, als der US-Bomber, nur noch 200 Kilometer von Wladimir Putins Geburtsstadt entfernt, abdrehte, zum Nachtanken nach England flog und erst dann nach Spanien zurückkehrte.

Kerosinversorgung während des Flugs war offenbar in der Kalkulation Preis-Leistungsverhältnis-Kosten-Nutzwert nicht vorgesehen.

Wie Joe Bidens „Sandmännchenbesuch“ bei Putin ankam, war bislang nicht zu erfahren. Die Bandbreite zwischen müdem Lächeln und zornigem Fluch dürfte immer enger werden.

## Vom Wandel der Grünen

Ein Bekannter machte mich auf einen Text des Schriftstellers Peter Hacks aufmerksam, den dieser 1992 in seinem Buch „Tendenz der Faschisierung“ niederschrieb, zu einer Zeit also, als die Grünen für mich noch eher positiv besetzt waren: „Alle kapitalistischen Parteien sind ein Federbett und ein Hintergrund und ein Nährboden, aber sie sind nicht geeignet, die Organisation hervorzubringen. Sondern dazu braucht man zunächst eine Splittergruppe, die sich entschließt, dieses Geschäft zu übernehmen. Ich nehme an, in Deutschland werden es die Grünen und dieses Bündnis 90 sein. Also, es werden nicht die Nazis von Herrn Frey und es werden nicht die Nazis von Herrn Schönhuber sein, sondern es werden die sein. Also, die sind der Schoß, aber der Schoß ist nicht die Sache. Und die Sache muß irgendwo aus einer Keimzelle keimen, das ist ein Gesetz: Wer einmal geschlagen ist, kann nicht unter demselben Namen wiederkommen. Der braucht eine neue Maske. Deshalb glaube ich auch, daß eben nicht in Deutschland die beiden Naziparteien die Keimzelle werden, sondern jemand, auf den man nicht kommt. Und diese weinenden Kleinbürgerorganisationen, die gegen alles sind und überhaupt nicht wissen, wofür sie sind, die eignen sich. Es ist ein bißchen Prophezeiung drin. Wir werden es sehen.“

Hacks erkannte wohl früher als andere, daß es einmal die Grünen sein werden, welche die Faschisierung in der BRD vorantreiben werden. Die Partei hat es in wenigen Jahrzehnten geschafft, in der BRD eine immer unerträglicher werdende Atmosphäre zu erzeugen, in der das geistige Klima unter einer erdrückenden Decke von Denk- und Redeverböten zu ersticken droht. Wer Probleme der Masseneinwanderung beklagt, muß damit rechnen, als Nazi diffamiert zu werden. Wer seine Sprache nicht gendert, ist ein Frauenfeind. Wer

den Ukraine-Konflikt von seinen Anfängen her beurteilt, ist etwas noch viel schlimmeres. An die Stelle sachlicher Beurteilungen der Realität ist eine abseits jeder Faktenlage angesiedelte Überideologie getreten, die jede objektive Analyse, Meinungsäußerung und letztendlich jeden Lösungsversuch für die Überwindung von Problemen und Konflikten



verhindert. Menschen, die sich das Denken nicht verbieten lassen wollen, werden ausgegrenzt, diffamiert und moralisch abgewertet. Eine gleichgeschaltete Medienlandschaft liefert die propagandistische Begleitung für den Irrsinn einiger Glaubensfundamentalisten, die nicht mehr in der Lage sind, die Welt so zu sehen wie sie tatsächlich ist und die uns in eine Katastrophe führen – so wie einst. Das, was sie antreibt, ist Haß auf alle Menschen und Kulturen, die nicht in ihr engstirniges und völlig realitätsfernes Weltbild passen. Hinzu kommt ein ungläubliches Maß an Selbstüberschätzung und Größenwahn, gepaart mit einem erschreckenden Mangel an Bildung und der Fähigkeit

zu Selbstkritik. Wer so gründlich hassen kann, ist als Kriegstreiber hochqualifiziert, auch wenn er sonst keine Qualifikationen besitzt. Ich fürchte, auch diese Kräfte werden „weiter marschieren, bis alles in Scherben fällt“.

Schlimm ist bei all dem das Versagen der Führungsspitze der Linken. Statt dieser längst weit vorangeschrittenen faschistoiden Entwicklung den Kampf anzusagen und die dafür Verantwortlichen beim Namen zu nennen, versuchen viele, „grüne Linke“ zu sein, indem sie jedes woke-Narrativ der Grünen nachbeten. Dabei fällt ihnen gar nicht auf, daß die Grünen die Grundursache aller Konflikte und gesellschaftlichen Spaltungen – den Kapitalismus – nie hinterfragen, geschweige denn abschaffen wollen. Ganz im Gegenteil. Angebliche „Kümmerner“-Parteien wie die AfD besetzen das Feld, das von der PDL freigemacht wird und gewinnen an Zulauf.

Faschisten marschieren diesmal nicht im Stechschritt, nicht mit einem Fackelzug durchs Brandenburger Tor, nicht in braunen Hemden oder schwarzen Uniformen, ihr Vorbild ist der „Rattenfänger von Hameln“, der ganz „demokratisch“ die Gutgläubigkeit vieler für sich zu vereinnahmen trachtet. Ignazio Silones Worte „der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus“ sind der Parteispitze der Grünen auf den Leib geschrieben. Wir erleben in diesen Tagen auf erschreckende Weise, daß eine kreuzgefährliche Demagogie all das in Rekordgeschwindigkeit zum Leben erweckt, was wir für tot und begraben hielten: Rassen- und Völkerhaß, Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, Überlegenheitsdünkel und Hybris. Erinnerung sei an Brechts Warnung: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das krocht!“

Ulrich Guhl  
Strausberg

## Regierungskompetenz adé

Das, was im hiesigen gleichgeschalteten Medienschwung und von Politikern dargeboten wird, hat es in diesem Land noch nicht gegeben. Die Dreistigkeit, mit der Logik und Sachverstand außer Kraft gesetzt werden, ist kaum noch zu überbieten. Wahrheiten werden zu Lügen und Lügen zu Wahrheiten. Aktuellstes Beispiel: Sprengung von Nordstream 2. Da haben sich also russische und ukrainische Putin-Feinde in Rostock – wo sonst – eine Nußschale gemietet, sie in Wieck (Darss) oder sonst wo mit einer Tonne Sprengstoff beladen, sind in aller Ruhe zu den Gasröhren geschippert, haben dann einfach mal so den Sprengstoff in 90 Meter Tiefe platziert und mittels einer offensichtlich kilometerlangen Zündschnur von Land aus Wochen oder Monate später zu Explosion gebracht. Weil sie es – wie von Seymour Hersh ermittelt – selbst nicht gewesen sein dürfen, schieben sie es der Ukraine in die Schuhe. Daß solches überhaupt veröffentlicht wird, überschreitet die Schranke zur Grenzdebatte. Meint man wirklich, daß die Menschen das Spiel nicht durchschauen? Der Bundeskanzler

schwadronierte am 3. März vor dem Bundestag darüber, daß er sich mit Biden einig sei, die NATO nicht am Krieg in der Ukraine zu beteiligen. Wer soll das glauben angesichts der westlichen Waffenlieferungen, der Ausbildung von ukrainischen Militärangehörigen in Deutschland, Großbritannien und anderswo, der Bereitstellung von Aufklärungsdaten für die Kampfeinsätze der ukrainischen Armee, dem Einsatz von NATO-Personal vor Ort etc. Auf der Weltbühne ist man bestrebt, ehemalige faschistische Allianzen wieder zum Leben zu erwecken. Diesmal nicht ausschließlich unter deutscher, sondern US-amerikanischer Führung. Und diese Ampelkoalition buckelt und legt sich auf die Knie. Habeck, Baerbock, Strack-Zimmermann und Co. taumeln in ihrer himmelschreienden Kriegsbesoffenheit einem heißen Krieg entgegen. Im Gepäck die alten Visionen von mehr Lebensraum und begehrten Rohstoffen, die im Osten lagern und nur darauf warten, im Austausch mit Demokratie und Menschenrechten den Weg gen Westen zu nehmen. Die gesamte Regierungsmannschaft

scheint sich in einem Trancezustand zu befinden, unfähig, Vernunft und Sachverstand walten zu lassen. Zu Erinnerung: Kurz vor seiner Wahl erklärte Habeck eins zwei fix Deutschland zum Vorzeigeneurowendeland. Solche und ähnliche dummen Sprüche gehören zum Markenzeichen der Grünen. Und der Kanzler, der Richtlinienkompetenz haben sollte, ist mit von der Partie. „In den nächsten Jahren wird Deutschland das Problem der Arbeitslosigkeit hinter sich lassen“, verkündete er Anfang März im Schloß Meseberg. Wann kam ein kapitalistisches Land schon mal ohne die gewollten Arbeitslosen aus? Sie gehören zu diesem System wie Wasser und Luft zur Erde. Aber wahrscheinlich glaubt der Kanzler an Wunder. Doch er wird noch getoppt vom „Wirtschaftsversuchsminister“, der zur Erbauung des Wählervolks zum Besten gab, daß russische Moleküle im importierten Gasmix nicht auszuschließen seien. Und ich dachte, Karneval wäre schon längst vorbei ...

Reiner Neubert  
Berlin

# Blutige Tomaten – Die Schattenseite des sonnigen Andalusiens

Wo sonst in (West)Europa findet man kilometerlange Sandstrände und wildromantische, scheinbar unberührte Berglandschaften, Weltkulturerbe und Weltnaturerbe so eng beisammen wie in Andalusien? Die autonome Region im Süden Spaniens ist für viele geradezu der Inbegriff der perfekten Kombination aus südlicher Lebensfreude, mediterraner Küche und entspanntem Naturgenuss. Wer heiße Strandparties unter Palmen liebt, wird in den Provinzen Almeria, Malaga und Huelva mit Garantie fündig. Mehr noch: Bis vor einigen Jahren waren es vor allem (deutsche) Rentner, die vor dem naßkalten Wetter im heimatischen Bayern oder Ruhrpott an die sonnige Küste Südandalusiens flohen, wo man selbst im Januar auf dicke Winterjacken verzichten kann. Mittlerweile hat sich das Bild drastisch geändert: „Van-Life“ ist in! Reisen mit dem Wohnwagen war früher etwas für Leute, die sich sonst keinen Urlaub leisten konnten. Man lebte im selbstausgebauten, meist schon etwas altersschwachen Wohnmobil, verpflegte sich selbst und lernte so ganz nebenbei Land und Leute kennen. Und heute? Heute fallen im Winter ganze Heerscharen von schneeweißen „Schlachtschiffen“ der Marken Hymer, Carthagoliner oder – ganz nobel – Pseudo-Expeditionsmobile – in Andalusien ein; Preis pro Exemplar nicht unter 100 000 Euro – man gönnt sich ja sonst nichts. Frei nach dem Motto „Was kostet die Welt?“ stellen sich diese Schlachtschiffkapitäne mitten in die Naturparks am Meer – und das gleich rudelweise, Influencer-Videos auf YouTube und TikTok und Park4Night sei „Dank“. Hat man sich einen Platz in der ersten Reihe am Meer „erkämpft“, wird aufgebaut: Der nagelneue Luxusliner wird aufgebockt, der künstliche Rasen vor die Tür gelegt, und wenn die Satellitenantenne nach einer halben Stunde kreisen endlich ihr Ziel gefunden hat, werden die unvermeidlichen, maßlos verwöhnten Hunde freigelassen. Rücksicht auf andere Urlauber oder Einheimische? Undenkbar! Wenn man dann nach Wochen weiterzieht und den Strand oder Naturpark wieder freigibt, hinterläßt man der einheimischen Bevölkerung Berge von Müll, Strände voller Hundekot und den stinkenden Unrat wild ausgeleerte Chemietoiletten. Zurück zu Hause, schwärmt man von Traumstränden, herrlicher Natur und spanischer Küche.

Die Schattenseiten des vielgepriesenen Sonnenlandes sind nicht zu übersehen, aber man schaut bewußt weg oder blendet sie aus. Warum auch nicht – sonst müßte man sich am Ende gar Gedanken darüber machen, ob das eigene Anspruchsdenken, der eigene Lebensstil nicht mit Schuld daran sind, daß einerseits Zehntausende Menschen in unsäglichem Elend leben und andererseits sich Andalusien selbst buchstäblich das Wasser abgräbt? Wer weiß schon, daß Andalusien, das Sehnsuchtsland der Deutschen, zu den ärmsten Regionen Europas gehört? In der spanischen Armutsstatistik steht Andalusien schon seit etlichen

Jahren auf dem Spitzenplatz. Der Armutsbericht des Jahres 2021 sieht 38,7 Prozent der Bevölkerung und sogar 45 Prozent der Kinder und Jugendlichen als arm oder armutsgefährdet, Tendenz steigend. Die Arbeitslosenquote liegt (offiziell) bei über 20 Prozent, und gerade die Jungen haben es schwer, Arbeit zu finden. Wer kann, zieht weg. Wobei – Arbeit gibt es eigentlich genug, nur ist kaum ein Spanier bereit, unter DEN Bedingungen zu arbeiten. Die meisten freien Arbeitsplätze gibt es nämlich in der Landwirtschaft – neben Tourismus der wichtigste Wirtschaftszweig in Andalusien. Während landwirtschaftliche Großunternehmen wie Distroll jährlich Gewinne im dreistelligen Millionenbereich einfahren, kommen viele Fincas gerade so über die Runden. Doch der Reihe nach.

Landwirtschaft hat in Andalusien eine lange Tradition. Schon Jahrhunderte vor Beginn der Industrialisierung waren die einst üppigen Wälder dem Holzunger des Schiffbaus und der Erzverhüttung zum Opfer gefallen und hatten Olivenhainen und Schafen Platz gemacht. Beides gibt es noch heute, und das nicht zu knapp. Im 20. Jahrhundert traten Apfelsinen und andere Zitrusfrüchte ihren Siegeszug an. Plantagen, so weit das Auge reicht, bedecken die Hügel der autonomen Regionen Valencia, Murcia und Andalusien. Hier wachsen sie, die Früchte, die zur Herbst- und Winterzeit in keinem deutschen Haushalt fehlen dürfen. Doch was als Segen begann, ist längst zum Fluch geworden: Der Wasserbedarf der riesigen Plantagen ist enorm – und das in Regionen, die mit wesentlich geringeren jährlichen Niederschlagsmengen zurechtkommen müssen als selbst die trockensten Regionen Deutschlands. Zum Vergleich: In Almeria fallen pro Jahr durchschnittlich 272 mm Niederschlag pro Quadratmillimeter – in Leipzig sind es etwa 730 mm. Und das ist noch nicht alles. Bereits bei einem oberflächlichen Blick fallen auf Satellitenaufnahmen Andalusiens merkwürdige weiße Flächen von etlichen hundert Quadratkilometern auf. Die größte von ihnen befindet sich westlich der Provinzhauptstadt Almeria und erstreckt sich über mehr als 50 km von Ost nach West – in der Nord-Süd-Richtung sind es immerhin noch mehr als 20 km. Auch westlich von Almeria, vor allem in der Gegend von Nijar, und in der Provinz Huelva findet man quadratmetergroße „weiße Flecken“. Erst vor Ort wird deutlich, daß es sich hierbei um eine der vielleicht größten Umwelttragödien Europas handelt, denn was sich hier flächendeckend über hunderte Quadratkilometer erstreckt, sind ... Gewächshäuser! Unter einem Meer von Folien wachsen sie heran – Auberginen, Gurken, Zucchini, vor allem aber die Tomaten, auf die der wohlstandsverwöhnte Europäer zu keiner Jahreszeit verzichten will. Die milden Temperaturen machen ihren Anbau auch im Winter rentabel, und was das Wasser angeht: Wozu gibt es Flüsse, die man anzapfen kann, wozu artesische Brunnen, die fossiles Wasser

aus großen Tiefen zutage fördern? Was sich in tiefen unterirdischen Reservoirs in tausenden von Jahren angesammelt hat, fällt innerhalb von wenigen Jahren dem exzessiven Tomatenanbau zum Opfer. Längst schon ist Wassermangel zu einem der größten Probleme Andalusiens geworden, doch die Großproduzenten hindert das nicht, ohne jede Rücksicht auf Natur und Menschen jährlich unzählige Millionen Liter Wasser in Gewächshäusern zu verschwenden – zu verschwenden, damit wir auch im Winter stets auf frische Tomaten und Gurken zurückgreifen können.

Wir fahren auf der schmalen Straße von Roquetas de Mar nach Westen. Links und rechts nichts als weiße, vier Meter hohe Folienwände, die nur hin und wieder durch einen Riß einen Blick ins Innere freigeben. Eine erdrückende Schlucht aus Gewächshäusern, Dutzende Kilometer lang. Manchmal, aber nur manchmal, mündet diese Schlucht in einer Ansammlung aus jämmerlichen Verschlügen, die kaum als menschliche Behausungen zu erkennen sind. Nur die besseren von ihnen haben Wellblechdächer oder -wände. Und dennoch leben, oder besser gesagt: hausen hier Menschen – Immigranten aus Afrika, moderne Arbeitssklaven. Niemand weiß, wie viele dieser „Jornaleros“ Tag für Tag ihre Gesundheit in den riesigen Gewächshäusern ruinieren; allein in der Region Nijar sollen es 2500 bis 3000 sein. Bei weitem nicht alle von ihnen sind überhaupt registriert. Den Produzenten ist das egal, kommt ihnen sogar zupass. Rechte oder gar Anspruch auf soziale Absicherung haben diese modernen Arbeitssklaven, die für 165 Euro im Monat Europas Tomatenhunger bedienen, nicht – wenn sie diesen „Lohn“ überhaupt bekommen. Wer sich wehrt, fliegt; Dutzende andere warten bereits darauf, seinen Platz einzunehmen.

Nur ein paar Autominuten trennen die Luxushotels von Aquadulce und die „Sehnsuchtsziele“ der Deutschen von diesem Albtraum aus Wellblechhütten und Armut. Slums, wie sie schlimmer kaum sein könnten, und das mitten in Europa!

Die in den Slums lebenden „Jornaleros“ stellen jedoch nur einen Bruchteil des Heeres aus billigen afrikanischen Arbeitssklaven dar. Der Rauch, der an kalten Winterabenden aus den Gewächshäusern aufsteigt, enthüllt das Unfaßbare: Viele der afrikanischen Erntehelfer arbeiten nicht nur in den Gewächshäusern, sondern leben auch dort! Die pestizidgechwängerte Luft macht das Atmen schwer, viele sind krank, aber wen kümmert das? Hauptsache, der Tomaten-Euro rollt!

Szenenwechsel: Wir sind noch immer in Andalusien, diesmal jedoch im südwestlichsten Zipfel, Provinz Huelva, wo Satellitenaufnahmen ebenfalls riesige Flächen von Gewächshäusern zeigen. Auf weit mehr 100 Quadratkilometern wachsen hier jene roten Früchtchen heran, die nicht nur Kinder so lieben: Erdbeeren! Vorbei die Zeiten, in denen es Erdbeeren und andere Beeren

nur im Frühsommer gab; die milden andalusischen Winter machen es möglich, schon ab Ende Januar mit der Ernte zu beginnen. Die Küstenregionen der Provinz sind geprägt von ausgedehnten Flussdeltas – ein Paradies für Flamingos und andere Wasservögel. Wassermangel, so scheint es, stellt hier kein Thema dar. Doch der Schein trügt: Obwohl die Regenfälle in Huelva deutlich reichlicher ausfallen als in Almeria, reichen sie bei weitem nicht aus, um den ungeheuren Wasserbedarf der riesigen Erdbeergewächshäuser zu decken. Im Naturpark Donana, einer der schönsten und artenreichsten Sumpflandschaften der Iberischen Halbinsel, hat der exzessive Erdbeeranbau bereits jetzt zu einem Absinken des Grundwasserspiegels um 50 Prozent geführt – mit unabsehbaren Folgen. Auf Druck des Europäischen

Gerichtshofs, der die Mißachtung so ziemlich aller entsprechender Richtlinien anprangerte, wurden zwar etliche Brunnen versiegelt, doch aus mehr als 2000 illegalen Brunnen ergießt sich noch immer das Wasser auf die Erdbeerbefelder. Der größte Teil von ihnen soll jetzt sogar auf Initiative der andalusischen Regionalregierung nachträglich legalisiert werden.

Die Ernte der süßen Früchtchen besorgen auch hier – wen wundert's – Jornaleros, moderne Arbeitssklaven aus Afrika. Philip Alston, der im Auftrag der UNO einen Bericht über die Arbeits- und Lebensbedingungen der afrikanischen Gastarbeiter in Huelva verfaßte, fand drastische Worte. Die Bedingungen seien, so schrieb er, „schlimmer als in einem Flüchtlingscamp“, die Unterkünfte teilweise kilometerweit von der nächsten

Wasserversorgung entfernt, ohne ausreichende sanitäre Anlagen – von medizinischer Versorgung ganz zu schweigen. Das war im Jahr 2019. Die Bedingungen haben sich seither nicht gebessert. Fünf bis sechs Euro pro Kilo – das ist der Preis, den man im Winter 2023 für Erdbeeren in einem spanischen Supermarkt bezahlt. Die afrikanischen Erntehelfer sehen davon so gut wie nichts. Ihr Lohn für einen harten Arbeitstag: 30 Euro, wenn überhaupt! Rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur – das ist die Schattenseite des sonnigen Andalusiens. Aber wie heißt es in Brechts Dreigroschenoper: „Doch man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“ Es wird höchste Zeit, das zu ändern – bevor es zu spät ist.

Dörte Hansen  
Jena

## Acht Millionen Kindern droht der Hungertod

Verschiedene Agenturen der Vereinten Nationen warnen vor einer schweren humanitären Katastrophe. Acht Millionen Kinder sind durch Not, Mangelernährung und Krankheiten so geschwächt, daß ihnen

Jemen, Afghanistan, Äthiopien, Kenia, Mali, die Demokratische Republik Kongo, Madagaskar und Haiti sind durch die genannten Faktoren und von der allgegenwärtigen Teuerungswelle stark betroffen.

Landwirtschaftsorganisation FAO und dem UNO-Welternährungsprogramm WFP unterstützt.

Die Nachricht von rund acht Millionen Kindern, denen der Hungertod droht, erschüttert und schockiert die Weltöffentlichkeit. Tatsächlich aber ist dies eine bekannte und nur zu oft erlittene Symptomatik des kapitalistischen Systems, in welchem der mögliche Tod von Millionen Kindern ein gern in Kauf genommenes Pfand darstellt, damit sich eine Minderheit weiterhin auf Kosten einer arbeitenden Mehrheit bereichern kann.

Quelle: ZdA, Wien, 13.1.23



Ein einjähriger unterernährter Junge im Krankenhaus von Dolow/Äthiopien

der Hungertod droht. Sie könnten nur durch schnelle Interventionen gerettet werden, so die UNO. Kinder und Jugendliche, die ganz allgemein an diesen Symptomen des Kapitalismus leiden, gibt es freilich noch viel mehr.

Es seien insgesamt 30 Millionen Kinder und Jugendliche aus 15 Ländern, die zum gegebenen Zeitpunkt durch Krankheiten und Nahrungsmittelknappheit stark geschwächt sind und die, wenn sie die Not überleben, Zeit ihres Lebens Nachwirkungen der Mangelernährung spüren werden. Es sind dies Länder, die durch Ausbeutung, Klimafaktoren, durch die Pandemie und nicht zuletzt durch kriegerische Auseinandersetzungen weltweit stark gebeutelt sind: Etwa der

### Fünfpunkteplan der UNO

Die UNO hat nun einen Fünfpunkteplan aufgestellt. Man appelliert an Organisationen und Regierungen, ihren Plan zu unterstützen. Dieser sieht unter anderem vor, Mütter und ihre Kinder so früh wie möglich mit Nahrungsmittelhilfen, Medikamenten und Vitaminpräparaten zu unterstützen. Abgelegene Dörfer sollen sauberes Trinkwasser und funktionierende Abwassersysteme erhalten und das Gesundheitssystem der betroffenen Regionen soll mit Rationen von Hochenergienahrung ausgestattet werden. Zur Zeit wird der Fünfpunkteplan vom Kinderhilfswerk UNICEF, der WHO, dem UNO-Flüchtlingswerk UNHCR, der UNO-Ernährungs- und

### Kolonialismuseden á la Merz

Ausländer aus Afrika  
Fügen sich nicht ein.  
Warum blieben sie nicht da  
Mit den Kinderlein?

Die EU wie USA  
Schufen die Voraussetzung,  
Daß der Mensch in Afrika  
Sieht vor sich nur Plünderung.

Nun, das Chaos dort schafft hier,  
Was die Politik nicht sieht,  
Eben kapitale Gier,  
Daß der Mensch verroht, dort flieht.

DDR, das hat bedeutet  
Solidarisch Unabhängigkeit,  
Um zu enden dort das koloniale Leid.

Schöne Reden, dennoch ausgebeutet  
Heut im Gegenteil wird viel, viel mehr.  
Deshalb kommt das Chaos auch hier her.

E. Rasmus



## Wahlen in Nigeria – Revanche für Peter Obi?

# Wahl des Staatspräsidenten

### Ein turbulenter Wahlkampf

Die „Unabhängige Nationale Wahlkommission“ (INEC) hat am 1. März Bola Tinubu von der Regierungspartei APC zum gewählten Präsidenten erklärt. 23 lange Jahre war er „godfather of Lagos“ und „Königsmacher“, der mächtigste, zu immensem Reichtum gekommene Gouverneur der Hauptstadt Lagos. Das Wohlwollen der westlichen „Geberländer“ ist ihm sicher, auch wenn gegenseitige Vorwürfe um Amtsmissbrauch und Unvermögen die Zeitungsspalten füllten. Schließlich ist Nigeria die größte Ökonomie Afrikas.

Es galt eine „lethargische“ Bevölkerung zu mobilisieren, denn beim letzten Wahlgang kam nur ein Drittel der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe. Kein Wunder, daß sich nur so wenige für „die da Oben“ interessieren, bei der grassierenden Armut, einer Inflation von 23 %, Schlagen vor den Tankstellen, der perspektivlosen Arbeitslosigkeit, dem täglichen Kampf ums buchstäbliche Überleben in den Vorstädten und auf dem Land.

Doch der Umtausch der Naira-Geldscheine rüttelte buchstäblich alle auf, offiziell um Geldwäsche, -fälschungen und Stimmenkauf zu erschweren. Am 23. November wurden neue Banknoten ausgegeben. Angesichts der massenhaften Proteste, Schlagen vor den Geldautomaten (und Tankstellen) verlängerte Präsident Buhari die Gültigkeitsfrist bis 10. Februar. Der drohenden Anarchie – brennende Bankfilialen, zerstörte Geldautomaten, an den Landesgrenzen die Franc CFA als Zahlungsmittel, Tote bei den Ausschreitungen – machte nach sechs Tagen Präsident Buhari ein Ende, in dem er die Gültigkeit um 60 Tage, also bis nach den Wahlen, verlängerte.

### Wenn zwei sich streiten

Bola Tinubu (mit 36,6 %) hat den ewigen Zweiten, den zum sechsten Mal für die Oppositionspartei PDP angetretenen, ehemaligen Vizepräsidenten Atiku Abubakar, erneut auf den zweiten Rang (29 %) verwiesen. Gegen beide Vertreter der oligarchischen Elite Nigerias kam der in Umfragen zum Favoriten erklärte Peter Obi von der Labour Partei nur auf den dritten Platz (25,4 %). Oder anders gesehen, so wie der Gouverneur des Bundesstaates Anambra: Peter Obi habe seinem früheren Parteifreund Atiku Abubakar die Stimmen zum Sieg weggenommen.

Die Vorgeschichte: Bei der letzten Wahl 2019 kandidierte Peter Obi für die PDP mit Atiku Abubakar als dessen Vize. Offensichtlich rechnete sich Obi Chancen aus, Abubakar als Präsidentschafts-Kandidat zu beerben, wie Bola Tinubu Präsident Muhammad Buhari beerbte. Wie sonst wäre zu erklären, daß er erst drei Tage vor den PDP-Primaries, wo der 76jährige Atiku Aboubarkar aufs Schild gehoben wurde, die PDP verließ und sich der kleinen Labour Party anschloß. Er, der frühere Gouverneur von Anambra, der sich als Geschäftsmann einen Namen machte und bei der jungen Bevölkerung große Sympathie genießt, hatte

dann nur wenig Zeit, jugendliche Erstwähler zu motivieren, sich in die Wählerlisten einzuschreiben. Die INEC schloß die Liste Ende August. Der Abstimmung blieben noch mehr fern als beim letzten Mal: nur 27,05 Prozent wählten oder 25,2 Millionen bei 93,4 Millionen registrierten Wählern.



**Vor allem von der Jugend unterstützt:  
Präsidentschaftskandidat Peter Obi**

### Elitenwechsel?

Am 7. März veröffentlichte die Nationale Wahlkommission die umstrittenen Wahlergebnisse. Nur im Senat kann sich Bola Tinubu auf eine knappe absolute Mehrheit von 55 Sitzen (von 109) stützen. In der 360 Sitze umfassenden Abgeordnetenversammlung hat seine Partei (APC) nur die relative Mehrheit von 165 Sitzen, die PDP erreichte 102, die Labour Party 35 Sitze. Peter Obi konnte den beiden großen Parteien die beiden Hauptstädte abnehmen, gewann die Mehrheit in der politischen Hauptstadt Abuja und in Lagos, dem wirtschaftlichen Zentrum.

Einen kleinen Schock versetzte es den alten Eliten, daß gleich sieben regierende Gouverneure ihren Sitz in der zweiten Parlamentskammer, dem Senat, verloren. Dem gegenüber standen vier gewonnene Sitze der Labour Party.

Doch die Verfassung Nigerias gibt ohnehin dem Präsidenten weitreichende Machtbefugnisse – in Balance mit den Gouverneuren der Bundesstaaten.

Atiku Abubakar sprach von einer „Vergewaltigung der Demokratie“. Neben seiner Partei und der Labour Party haben 40 Parteien gegen die Wahlergebnisse geklagt, was wohl wie das Hornberger Schießen ausgehen dürfte.

Dennoch: Um Transparenz herzustellen, hat der Bundesgerichtshof auf eine Klage der

Labour Party hin die Nationale Wahlkommission INEC angewiesen, die Ergebnisse der Wahlen direkt und elektronisch von den Wahllokalen auf die Plattform IReV zu laden.

### Wahlen der Gouverneure und Bundesstaats-Parlamente

Die Nationale Wahlkommission INEC hat nunmehr den Wahltermin für die Gouverneurswahlen und Landesparlamente in den 36 Bundesstaaten auf den 18. März verlegt. Sie mußte die Wahlen um eine Woche verschieben, da das Berufungsgericht in Lagos erst grünes Licht geben mußte für die Neukonfiguration der Wählerakkreditierungsgeräte, was durch die Klagen der Oppositionskandidaten bislang verhindert wurde. Angesichts der Stimmung im Lande wackeln etliche der Sessel der Provinzfürsten. The Africa Report fragt sich, ob es Peter Obi gelingt, die Öl-Oligarchen abzusägen. In einigen Staaten sind Demonstrationen für oder gegen die Wahlergebnisse verboten. Obis Igbo-Anhänger wurden von Yorubas bedroht, am 8. März brannte ein Ersatzteilmarkt in Lagos. In dieser Metropole fordert der 39jährige Architekt Gbadebo Rhodes-Vivour, Umweltaktivist und Kandidat der Labour Party, den Vertrauten des neuen Präsidenten heraus. „Wir wollen mit Tinubus Mafia-Reich Schluß machen“, sagte er. Aus einer Juristenfamilie stammend, die mehrere hohe Richter stellte, hat er sich der Modernisierung der Wirtschaftsmetropole weg vom Öl verschrieben. Dieser Trend zeigt sich nach der Plattform „The BigDeal“ darin: 4,8 Mrd. Dollar wurde 2022 in afrikanische start-ups (vor allem in Informationstechnologie) investiert, Nigeria ist das dynamistische Entwicklerland neben Kenia, Ägypten und Südafrika, die zusammen drei Viertel des Kuchens beanspruchen.

Vor dem geopolitischen Hintergrund des Wirtschaftskriegs der USA gegen China läuft stellvertretend ein Konkurrenzkampf zwischen Algerien und Marokko ab, als Knotenpunkt zu dienen, das nigerianische Gas nach Europa zu leiten. Algerien steht traditionell Rußland und China näher, während für Marokko die westliche Sympathie trotz kolonialer Besetzung der Westsahara kaum beeinträchtigt ist.

Denn der profitversprechende Kuchen ist riesig: So riesig, daß gleich zwei Megaprojekte das nigerianische Gas international vermarkten wollen. In tausenden von Kilometern langen Pipelines soll das Gas bis in die Europäische Union gelangen: die kürzere, 2001 projektierte und 2009 unterschriebene 4 128 km lange transsaharische TSGP über Niger nach Algerien, dann über die bestehende Pipeline Transmed über Tunesien nach Italien oder die 2016 ins Leben gerufene Konkurrenz: die viel längere NMGP (ca. 6000 km) um den Golf von Guinea herum nach Marokko, von dort an die geplante Pipeline GME anzudocken. Allerdings würden auf dem Weg bis zu dreizehn Anrainerstaaten Gas abzapfen ...

**Georges Hallermayer**

# Der Wirtschaftskorridor China – Myanmar (CMEC)

Wenn man sich die Projekte der Neuen Seidenstraße als Perlen einer Kette vorstellt, dann ist der Wirtschaftskorridor China – Myanmar (CMEC) die kostbarste Perle darunter, meint der schwedische Autor und Myanmarexperte Bertil Lintner. Es geht um Chinas Zugang durch Myanmar zum Golf von Bengalen und zum Pazifik.

## Neun CMEC-Projekte

Geplant sind ein Tiefseehafen mit einer Sonderwirtschaftszone in Kyaukphyu im Rakhine-Staat, der Ausbau und die Einrichtung verschiedener Grenzhandelszonen, mehrere neue Industriezonen, eine neue Stadt westlich von Rangun und die Verbindung all dieser Projekte mit Eisen- und Autobahnen.

Der Bau des Hafens von Kyaukphyu am Golf von Bengalen und dessen Eisenbahnverbindung mit der chinesischen Provinz Yunnan ist für China das wichtigste Projekt. Die Eisenbahn und die parallele Autobahn führen von Kyaukphyu über Mandalay, der zweitgrößten Stadt Myanmars, zur chinesischen Grenzstadt Ruili und dann weiter bis nach Kunming, der Hauptstadt von Yunnan. Mandalay ist bereits an das innermyanmarische Eisenbahnnetz angeschlossen und hat eine Verbindung nach Rangun, eine weitere strategisch wichtige Hafenstadt.

China hat bereits Ruili an das chinesische Eisenbahnnetz angeschlossen, allerdings ist dieser Abschnitt ohne die gesamte Strecke bis zum Pazifik für China nicht viel wert. Aber wenn die Verbindung bis nach Kyaukphyu und Rangun fertiggestellt ist, kann China Teile seiner Produktion von den östlichen Küstengebieten mit den Häfen von Shanghai und Hongkong ins Landesinnere verlagern. Der Warentransport durch Myanmar verkürzt die Transportwege von und zu den Märkten in Asien, Afrika und Europa um tausende von Kilometern und um viele Tage und öffnet myanmarischen Markt für chinesische Waren. Der Seeweg von der chinesischen Westküste aus führt zudem durch die Straße von Malakka, die von den USA und ihren Verbündeten in der Region leicht zu sperren wäre. Das würde Chinas Seehandel zum Erliegen bringen. Ein Eisenbahnanschluß über Myanmar zum Indischen Ozean würde die Gefahr bannen. China transportiert bereits heute Öl und Gas über Pipelines von der Westküste des Bundesstaates Rakhine quer durch Myanmar nach Yunnan. Die Eisenbahn und die Autobahn sollen von der Grenzstadt Muse (gegenüber von Ruili) weitgehend parallel zu diesen Pipelines verlaufen.

## Entwicklung des CMEC-Projekts

Nach der Niederschlagung des Aufstandes im Jahre 1988, in dessen Verlauf Aung San Suu Kyi sich als Oppositionsführerin gegen die Militärdiktatur herauskristallisierte, wandte sich das Ausland von Myanmar ab. China seinerseits setzte nach Maos Tod nicht mehr

auf den Export der Revolution, sondern auf den Export von Waren. So kam es, daß das damalige noch Burma und China sich wieder annäherten und Burma von China wirtschaft-

jedoch unverändert skeptisch gegenüber, hatte sie doch bisher bei den Verträgen der Junta mit China nur Nachteile gehabt, darunter Landraub und Umweltvergiftung, während obskure chinesische Geschäftsleute, Drogensyndikate, Schmugglerbanden (Teakholz, Jade usw.) und korrupte Militärs hohe Gewinne in die eigenen Taschen steckten.

Covid 19 verlangsamt die CMEC-Projekte nochmals, so daß bis heute kein einziges Projekt fertiggestellt ist.

Als Ende 2020 die NLD erneut mit absoluter Mehrheit die Wahlen gewann, beendete das Militär ihr kurzes Experiment mit der Demokratie und setzte im Februar 2021 die neu gewählte Regierung ab. Das Land befindet sich seitdem im Bürgerkrieg, in vielen Regionen, die Teil der CMEC-Projekte sind, haben Regierungsgegner die Kontrolle übernommen und die Militärjunta hat dort keinen Zugang mehr. Davon betroffen ist natürlich auch die oben genannte

1300 km lange Eisenbahnverbindung quer durch Myanmar.

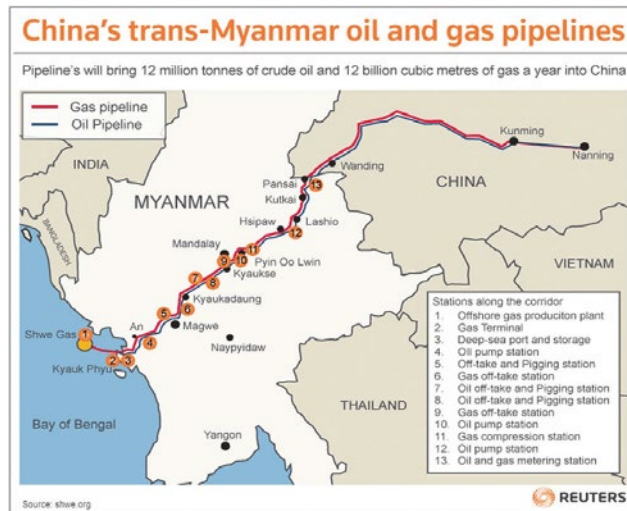
## Schnelles Fortschreiten der CMEC-Projekte infrage gestellt

China ist ein Großinvestor in Myanmar. Nachdem China viel in die Beziehungen zu Aung San Suu Kyis demokratisch gewählter Regierung investiert hatte, hielt es sich in den ersten Tagen nach dem Staatsstreich zurück, um sich dann auf die Seite des Militärs zu stellen. Kurz nach dem Coup erklärte Chinas Botschafter, die gegenwärtige politische Situation sei „absolut nicht das, was China sehen wolle“. China blockierte aber gleichzeitig eine Erklärung im UN-Sicherheitsrat, die den Putsch verurteilte. Deswegen gab es landesweit Aufrufe zum Boykott von in China hergestellten Waren sowie zur Sprengung der Öl- und Gaspipelines.

Während die chinesische Regierung weiterhin das Militär unterstützt, wenn auch zunehmend zurückhaltender, je mehr sich der Bürgerkrieg ausweitet und die Verbrechen der Tatmadaw gegen die Bevölkerung Empörung hervorrufen, bemüht sich Peking gleichzeitig um einen Dialog mit der Untergrundregierung NUG und arbeitet mit zahlreichen bewaffneten ethnischen Organisationen zusammen. Wenn das Land völlig in Anarchie versänke, wäre das ein Alptraum für China, das unentbehrlicher Akteur in Myanmar bleiben will und möchte, daß jede Bürgerkriegspartei, die schließlich die Oberhand gewinnt, Peking weiter verpflichtet ist.

Das Regime in Myanmar ist weltweit isoliert und seine Abhängigkeit von China ist so groß wie nie zuvor. Aber nur mit einer vom Volk anerkannten Zivilregierung wird die notwendige Stabilität wieder einkehren, um die CMEC-Projekte in beiderseitigem Interesse und auf Augenhöhe zu realisieren.

Karl Lee Jing  
Vientiane



Die Eisenbahn soll einmal parallel zu dieser Trasse verlaufen.

lich und politisch immer abhängiger wurde. Zur Lösung des Problems beschlossen die Generäle ihr Ansehen international aufzuschminken und der Welt einen „Fahrplan zur Demokratie“ zu verkaufen. Als 2008, nach der verheerenden Flutkatastrophe durch den Zyklon Nargis, Schiffe mit Hilfsgütern mitsamt ihrer Ladung nach tagelangem Warten vor der Küste wieder umkehren mußten, weil die Militärjunta sie nicht einlaufen ließ, rief dies international nur Kopfschütteln hervor. Die Junta beeilte sich nun, eine Verfassung durchzusetzen, die ihre Macht im Staat unabhängig vom Ausgang von Wahlen zementieren sollte. Burma wurde in Myanmar umgetauft und als nächstes wurde Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest entlassen. 2013 fanden erstmals seit 1962 wieder Wahlen statt. 2015 fanden nochmals Wahlen statt, die Suu Kyis NLD mit überwältigender Mehrheit gewann. Die Welt ließ sich nun nur allzu gerne vom vermeintlichen Aufbruch zur Demokratie täuschen und begann in Myanmar zu investieren und Beziehungen zu dem Land aufzunehmen.

Etwa zur gleichen Zeit, 2013, gab Peking sein Projekt der Neuen Seidenstraße bekannt. 2018 unterzeichneten Myanmar und China eine Absichtserklärung zur Errichtung des CMEC und 2020 unterzeichneten die damalige Staatsrätin Suu Kyi und Xi Jinping insgesamt 33 Projektvereinbarungen, darunter die Sonderwirtschaftszone Kyaukphyu mit dem Tiefseehafen und die Muse-Mandalay-Kyaukphyu-Eisenbahn.

Nach Unterzeichnung der Absichtserklärungen schritten die Bauarbeiten nur langsam voran. Erst mußten Machbarkeitsstudien und Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden. Die NLD-Regierung wollte zudem die Gefahr der Überschuldung und einer zu großen Abhängigkeit von China vermeiden. Im Abkommen wurde auch vereinbart, die Bevölkerung bei der Realisierung mit einzubeziehen. Diese steht den CMEC-Projekten

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

# Sind die Kommunisten gegen Eigentum?

*Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.*

RF

31. August 1978

„Es war einmal ein Mann. Der hatte es allein durch seiner Hände redliche Arbeit zu großem Reichtum gebracht. Und morgen, liebe Kinder, erzähle ich Euch ein anderes Märchen.“ ... So der BRD-Kabarettist Dietrich Kittner. Mit drei knappen Sätzen führt er die ganze bürgerliche Verschleierungstaktik über Wesen und Ursprung der Konzentration des Eigentums in den kapitalistischen Ländern ad absurdum.

Man hört oft die Behauptung, die Kommunisten seien generell gegen alles Eigentum. Darauf ist eigentlich ganz kurz zu antworten: Welch ein Unsinn! Ganz im Gegenteil, die Kommunisten halten das Eigentum und alle Fragen, die sich daraus ergeben, für das Grundproblem ihrer Bewegung. Marx und Engels haben das schon vor langem hervorgehoben – nachzulesen im „Manifest der Kommunistischen Partei“<sup>1</sup>. Im Eigentum finden wir, wie Marx später im 3. Band des „Kapitals“ formulierte, „das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion“.<sup>2</sup> Und eben diese „gesellschaftliche Konstruktion“ muß jeder kennen, der erfolgreich die Welt zugunsten der arbeitenden Menschen verändern möchte. Jene Kräfte, die eine derartige Veränderung der Welt zu verhindern trachten, sprechen häufig davon, daß das Eigentum für den gesellschaftlichen Fortschritt keine oder nur eine untergeordnete Bedeutung habe. Bürgerliche Ideologen behaupten im Gegensatz zur objektiven Realität, daß der Fortschritt der Gesellschaft entweder allein von der wirtschaftlichen Entwicklung oder vom Verhalten der Menschen schlechthin abhänge. So versuchen sie einen Schleier über die Tatsache zu decken, daß sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für das Verhalten der Menschen, das ja bekanntlich recht unterschiedlich ist, die Fragen des Eigentums eine ganz entscheidende Rolle spielen. Doch bevor wir darauf näher eingehen, sollten wir deutlich machen, um welches Eigentum es uns dabei geht. Die bürgerlichen Meinungsmacher versuchen in dieser Frage auch dadurch Verwirrung zu stiften, daß sie alles Eigentum völlig gleichrangig in seiner Bedeutung darstellen. Da wird kaum ein Unterschied gemacht zwischen dem Besitz von Fernsehapparaten, Kühlschränken, Eigenheimen usw. und dem Eigentum an Fabriken, Kaufhäusern, Banken – alles ist Eigentum.

Für das Verständnis des Standpunktes der Kommunisten in dieser Frage ist es aber erst einmal wichtig zu wissen, daß sie unterscheiden zwischen dem persönlichen Eigentum, das an den verschiedensten Verbrauchsgütern einschließlich PKW, Eigenheim usw. besteht, und dem Eigentum an Produktionsmitteln, seinen verschiedenen Formen und deren gesellschaftlichen Kon-



**Dietrich Kittner (1935–2013): Keine Märchen über selbst erarbeiteten Reichtum!**

sequenzen. Das persönliche Hab und Gut, im Sozialismus wesentlich durch eigene Arbeit geschaffen, aus dem eigenen Einkommen erworben, dient der wachsenden Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse der Menschen. Der sozialistische Staat gewährleistet das persönliche Eigentum und das Erbrecht. Doch der Umfang dieses privaten Besitzes soll nicht Statussymbol sein, wie das in der kapitalistischen sog. Konsumgesellschaft verbreitet ist, sondern als Ergebnis guter Arbeit das Leben der Bürger angenehmer machen und der vollen Entfaltung menschlicher Persönlichkeit dienen.

Unter Eigentum an Produktionsmitteln verstehen wir mehr als bloße juristische Verfügungsgewalt über die materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion. Wir begreifen Eigentum (und wenn ich im folgenden davon spreche, meine ich stets das Eigentum an Produktionsmitteln) vor allem als ein Verhältnis zwischen Menschen, als gesellschaftliches Verhältnis, das sich aus ihrem Verhältnis

zu den Produktionsmitteln und aus der diesem Verhältnis entspringenden Aneignung der Produkte ergibt. So betrachtet ist Eigentum eine wesentliche Bedingung jeder Produktion, durch die sich ja bekanntlich der Mensch die Natur aneignet, um überhaupt als Mensch existieren zu können. Auch von dieser Seite her betrachtet ist es Unsinn zu behaupten, die Kommunisten seien gegen Eigentum. Ausgangspunkt solcher Argumentation ist das Bemühen bürgerlicher Ideologen, die Eigentumsfrage zu vernebeln, um die in den imperialistischen Ländern herrschenden Besitzverhältnisse zu schützen. Lediglich das private Eigentum wird als Eigentum bezeichnet und anerkannt. Ja man versteigt sich sogar so weit, zu behaupten, daß nur das Privateigentum der Natur des Menschen entsprechen würde und die entscheidende Bedingung seiner Freiheit sei. Das kapitalistische Eigentum wird faktisch heiliggesprochen. Da die Kommunisten den Kapitalismus bekämpfen, seien sie folglich gegen jegliches Eigentum und damit auch gegen jegliches persönliches Eigentum. So gebiert er eine Unsinn den nächsten! Sarkastisch kritisierte Marx dieses gar nicht neue Vorgehen der bürgerlichen Propagandisten des Kapitals schon, als er schrieb:

„Aber sobald die Eigentumsfrage ins Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfibel als den allen Altersklassen und Entwicklungsstufen allein gerechten festzuhalten.“<sup>3</sup>

Wie bereits gesagt, die Kommunisten sind keineswegs gegen das Eigentum schlechthin. Sie treten allerdings dafür ein – und da haben sie die historischen Gesetzmäßigkeiten auf ihrer Seite –, daß das kapitalistische Eigentum verschwindet und an seine Stelle gesellschaftliches Eigentum tritt. Damit ziehen sie sich natürlich den Haß aller Kapitalisten zu. In diesem Zusammenhang könnte die Frage auftauchen, warum die Kommunisten so konsequent gegen das kapitalistische Eigentum kämpfen und was sie sich vom gesellschaftlichen Eigentum versprechen.

Die Form des Eigentums ist vor allem bedingt durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, d. h. durch das Niveau von Wissenschaft und Technik, besonders aber durch den Entwicklungsstand der Menschen als entscheidender Seite der Produktivkräfte. Das kapitalistische Eigentum entstand nicht etwa als Ergebnis der Tätigkeit besonders fleißiger, intelligenter und sparsamer Unternehmer,

wie es die bürgerlichen Ideologen glauben zu machen versuchen, sondern – ausgehend vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte – am Ende des Feudalzeitalters, und zwar, wie Marx das eindrucksvoll und anschaulich im 1. Band des „Kapitals“ dargestellt hat<sup>4</sup>, auf dem Wege brutaler Gewalt, des Sklavenhandels, der Enteignung Hunderttausender Bauern und anderer Kleineigentümer. Dennoch – das wurde schon von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ hervorgehoben – hat das kapitalistische Eigentum historisch eine durchaus revolutionäre Rolle gespielt, nämlich in der Anfangsphase des Kapitalismus, als die junge Bourgeoisie die Märkte eroberte. Auf der Grundlage des Profitstrebens kapitalistischer Unternehmer wurden gewaltige Produktivkräfte entwickelt. Der Preis dafür war aber die zunehmende Ausbeutung der Arbeiter, das Entstehen einer industriellen Reservearmee in Form millionenfacher Arbeitslosigkeit. Der Preis dafür waren und sind Wirtschaftskrisen und ein zunehmendes Chaos in den Gesamtzusammenhängen der kapitalistischen Wirtschaft. Gegenwärtig wagt kaum jemand noch zu bestreiten, daß durch die Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaft ein gewaltiger Prozeß der Enteignung kleiner Warenproduzenten, mittlerer und kleinerer Kapitalisten, ja sogar schwächerer Monopole eingesetzt hat. Und dieser Vorgang dauert an. Es sind nicht die Kommunisten, die heute in den kapitalistischen Ländern das private Eigentum enteignen. Es sind die großen Monopole, die tausende und abertausende selbständige, bisher auf Privateigentum beruhende Existenzen vernichten. In den letzten fünf Jahren (1973–1978) machten beispielsweise in der BRD 41 356 Unternehmen bankrott. Außerdem gab es in diesem Zeitraum 2026 meldepflichtige Zusammenschlüsse größerer kapitalistischer bzw. monopolistischer Unternehmen. Allein 1977 waren es über 9500 Bankrotte und 554 meldepflichtige Zusammenschlüsse. Die Unterordnung der Produktivkraftentwicklung unter das Profitinteresse riesiger Monopole hat einen Prozeß in Gang gesetzt, den

man getrost als eine Vorstufe, als eine materielle Vorbereitung des unausweichlichen Übergangs zum gesellschaftlichen Eigentum bezeichnen kann.

Es erweist sich heute tagtäglich in der Praxis des gesellschaftlichen Lebens, daß das kapitalistische Eigentum als höchste Form des Privateigentums nicht ewiger Natur sein kann, daß es auch nicht dem Wesen des Menschen und der menschlichen Gesellschaft immanent ist. Im Gegenteil, die Natur des gesellschaftlichen Fortschritts zwingt zu seiner Aufhebung, erfordert auf einer höheren Stufe die Wiedervereinigung der Produzenten mit den Produktionsmitteln, mit denen sie arbeiten, und den Produkten, die sie erzeugen. Das ist das Eigentum, für das Kommunisten eintreten und kämpfen. Um dabei jeden Irrtum auszuschließen, konkretisierte Lenin diese Aufgabe im März 1918 wie folgt: „Alle Produktionsmittel sind in das Eigentum des gesamten Volkes zu überführen, jedoch keineswegs die Schiffe an die Schiffsarbeiter, die Banken an die Bankangestellten zu übereignen.“<sup>5</sup> D.h., der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion erfordert ihre Leitung und Planung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Nur auf diese Weise kann eine Übereinstimmung der persönlichen Interessen der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft nach Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse, nach Entfaltung ihrer Persönlichkeit, mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungserfordernissen hergestellt werden.

Die Praxis des gesellschaftlichen Lebens in den sozialistischen Ländern schreitet auf einem komplizierten, aber erfolgreichen Wege bei der Lösung dieser Aufgabe voran. Wesentliches ist dabei auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums schon erreicht worden. Die Produktivkräfte entwickeln sich rasch. Im Gegensatz zu den Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus ist dieser Prozeß untrennbar verbunden mit der zunehmenden Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse der Werktätigen.

Viel ist auf diesem Wege noch zu tun, um auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums die entwickelte sozialistische Gesellschaft in ihrer ganzen Komplexität zu gestalten. So werden zugleich wichtige Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus geschaffen. Damit nähern wir uns einem Ziel, für das die Kommunisten seit langem eintreten. Auch auf dieser höchsten Stufe gesellschaftlicher Entwicklung kann das Eigentum nicht „abgeschafft“ werden, sondern das gesellschaftliche Eigentum erreicht entsprechend den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung eine höhere Form. Im Programm der SED, das der IX. Parteitag der SED 1976 beschloß, heißt es in diesem Zusammenhang: „Kommunismus, das ist die klassenlose Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und alle Mitglieder der Gesellschaft sozial gleichgestellt sein werden, in der alle Mitglieder der Gesellschaft ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten allseitig entwickeln und zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.“<sup>6</sup>

Kommunisten sind, zusammenfassend gesagt, für Eigentum, allerdings für eine dem kapitalistischen Eigentum völlig entgegengesetzte Form. Ihr Kampf für das gesellschaftliche Eigentum findet deshalb den erbittertsten Widerstand des Monopolkapitals und seiner Verteidiger, deren Existenz ja durch diesen Kampf in Frage gestellt wird. Kein Wunder, wenn sie nichts unversucht lassen, um auch in der Eigentumsfrage soviel wie möglich Verwirrung zu stiften.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. MEW, Bd. 4, S. 493
- 2 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Bd. 25, S. 799/800
- 3 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 742
- 4 Vgl. ebenda, 24. Kapitel
- 5 W. I. Lenin, Werke, Ergänzungsband II, S. 33
- 6 Programm der SED, Berlin 1976, S. 73

### Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April!

#### Zum 96. Geburtstag

Heinz Blauer (Berlin) am 13. April

#### Zum 95. Geburtstag

Brigitte Marx (Zörbig) am 4. April

#### Zum 94. Geburtstag

Ursula Münch (Strausberg) am 11. April

#### Zum 93. Geburtstag

Dr. Werner Irmiler (Wandlitz) am 15. April

#### Zum 92. Geburtstag

Karl Halbritter (Aschersleben) am 12. April

#### Zum 91. Geburtstag

Gerd Zimmermann (Berlin) am 6. April

#### Zum 90. Geburtstag

Günter Schmidt (Coswig) am 12. April

#### Zum 85. Geburtstag

Maria-Luise Deutschewitz (Wismar) am 8. April

Dr. Dieter Mund (Oberschöna) am 8. April

Peter Rüterbusch (Rostock) am 11. April

Hans-Georg Klatt (Wismar) am 19. April

#### Zum 80. Geburtstag

Carla Skobjin (Frankfurt/Oder) am 2. April

Rolf Burger (Rosenthal) am 3. April

Albrecht Schauerhammer (Cottbus) am 3. April

Iris Harnack (Halle) am 25. April

Peter Stolte (Potsdam) am 29. April

#### Zum 75. Geburtstag

Angelika Dicke (Neustadt an der Orla) am 28. April

Wilfried Raid (St. Alban) am 30. April

#### Zum 70. Geburtstag

Rita Fulsche (Neubrunn) am 7. April

Gisbert Heilemann (Zühlendorf) am 11. April

Ingo Höhmann (Berlin) am 24. April

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

# Der „Kornwalzen“-Skandal

Im Spätherbst 1912 erhielt Karl Liebknecht ein anonymes Material, aus dem hervorging, daß Krupp und das Kriegsministerium bei der Forcierung der Aufrüstung zusammenwirkten. Am 8. November wandte sich Liebknecht an das Kriegsministerium. Er bat um Informationen über die von der Firma Krupp betriebene Bestechung von Beamten dieses Amtes. Insgesamt 15 Kopien von Geheimberichten legte er bei, und als Aufbewahrungsort der Originale gab er die Geheimschränke eines Herrn von Drewitz, Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp, an. Karl Liebknecht verlangte eine gründliche Untersuchung dieses ungeheuerlichen Bestechungsskandals und wies darauf hin, daß die verantwortlichen Personen bei ihrer außerordentlichen Macht leicht imstande sein werden, die Spuren zu verwischen, wenn nicht mit großer Vorsicht und Energie zugegriffen wird. Er bat, ihn über das Ergebnis der Ermittlungen zu informieren und bemerkte, daß er sich bei der Wichtigkeit der Sache vorbehalten müsse, an geeigneter Stelle auf sie zurückzukommen. Die Geheimberichte, von denen nach Liebknechts Anzeige 750 beschlagnahmt wurden, trugen den Decknamen „Kornwalzen“.

Die obersten Behörden des kaiserlichen Deutschland glaubten anfangs noch, das Material sei gefälscht. Eine Untersuchung erbrachte aber den Beweis, daß die Dokumente echt waren. Der Staatsanwalt stellte den Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gegen die Firma Krupp. Wilhelm II., enger Freund von Krupp, war beunruhigt. Er forderte Berichte an. Der Kriegsminister teilte ihm am 7. Februar 1913 mit, sieben Personen seines Ressorts seien verdächtig. Sie wurden verhaftet. Der Justizminister mußte in seinem Bericht vom 13. Februar die Echtheit der Liebknechtschen Informationen zugeben. Nunmehr konnte der Staatsanwalt – sehr zum Unwillen des Kaisers – nicht umhin, Anklage zu erheben. Die Hauptverantwortlichen, wie der Vorsitzende des Direktoriums der Friedrich Krupp AG, der Geheime Finanzrat Alfred Hugenberg und der spätere Generaldirektor der Friedrich Krupp AG, der königliche Landrat Max Röter, wurden nicht angeklagt, sondern nur niedere Beamte des Kriegsministeriums und leitende Angestellte der Firma Krupp. Es gab geringfügige Strafen für die Angeklagten.

Nach Feststellung der Echtheit unterbreitete Liebknecht das Material der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Diese reagierte differenziert. David, Südekum und Noske bezweifelten nach wie vor die Echtheit der Dokumente. Sie wollten so verhindern, daß Liebknecht im Plenum des Reichstages auftrat. Andere waren unentschlossen. Ledebour sprach sich für die Nutzung des Materials aus, um die kriegstreiberische Politik zu entlarven. Die Fraktion beschloß, daß Liebknecht bei der Behandlung des Heeresetats in die Debatte eingreifen sollte.

Am 18. und 19. April 1913 enthüllte Karl Liebknecht in den Sitzungen des Deutschen

Reichstages, daß die Firma Krupp jahrelang Beamte der Regierungsbehörden und Offiziere des Heeres und der Marine bestochen hatte. Auf diese Weise hatte sich die Firma Informationen über Bewaffnungsfragen, über Konstruktionen und Versuche der Behörden und der Konkurrenzfirmen sowie über die Preise anderer Werke verschafft. Es war ein unwiderlegbarer Nachweis darüber, daß Krupp Beamte und hohe Offiziere zum Verrat militärischer Geheimnisse verleitete.

Am 18. April 1913 sagte Karl Liebknecht in seiner Reichstagsrede: „In einer Zeit, in der in der ‚Kreuzzeitung‘ ein Regierungsrat schreiben konnte, ‚Herr, gib uns wieder Krieg!‘, in der die ‚Konservative Korrespondenz‘ schreiben konnte: ‚Ein Krieg kommt uns gerade recht‘, in der Herr von der Goltz sagen konnte: ‚Wenn es doch endlich wieder losginge!‘, in einer Zeit, die den gefährlichen Gedanken des Präventivkrieges durch die fortgesetzten Rüstungen geradezu provoziert, in einer Zeit, in der Herr General von Goltz in Potsdam bei der Yorck-Feier öffentlich erklärt: ‚Wir brauchen keine Tugendbolde!‘, meine Herren, in einer solchen Zeit ist es außerordentlich interessant, ein Gebiet zu beleuchten, das bisher noch kaum jemals recht beleuchtet worden ist, und damit bloßzulegen eine der Wurzeln der Kriegsgefahren, die den europäischen Völkern und speziell auch dem deutschen Volk drohen. Ich will mich beschäftigen mit den Praktiken und Schleichwegen unserer Militärlieferanten.“ Liebknecht ging davon aus, daß die Vaterlandslosigkeit des Kapitals für die Sozialdemokratie eine altbekannte Tatsache ist, je patriotischer sich das Kapital gebärde, um so vaterlandsloser sei es. Die Rüstungsproduzenten geben ihre Lieferungen ganz systematisch nach dem Ausland, „überall hin, wo nur am besten bezahlt wird, gleichviel, ob späterhin die Waffen, die dorthin geliefert werden, gegen die deutsche Armee benutzt werden“. Er wies am Beispiel der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken nach, daß falsche Nachrichten in die französische Presse lanciert wurden, um die Kriegshysterie zu schüren, was eine Steigerung der Rüstung im eigenen Lande zur Folge hätte. „Unsere Krupp, Stumm und Genossen, Waffen- und Munitionsfabriken können nichts Besseres wünschen, als daß in Frankreich tüchtig gerüstet wird, weil auch sie dann tüchtig Arbeit bekommen und viel Geld verdienen ... Das sind dieselben Leute, deren Profit völlig unbeeinflusst ist von dem Anlaß des Zwistes zwischen den Völkern und seinem Erfolg, bei denen die Höhe des Profits schlechthin proportional ist dem Grade der Zwietracht, des Hasses zwischen den verschiedenen Völkern ... Das sind dieselben Kreise, die die Zwietracht der Völker zu Gold münzen.“

Am 19. April 1913 enthüllte Liebknecht vor dem Parlament alle Einzelheiten des Geheimverrats durch Beamte des Kriegsministeriums an die Firma Krupp. „Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat die

Frage aufgeworfen, wie viel wir doch der Firma Krupp in Deutschland verdanken. Ich werfe die Gegenfrage auf: Was verdankt die Firma Krupp dem deutschen Volke?“

In der Reichstagsrede am 26. April 1913 legte Liebknecht noch einmal die internationale Verflechtung des Rüstungskapitals bloß. Er zeigte, wie es sich von Land zu Land gegenseitig die Bälle zuspielte, in allen Ländern zum Krieg hetzte und aus der Aufrüstung gewaltige Profite zog. Er legte dar, wie das profitlüsterne, skrupellose Rüstungskapital nicht nur die Militärverwaltung, sondern auch das gesamte Staatswesen in geradezu gemeingefährlicher Weise umklammerte und nannte die Namen hochgestellter Beamter und hoher Offiziere, die aus dem Staatsdienst in die Leitung von Rüstungsfirmen hinübergewechselt waren.

Das gibt es, wie wir wissen, heute genauso. Auch damals nutzten die Offiziere ihre Kenntnisse und Verbindungen für die Profitmacherei der Rüstungsindustriellen und für ihren eigenen Vorteil aus. Im Innern des Landes arbeiteten Krupp, Hugenberg und Konsorten mit Bestechung und Korruption, nach außen, in fremden Ländern, mit Agenten, Spionen und Provokateuren, die sie für ihre Kriegstreiberereien anwarben. Sie bezahlten und inspirierten die reaktionäre Presse, damit sie durch Falschmeldungen die Kriegshysterie aufpeitschte und gesteigerte Rüstungen forderte.

Liebknecht prangerte diese schmutzigen „Geschäftspatrioten“ an, die nicht laut genug ihre Vaterlandsliebe beteuern konnten, aber gleichzeitig mit österreichischen, belgischen und französischen Firmen Kartellverträge abschlossen. Angesichts dieser internationalen Verschwörung des Rüstungskapitals gegen den Frieden rief Karl Liebknecht den Völkern zu: „Im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, im Interesse der Förderung der Bestrebungen, die verhindern sollen, daß um solche wahnwitzige Prestigepolitik Europa in einen Krieg gebracht werde, ist es erforderlich, vor aller Welt wieder einmal mit Fingern auf jene Kapitalcliquen zu weisen, deren Interesse und deren Nahrung der Völkerunfriede, der Völkerzwist, der Krieg ist; ist es erforderlich, den Völkern zuzurufen: Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor dem äußeren Feinde, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem vor der internationalen Rüstungsindustrie.“

Karl Liebknechts Auftreten erregte in der ganzen Welt großes Aufsehen. Daran konnte auch Alfred Hugenberg nichts ändern, als er sagte, er kenne keinen Fall Krupp, er kenne nur einen Fall Liebknecht, oder wenn die gekaufte Presse alle möglichen Vertuschungsmanöver anwandte und Wilhelm II. Krupp demonstrativ den Roten Adlerorden verlieh. Ein Prozeß fand statt, der Reichstag mußte eine Untersuchungskommission einsetzen und eine eventuelle Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ins Auge fassen. Das war es dann aber auch.

Dr. Kurt Laser

# Papst Franziskus – an der Seite der Völker

Persönlichkeiten und Aktivitäten der Päpste stehen nicht außerhalb der historischen Prozesse der Weltpolitik. Das gilt auch für den in Argentinien Hauptstadt Buenos Aires am 17. Dezember 1936 geborenen Jorge Mario Bergoglio, der am 13. März 2013 zum 266. Papst gewählt wurde und sich als solcher in Anlehnung an Franz von Assisi (1182–1226) den Namen Franziskus gegeben hat. (...) Der Charakter der Amtsführung von Papst Franziskus ist auch für Außenstehende erkennbar im Einklang mit Franz von Assisi. (...)

Zu den wichtigsten Aufgaben einer das Christentum konkret lebenden Kirche ge-

war ein Signal für die Verbundenheit des Papstes mit den beiden Wegweisern der Theologie der Befreiung.<sup>[3]</sup> Oscar Romero hat 1979 auf der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla die Option der Kirche für die Armen bekräftigt und als Bischof in El Salvador konkret danach gehandelt. (...)

Bischof Romero, der sich von der Ethik des Marxismus hat bereichern lassen, wurde vom Vatikan mehrfach abgemahnt. Dagegen empfing Benedikt XVI. freundlich krieche- rische Transformerzähler aus dem Umfeld der Fokolare-Bewegung, weil ihm diese zur geistigen Korruption nützlich erschienen.<sup>[4]</sup>

und verurteilte die kleinen Minderheiten, die aus Profitgier dieses Elend verursachen.<sup>[7]</sup> 2016 erklärte Papst Franziskus in Anlehnung an den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse am 1. Mai jeden Jahres den zweiten Sonntag vor dem Advent als „Welttag der Armen“. Als ersten offiziellen Auftritt außerhalb von Rom besuchte Papst Franziskus am 8. Juli 2013 die Flüchtlingsinsel Lampedusa und entlarvte mit dieser Geste Gleichgültigkeit und Grausamkeit des westlichen Imperialismus, dessen Kultur der Zustand der Korruption ist.<sup>[8]</sup> In der Anonymität sozioökonomischer Entscheidungen wird vom Kapitalismus der Weg zu solchen Flüchtlingsdramen bereitet.<sup>[9]</sup>

Das Pastoral von Papst Franziskus ist nicht katholisch klerikal, er sucht Verbündete über die Grenzen religiöser Bekenntnisse hinaus gegen die überall auf der Welt herrschenden Verbrechen bis hin zu den global geführten Kriegen. Wiederholt benennt Papst Franziskus die riesige und boomende Rüstungsindustrie als unmittelbaren Profiteur der Kriege. Dabei zeigt er sich als Pazifist, was nach sich zieht, daß er die Formen der Kriege nicht unterscheidet. Es kann aber zum Beispiel die bewaffnete, kriegerische Erhebung eines Volkes gegen seinen imperialistischen Aggressor wie in Palästina nicht verurteilt werden, wenn alle friedlichen Mittel des Dialogs versagen. (...)

Im Interesse des Weltfriedens rückt Papst Franziskus von der von seinen beiden Vorgängern im Amt deklarierten Einzigartigkeit der Katholischen Kirche ab und führte brüderliche Gespräche mit namhaften Vertretern anderer Religionen. „Mit Frieden gewinnt man alles“ ist ein Buchtitel von Papst Franziskus.<sup>[10]</sup> Mit dem ägyptischen Großimam von Al-Azhar Ahmad Al-Tayyib (\*1946) unterzeichnete er ein „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“. Erstmals haben zwei führende Vertreter der beiden in den Medien als zumeist Kontrahenten und Konkurrenten wahrgenommenen Weltreligionen gemeinsam ein komplexes Papier unterzeichnet, in dem die Freiheit eines jeden Menschen zur „Bekenntnis-, Gedanken-, Meinungs- und Handlungsfreiheit“ erklärt wird und die Frauen „von allen historischen und sozialen Zwängen“ befreit werden sollen. (...)

Bei allen Anzeichen eines „stückweisen Dritten Weltkriegs“ sollen die „wahren Lehren der Religionen“ für den Aufbau des weltweiten Friedens in den Vordergrund treten.<sup>[11]</sup> In seiner Sozialenzyklika „Fratelli tutti“ (3. Oktober 2020) identifiziert sich Papst Franziskus mit den Interessen der „Geratingsten“.<sup>[12]</sup> Als „Schwester“ und „Mutter“ wird von ihm in der Enzyklika „Laudato si“ (24. Mai 2015) die Erde benannt. Dabei verschwinden die ganzheitlichen ökologischen Probleme nicht hinter einer esoterischen Nebelwand „Zurück zur Natur“, vielmehr wird, beraten vom Befreiungstheologen Leonardo Boff (\*1938), der den Schrei der Hungernden mit der Verwüstung der Erde



Von einer Todesschwadron erschossen, von Papst Franziskus heiliggesprochen: Erzbischof und Befreiungstheologe Óscar Romero (1917–1980)

hört die Unterstützung von Bewegungen, die gerechtere Strukturen in der Gesellschaft schaffen wollen. Papst Franziskus ruft nach einer Wirtschaft, „die nicht tötet“.<sup>[1]</sup> Der von ihm angestoßene synodale Prozeß soll für die Kirche Möglichkeiten finden, mit ihrer Lehre an den kulturellen Wirklichkeiten der verschiedenen Völker in gemeinsamer humanistischer Verantwortung anzuknüpfen. Es wäre nicht die deutsche Kirche, wenn diese ihre Identität nicht in einer Machteilnahme an den zum Krieg und Rüstung treibenden herrschenden Kräften suchen und die Kirchenspaltung in Kauf nehmen würde. Die Menschenrechte sind Papst Franziskus nicht individuelle Privilegien, weshalb für ihn der Rückzug aus der herrschenden globalen Politik ein zu verurteilendes Pharisäertum ist. Er ist im Einklang mit dem Befreiungstheologen Ignacio Ellacuría SJ (1930–1989), der sagt, daß den armen und deklassierten Völkern nicht nur mit Caritas materieller Lohn gegeben werden solle, „sie sollen vielmehr aktive Subjekte ihrer eigenen Befreiung sein“.<sup>[2]</sup> (...)

Am 14. Oktober 2018 hat Papst Franziskus den Grenzen überschreitenden Paul VI. heiliggesprochen. Am selben Tag hat er Oscar Romero (1917–1980) heiliggesprochen. Das

Weil Bischof Romero nicht nachließ, das Volk aufzurufen, sich selbst zu helfen und sich nicht allein auf Fürbitten zu verlassen, wurde er am 24. März 1980 als „Prophet einer Kirche der Armen“ von imperialistischen Söldnern gezielt ermordet.<sup>[5]</sup> Jon Sobrino SJ (\*1938) hat seinem Erinnerungsbuch aus den Briefen des hingerichteten Apostels Paulus (um 10–67), dessen Name sich Paul VI. gegeben hat, vorangestellt: „Allseits bedrängt, beherrscht uns doch nicht die Angst ... zu Boden geworfen, sind wir doch nicht vernichtet“ (2Kor 4,8–9).<sup>[6]</sup> Die Theologie der Befreiung mußte und muß sich bei ihrem Mitleiden weiter im Kampf für die Befreiung entwickeln, auch der Marxismus entwickelte sich als dialektischer und historischer Materialismus weltanschaulich und methodisch im Kampf immer weiter und studiert ohne Idealismus die Welt als Ganzes, wobei der Mensch als das Wichtigste im Mittelpunkt steht. (...)

## Rundschreiben für die Weltgemeinschaft

Papst Franziskus schrieb in seinem ersten Pontifikatsjahr mit der Enzyklika „Evangelii gaudium“ (24. November 2013) sein politisches Manifest nieder. Er nahm politisch Partei für die Armen und Opfer in aller Welt

durch die transnationalen, die Emotionen der Menschen beherrschenden Konzerne in Verbindung bringt.<sup>[13]</sup> Papst Franziskus möchte im Sinne von Jesus von Nazareth die alles erfassende Liebe des von der Kirche angenommenen Gottes zu den Menschen und der Menschen zueinander in das Zentrum stellen. (...)

Innerhalb seines Kirchenapparats muß sich Papst Franziskus mit unversöhnlichen Gegenströmungen konfrontieren. Dazu gehören beispielhaft die beunruhigend mächtige, nicht nur inmitten von Wien residierende, 1928 in Spanien begründete und weltweit agierende Organisation Opus Dei, dessen Gründer Josemaría Escrivá de Balaguer (1902–1975) eine militaristische Theologie ohne Barmherzigkeit vertrat und von Johannes Paul II. heiliggesprochen wurde (2002).<sup>[14]</sup> Escrivá war klerikaler Komplize von Augusto Pinochet (1915–2006), der in Chile mit Logistik aus den USA am 11. September 1973 die 1970 demokratisch gewählte Unidad Popular mit Salvador Allende (1908–1933) als Präsidenten gestürzt und eine blutige Militärdiktatur errichtet hat. Ob der damalige Jesuitenprovinzial Bergoglio SJ, der sein Nachbarland schon wegen seines Studienaufenthaltes gut gekannt hat, die Menschenrechte öffentlich verteidigt hat, ist schriftlich nicht festgehalten worden, Schlußfolgerungen aus dem Geschehen in Chile scheint er jedenfalls zunächst keine gezogen zu haben. Ab 1976 (bis 1983) stand Bergoglio SJ in seiner eigenen Heimat der faschistischen Militärdiktatur um Jorge Rafael Videla (1925–2013) und dem offenkundigen System von Mord und Folter abwartend gegenüber, diskrete Hirtenworte ändern daran gar nichts. (...)

### An der Seite der Völker

So eindeutig, wie Papst Franziskus zu den alten und neuen Formen der Kolonialisierung Nein sagt und für die jahrhundertelangen Untaten der Katholischen Kirche um Vergebung bittet, so eindeutig sagt er Ja zur Begegnung der Völker und Kulturen. Papst Franziskus spricht vom „dritten Weltkrieg“, den wir in der Gegenwart erleben. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne Armut und Not, ohne Obdachlosigkeit und Unwissenheit müsse endlich am Horizont der Menschheit sein. Die weltpolitischen Ideen von Papst Franziskus werden ohne radikale Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nicht real werden. Daß das möglich sein kann, läßt die Erinnerung an die Gründung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) am 30. Dezember 1922 mit ihrer bei allen Irrtümern befreienden Ausstrahlung auf die ganze Welt bis hin zu China zu. Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) gehört mit seinen revolutionären Appellen und Schriften zu den Pionieren dieser sozialen Gesellschaft. Jahrzehnte wurde vom Vatikan der französische Naturwissenschaftler und Jesuitenpriester Teilhard de Chardin SJ (1881–1955) totgeschwiegen. In seiner Enzyklika „Laudato si“ wird Teilhard de Chardin SJ von Papst Franziskus sogar zitiert und damit seine Rehabilitation offiziell in die Wege geleitet.<sup>[15]</sup> 1936 sprach Teilhard de Chardin SJ voll

Bewunderung, daß „alle Tatsachen seit 20 Jahren die insgeheim im Evangelium Lenins verborgene geistige Kraft [beweisen“]. „Der wahre Name des Kommunismus wäre“, so Teilhard de Chardin SJ, „der ‚Terrenismus‘. Von dieser Begeisterung für die Quellen und die Zukunft der Erde geht eine wirkliche Verfügungskraft aus“.<sup>[16]</sup> Teilhard de Chardin SJ war nicht allein. Albert Einstein (1879–1955) hat Lenin als „Erneuerer des Gewissens der Menschheit“ bezeichnet.<sup>[17]</sup>

Teilhard de Chardin SJ und Einstein sahen das, was gewollt und gehofft wurde. (...) Angesichts des alles beherrschenden Gottes des Profits und der ihm unterworfenen Massenmedien spricht Papst Franziskus auf seine Weise das Gewissen der Menschheit an. Es fehlt ihm dabei in wichtigen Fragen an der „Parteidisziplin“ seiner Kirche, insbesondere in Europa und in den USA.

Gibt es Anlaß zu Optimismus? Die Weihnachtsgeschichte um die Geburt von Jesus Christus, die Bibel und schließlich das „Ausbeutersystem“ des Katholizismus haben den zu den bedeutendsten Marxisten des vorigen Jahrhunderts gehörigen Bertolt Brecht (1898–1956) von Jugend an begleitet. [50] Mitte der 80er Jahre hat der durch seine Liebesgeschichte „Dshamilja“ weltweit bekannt gewordene kirgisische Schriftsteller Tschingis Aitmatov (1928–2008) eine Parabel über die Rolle von Jesus in der Gegenwart geschrieben: „Wohin treibt das Menschengeschlecht bei diesem tollwütigen Wettstreit um die militärische Überlegenheit? Und falls Er [d. i. Jesus] beschlösse, ein zweites Mal unsere Sünden auf sich zu nehmen und ans Kreuz zu gehen, dann würde Er schwerlich die Seelen der Menschen anrühren, die aggressive Religion der überlegenen Militärstärke hält sie versklavt ...“.<sup>[18]</sup>

Im Klassenkampf gibt es nur eine Barrikade und die Kirche muß sich entscheiden, auf welcher Seite sie kämpft. Papst Franziskus hat sich für die Völker entschieden, der größte Widerstand kommt ihm dabei aus dem Innern seiner Kirche selbst entgegen.

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

*Redaktionell gekürzt*

*Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 18.1.23*

### Anmerkungen

- [1] Papst Franziskus: Für eine Wirtschaft, die nicht tötet. Wir brauchen und wir wollen Veränderung. Mit einer Einführung von Thomas Seiterich. Publik-Forum Camino-Buch. Verlag Katholisches Bibelwerk GmbH, Stuttgart 2015.
- [2] Ignacio Ellacuría: Eine Kirche der Armen. Für ein prophetisches Christentum. Aus dem Spanischen von Raúl Fornet-Ponse (= Theologie der Dritten Welt. Hg. vom Missionswissenschaftlichen Institut Missio unter der Leitung von Harald Suermann. 40. Eine Kirche der Armen). Herder Verlag Freiburg / Basel / Wien 2011, S. 197.
- [3] Im vollen Wortlaut: Papstpredigt bei Heiligsprechungen – Vatican News
- [4] Vgl. Baier – Zeitung der Arbeit
- [5] Martin Maier SJ: Oscar Romero. Prophet einer Kirche der Armen. Herder Verlag Freiburg / Basel / Wien 2015.

- [6] Jon Sobrino: Sterben muß, wer an Götzen rührt. Das Zeugnis der ermordeten Jesuiten in San Salvador: Fakten und Überlegungen. Für die deutsche Ausgabe Edition Exodus und Ludwig Kaufmann, Fribourg / Brig / Zürich 1990, 2. A. 1991.
- [7] Gerhard Oberkofler: Geben befreiungstheologische Positionen von Papst Franziskus zur Hoffnung Anlaß? trafo Verlag Berlin 2018.
- [8] Jorge Mario Bergoglio. Papst Franziskus: Korruption und Sünde. Eine Einladung zur Aufrichtigkeit. Aus dem Spanischen von Ulrich Ruh. Mit einer Einführung von Michael Sievernich SJ. Herder Verlag Freiburg / Basel / Wien 2014.
- [9] Vgl. Papst Franziskus: Habt keine Angst. Geflüchteten und Migranten begegnen. Mit einer Einleitung von Michael Czerny SJ. Patmos Verlag Ostfildern 2019. Dort S. 9–21: Wo ist dein Bruder? Predigt auf der Flüchtlingsinsel Lampedusa. 8. Juli 2013.
- [10] Papst Franziskus: Mit Frieden gewinnt man alles. Im Gespräch mit Dominique Wolton über Politik und Gesellschaft. Aus dem Französischen von Gabriele Stein. Herder Verlag Freiburg / Basel / Wien 2019.
- [11] Vgl. Gerhard Oberkofler: Papst Franziskus sucht einen gemeinsamen Weg des Christentums mit dem Islam im Interesse des Weltfriedens: <https://zeitungderarbeit.at/feuilleton/papst-franziskus-sucht-einen-gemeinsamen-weg-des-christentums-mit-dem-islam-im-interesse-des-weltfriedens/>.
- [12] Patmos Verlag Ostfildern 2020.
- [13] Papst Franziskus: Laudato si. Die Umwelt-Enzyklika. Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Herder Verlag Freiburg / Basel / Wien 2015; Leonardo Boff: Franziskus aus Rom und Franz von Assisi. Ein neuer Frühling für die Kirche. Aus dem Portugiesischen übersetzt von Bruno Kern. Butzon & Bercker Kelvelauer 2014; Carlo Petrini: Terrafutura. Gespräche mit Papst Franziskus über Ökologie, Migration und soziale Gerechtigkeit. Aus dem Italienischen von Franziska Kristen. Rotpunktverlag Zürich 2021; vgl. auch Byung-Chul Han: Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken. S. Fischer Frankfurt a. M. 3. A. 2014.
- [14] Peter Hertel: Schleichende Übernahme. Das Opus Dei unter Papst Benedikt XVI. Publik-Forum Edition 2002; Martin Rhonheimer: Wir brauchen eine Rezession! Der Pragmaticus 16. Dezember 2022: Inflation: Wir brauchen eine Rezession! | Der Pragmaticus
- [15] Laudato si, Pkt. 83.
- [16] Pierre Teilhard de Chardin: Das Tor in die Zukunft. Ausgewählte Texte zu Fragen der Zeit. Hg. und erläutert von Günther Schiwy. Deutscher Tb Verlag München 1987, S. 90 (Aus: Die Menschheit retten. Peking, 11. November 1936).
- [17] Siegfried Grundmann: Einsteins Akte. Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik. Springer Verlag Berlin / Heidelberg 1998, S. 331.
- [18] Tschingis Aitmatow: Der Richtplatz. Aus dem Russischen von Friedrich Hitzer. Unionsverlag Zürich 2007, S.245; dazu auch Gerhard Oberkofler: Nach Zerstörung folgt Missionierung. Jesuitenmission in Kirgisien. Mitteilungen der Kommunistischen Plattform DIE LINKE. Heft 2 / 2015, S. 25–27.

# Die Angst des BRD-Machtapparats vor dem Programmwurf der KPD 1968

Drehen wir das Rad der Zeit um 55 Jahre zurück. Im Süden Vietnams hatte Ende Januar 1968 die Tet-Offensive der Freiheitskämpfer der FNL gegen etwa 100 von den US-Truppen und den Kräften des südvietnamesischen Marionettenregimes gehaltene Städte und Stützpunkte begonnen. Allabendlich brachten die Fernsehbilder der Flächenbombardements der US-Operation „Rolling Thunder“ den Krieg in jedes westdeutsche Wohnzimmer. Die Wirtschaft in der BRD steckte in der ersten Rezession der Nachkriegsjahre, das vom Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) bei Machtantritt der Großen Koalition 1966 aufgelegte Konjunkturprogramm hatte viel versprochen, dann aber nur das wenigste gehalten. In den Betrieben und an den Universitäten wuchs der Unmut. Die aus der Ostermarsch-Bewegung hervorgegangene außerparlamentarische Opposition (APO) formierte sich gegen die geplanten Notstandsgesetze. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) organisierte massenhaft Universitätsbesetzungen und verband auf den zahlreich stattfindenden Demonstrationen die Forderungen gegen Bildungsmisere, Ausbeutung und den Krieg des Weltpolizisten in Indochina.

Wir schreiben den 8. Februar 1968: In Frankfurt/Main hatte der „Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD“ zur Pressekonzferenz ins Hotel Hamburger Hof unweit des Hauptbahnhofs geladen. Einziger Tagesordnungspunkt: die Vorstellung des neuen Programmwurfs der seit dem 17. August 1956 im Westen Deutschlands verbotenen Partei. Die Mitglieder des Zentralkomitees der KPD, Max Schäfer, Grete Thiele und Herbert Mies waren eigens aus der DDR angereist. Kaum hatten sie sich ihren Weg durch die Reihen der etwa 100 wartenden Journalisten gebahnt, fuhren draußen vor dem Hotel die Einsatzfahrzeuge der politischen Polizei auf. Während draußen Aktivisten Broschüren mit dem 47-seitigen Programmwurf an Passanten verteilten, verschafften sich die Beamten drinnen Zutritt. Der Einsatzbefehl kam von ganz oben, das Bundesinnenministerium hatte ihn kurz zuvor nach Frankfurt gekabelt. Die Versammlung müsse wegen „Förderung der Ziele der verbotenen KPD“ sofort aufgelöst werden. Unter lautstarkem Protest der Journalisten wurden Max Schäfer und Herbert Mies abgeführt und ins Präsidium gebracht. Für einen Haftbefehl reichte es nicht, sie kamen tags drauf wieder frei. Am Abend nach der Verhaftung fanden sich etwa 1000 Teilnehmer bei der

Solidaritätsveranstaltung an der Frankfurter Uni ein, das KPD-Mitglied Manfred Kapluck sprach, das dürfte die Freilassung beschleunigt haben. Über 100 gutbesuchte Veranstaltungen hatte der am 14.3.67 gegründete „Initiativausschuß“ bis dato bundesweit durchgeführt, immer unter dem Damoklesschwert kurzfristig drohender Versammlungsverbote. Jede Veranstaltung war eine Gratwanderung: Über die theoretischen Bedingungen einer Wiederezulassung der KPD durfte gesprochen werden, aber bei



Frankfurt am Main, 8. Februar 1968: Herbert Mies wird verhaftet

Strafe war untersagt, Inhalte und Zielsetzungen der seit 12 Jahren in den Untergrund gezwungenen Partei zu verbreiten. Das galt erst recht für die Verbreitung des neuen Programmwurfs der KPD. Zur strafrechtlichen Verfolgung griff der westdeutsche Staat häufig auf den damals geltenden § 90a Strafgesetzbuch zurück: „Rädelführerschaft in der Fortführung einer verfassungswidrigen Partei“, ein Gesetz, das auch heute (wieder) gilt, nur mit anderer Ziffer (§ 84 StGB). Wie groß die Angst vor dem Programmwurf gewesen sein muß, läßt sich an der Zahl der beschlagnahmten Exemplare absehen. Allein in der zweiten Februarwoche 1968 waren es 105 000 Broschüren. Seit dem Tag ihres Verbots verfügte die KPD über ein stabil ausgebautes Netzwerk, um in der Zeit der Illegalität zu überwintern. Geschwächt zwar (6 000 Mitglieder statt 80 000 im Jahre 1956) und den stetigen Angriffen des Strafverfolgungsapparats ausgesetzt (über 125 000 Ermittlungsverfahren seit Verbot), ruhte die politische Arbeit der Partei keinen Tag. Zentrales Ziel war die Aufhebung des KPD-Verbots. Seit Anfang 1967 standen die politischen Rahmenbedingungen hierfür günstig. In den Betrieben mehrten sich die Resolutionen, die sich

gegen das Parteiverbot wandten, an den Hochschulen lud man die Kommunisten zu Versammlungen und Teach-Ins ein. An vielen Orten entstanden linke Initiativen, wie das am 3.2.68 ins Leben gerufene „Sozialistische Zentrum“ in Offenbach, die sich für eine Aufhebung des Verbotsurteils einsetzten. Das KPD-Urgestein Josef „Jupp“ Schleifstein, ZK-Mitglied und Mitbegründer der „Marxistischen Blätter“, beschrieb die damalige Situation nicht ohne Stolz: „Die Kommunisten wurden nun tätig, als ob das Parteiverbot nicht mehr bestünde. Das Netz der Initiativausschüsse entwickelte sich praktisch zum Gerüst einer offenen Organisation“. Durch das von Außenminister Willy Brandt Anfang 1967 in seiner Rede vor dem Europarat ausgerufene „Ziel einer dauerhaften europäischen Friedensordnung“ und die damit einhergehende Annäherung beider deutscher Staaten auf diplomatischer Ebene, drängte sich die Frage, weshalb die BRD als einziges Land in Europa am Verbot der Kommunisten festhielt, immer mehr in den Vordergrund. Neben den „Initiativausschuß“, der sich auf die Öffentlichkeitsarbeit konzentrierte, trat im Februar 1967 zusätzlich die „Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Wiederzulassung der KPD“. Unter dem KPD-Vorsit-

zenden Max Reimann konzentrierte sie sich auf die Herstellung von Gesprächskontakten zur Bundesregierung, den Spitzen der Bundestagsfraktionen und einzelnen Abgeordneten, um für das Ziel einer Revision des KPD-Verbots zu werben. Euphorische Zustimmung war bei diesen Adressaten nicht zu erwarten, aber auf offene Ohren durfte man hoffen. Entspannt und ungefährlich war die Lage für die Aktivisten der KPD, die im Frühjahr 1968 ihre politische Arbeit auf die Wiederzulassung der Partei konzentrierten, deswegen aber keineswegs. Noch im April 1968 waren drei Duisburger Kommunisten wegen „Rädelführerschaft“ zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt worden. Überdies gestaltete sich die Arbeit der Verhandlungskommission schwierig. Schon beim ersten Sondierungsgespräch, das KPD-Unterhändler Ludwig Landwehr mit dem amtierenden Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) am 21.4.67 in der russischen Botschaft in Bonn-Rolandseck führte, türmte Heinemann immense rechtliche Hürden für den Weg zu einer Wiederzulassung der KPD auf: Da es – anders als z.B. bei Strafurteilen – für Entscheidungen des BVerfG keine gesetzlich geregelte Wiederaufnahme gebe, hätten weder das Gericht noch die



Bundesregierung das Verbot per Federstrich aus der Welt schaffen können. Um dies zu bewerkstelligen, müssten Grundgesetz und Verfassungsgerichtsgesetz geändert werden, was indes nur mit einer (bei diesem Anliegen unerreichbaren) Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten möglich wäre. Bei einem weiteren Treffen im Mai 1968 zwischen dem Abgesandten der KPD Otto Niebergall und dem Heinemann-Staatssekretär Horst Emke, war auch die Rede vom peinlichen „Gesichtsverlust“, der einträte, falls Westdeutschland seine Verbotspraxis im Nachhinein revidieren müsste. Auf der Innenministerkonferenz am 12.10.67 in Ulm hieß es dann noch, eine kommunistische Partei könne sich jederzeit gründen, diese müsse aber „deutlich“ von der alten KPD abweichen. Damit schien die Wiederzulassung der KPD in weite Ferne gerückt, die Neugründungsidee lief ihr den Rang ab. Aber aus gutem Grund taten sich

die Gremien der KPD schwer mit dieser Idee. Bedeutete sie doch, das Ziel der Aufhebung des KPD-Verbots aufzugeben oder zumindest hinten anzustellen und – was schwerer wog: Sorgte nicht der „Rädelsführer-Paragraf“ dafür, daß eine Partei, die an die Stelle der „alten“ KPD treten würde, vom Tag ihrer Zulassung an ständig bedroht war, als Ersatz- oder Nachfolgeorganisation „bei Bedarf“ erneut verboten zu werden? Andererseits: Bestünde die KPD, zwar verboten, aber trotzdem organisatorisch fort, hielte sie an der Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots fest und gründete sich daneben eine Partei in Westdeutschland, mit von der KPD unabhängiger, eigenständiger Organisation und Programmatik, könnte man dann noch von Ersatz- oder Nachfolgeorganisation sprechen? Alles in allem ein Wagnis zwar, aber auch die einzige Option, die in diesem Moment der taktisch günstigen

nationalen und internationalen Umstände für die Arbeit einer kommunistischen Partei in Westdeutschland zu ergreifen war. Von Herbert Mies wissen wir, daß ab Mitte 1968 die Vorbereitungen zur Neukonstituierung einer legalen Kommunistischen Partei anliefen. Die Rädelsführervorschrift schaffte man noch 1968 ab. Die KPD bestand fort. Ebenso das Verbotsurteil von 1956. Die Deutsche Kommunistische Partei gründete sich am 25.9.1968. Wenige Tage nach ihrem ersten Parteitag im April 1969 war in einer Presseerklärung der Bundesregierung vom 23.9.69 bereits wieder die Rede von Überwachung, die DKP müsse „sorgfältig beobachtet“ werden, bevor zu entscheiden sei, „ob gegen sie mit den gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden muß“. Wen überrascht es? Zum Jahresbeginn 1975 führte man die Rädelsführervorschrift wieder ein.

**Dr. Ralf Hohmann**

## 25. Parteitag der DKP tagte in Gotha

Mit einer Analyse der Weltlage und der Situation von Arbeiter- und Friedensbewegung in der BRD eröffnete der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele am 17. März den regulären DKP-Parteitag in der Stadthalle Gotha. Der Kongreß fand zum ersten Mal in einem ostdeutschen Bundesland statt. Köbele erklärte vor den 170 Delegierten: „Die Entwicklung der Produktivkräfte, die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, sie schreien geradezu nach seiner Überwindung – und gleichzeitig kann sich die Überwindung durch den Sozialismus nicht durchsetzen ohne das revolutionäre Handeln der Menschen.“

Solange das nicht eintrete, bedeute das „Krieg, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, imperialistische Ausbeutung, Hunger, Verelendung, Krankheit, Armut, Spaltung.“ Die strategische Hauptaufgabe sei, „die Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kriegs- und Krisenabwärtungskurs der Herrschenden

zu beenden und Arbeiter- und Friedensbewegung zusammenzuführen.“ Das seien die Zielsetzungen des Leitantes „Heizung, Brot und Frieden – Wirken in der Klasse“ sowie der geplanten Mitgliedsbuchneuausgabe. Beiden Anträgen stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit zu.

Nach einem begeisternden Kulturprogramm mit Erich Schaffner und dem Akademischen Arbeiterliedchor aus Frankfurt am Main am Abend des ersten Beratungstages tauschten die Delegierten am folgenden Tag konkrete Erfahrungen der Parteiarbeit in Betrieben und Gewerkschaften, in Kommunen und in der Friedensbewegung aus. Die stellvertretende DKP-Vorsitzende Wera Richter ging in ihrer Einleitung zur Friedensarbeit auf die gegenwärtige Hetze in den Medien ein: „Der Vorwurf einer Querfront ist schnell gemacht und zerstörerisch.“ Für die DKP sei „klar, wir demonstrieren nicht mit faschistischen Organisationen.“ Etwas anderes seien aber Wähler der AfD oder Mitglieder der

Partei „Die Basis“. Entscheidend sei, die eigene Orientierung in die Friedensbewegung hineinzutragen.

Internationale Gäste waren zu diesem Parteitag nicht eingeladen – mit einer Ausnahme: Die kubanische Botschafterin in Deutschland, Juana Martínez González, wurde begeistert empfangen. Mehr als 40 weitere Parteien schickten Grußbotschaften. Der Parteitag verabschiedete am 19. März nach kontroverser, aber sachlicher Diskussion mit großer Mehrheit den Antrag des Parteivorstandes „Die VR China, ihr Kampf um den Aufbau eines modernen sozialistischen Landes und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse.“

Wiedergewählt wurden Patrik Köbele als Parteivorsitzender sowie Wera Richter als seine Stellvertreterin mit jeweils mehr als 90 Prozent der Stimmen. Ebenso einmütig wurden weitere 25 Mitglieder des Parteivorstandes berufen.

**Arnold Schölzel**

## Skandalös: Linken-Abgeordnete fordert Waffen

Nach einer Reise in die Ukraine hat die sächsische Landtagsabgeordnete Juliane Nagel von der Partei Die Linke (PDL) Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen, sondern eher befürwortet. Ihre Position begründet die Leipzigerin unter anderem mit der großen Skepsis und der Distanz linker ukrainischer Gruppierungen, welche die diesbezügliche Debatte in der PDL nur mit großem Unverständnis wahrnehmen würden. Nagel steht mit ihrer Forderung nicht allein und kann u.a. auf den thüringische Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zählen, der in seiner Argumentation schon auf ähnlichen Bahnen unterwegs war.

Fakt bleibt aber eines: Gibt die PDL ihren Status als einzige Friedenspartei im Deutschen Bundestag auf, kann das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin abgeschlossen und der Schlüssel auch gleich in die Tonne geworfen werden. Dann hätte sich das Projekt Linkspartei bei allen schon bestehenden Schwierigkeiten wohl endgültig erledigt. Die Landtagsabgeordnete wäre also gut beraten, sich um den Zustand ihrer Partei im Freistaat zu sorgen. Bei den Landtagswahlen von 1994 bis 2009 schwebte die sächsische Linke noch auf einer Erfolgswoge (16,5 %, 22,2 %, 23,6 %, 20,6 %). Dem folgte 2014 zunächst ein sanfter Niedergang auf 18,9 %, 2019 schließlich der Absturz

auf 10,4 %. Somit fand sich die Partei quasi auf dem Niveau aus dem Jahr 1990 wieder. Nach der letzten Umfrage erhielt die PDL in Sachsen nur noch ganze 8,0 %. Die sächsische Volksvertreterin sieht bei dieser Prognose „hervorragende Zukunftschancen der PDL“, allerdings ohne Sahra Wagenknecht. Nagel will sich nämlich nicht mehr mit innerparteilichen Konflikten und Widersprüchen auseinandersetzen, sondern endlich „politische Positionen für die Zukunft von links“ entwickeln. Die Frage ist nun, ob dazu dann im Parteiprogramm ganz offiziell auch Waffenlieferungen in Kriegsgebiete gehören werden.

**Rico Jalowitzki**

# „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaftsordnung bleiben ...“

Der dies bekannte, war August Bebel, der gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gründete. Sein politisches Wirken fiel in eine Periode der Herausbildung sozialistischer Massenparteien des 19. Jahrhunderts. In den 60er Jahren machte sich der gelernte Drechsler von preußischen Kasernenhofvorurteilen frei und wurde zunächst Anhänger des Liberalismus, der, wie Lenin es formulierte, „gegen den Sozialismus kämpfte“. Durch Broschüren Lassalles, aber insbesondere durch Wilhelm Liebknecht, der aus dem Londoner Exil zurückkam, wurde er Sozialist, und zwar ein zum lebenslangen Lernen bereiter Sozialist, auch in Gefängnissen. Zusammen mit Liebknecht trug er entscheidend dazu bei, daß die beiden Arbeiterparteien (Eisnacher und Lassalleaner) sich auf marxistischer Grundlage vereinten. Nach der Gründung des Deutschen Reichstags wurde Bebel bereits mit 27 Jahren ins Parlament gewählt und gehörte diesem bis zu seinem Tod ohne Unterbrechung an. Zusammen mit Liebknecht enthielt er sich 1870 bei der Bewilligung der Kredite für den Deutsch Französischen Krieg lediglich der Stimme, was Marx und Enges rühten. Gab es 1870 lediglich zwei Stimmenthaltungen, so war es immerhin Liebknechts Sohn Karl, der am zweiten Dezember 1914 ganz im marxistischen Sinn gegen die Kriegskredite stimmte. In der Verfolgungszeit unter dem Sozialistengesetz kämpfte Bebel gegen opportunistische Strömungen, fiel allerdings auch für kurze Zeit auf den Systemphilosophen Professor Eugen Dühring herein, ja es ging sogar soweit, daß auf einem Parteitag ein Antrag eingebracht wurde, die Kritik von Friedrich Engels an Professor Dühring im Zentralorgan der Partei nicht mehr zuzulassen. Bebel selbst unterließ die Eseei, einen Brief von Friedrich Engels von 1875 anlässlich des Gothaer Programms mit einer wertvollen Aussage, Lenin spricht von der vielleicht bemerkenswertesten Betrachtung in den Werken von Marx und Engels über den Staat, 36 Jahre, von 1875 bis 1911, in der

Schublade liegengelassen zu haben. Neben dem sehr wichtigen Hinweis von Engels, daß das Proletariat den Staat in der Revolution nicht im Interesse der Freiheit gebraucht, sondern zur Niederhaltung seiner Gegner, ist es vor allem die Ausführung, daß man das Wort „Staat“ fallenlassen und durch das Wort „Gemeinwesen“ ersetzen sollte, die also lange Zeit vor der Öffentlichkeit verschlossen blieben und erst im zweiten Teil der 1911 erschienenen Memoiren Bebels „Aus meinem Leben“ zugänglich wurden. Zwei wichtige Publikationen von Bebel waren in diesem Zeitraum zu verzeichnen: 1875 veröffentlichte er ein Werk: „Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters“ und 1879 seine Hauptschrift: „Die Frau und der Sozialismus“, deren immenser Einfluß auf das Bewußtsein proletarischer Massen nicht unterschätzt werden darf. Die Anregungen zu diesem Buch, das zuerst unter dem Tarntitel: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ erschien, holte sich Bebel durch das Studium der französischen sozialistischen Utopisten, insbesondere Fouriers. Das Werk über den Bauernkrieg verfaßte Bebel während seiner Festungshaft im Landesgefängnis Zwickau, ohne daß ihm die Schrift von Friedrich Engels über diesen Krieg vorlag. Er sprach sich schon hier für ein Bündnis mit den Bauern aus, sie sollten sich „die Hände reichen und gemeinsam den schönsten und größten Befreiungskampf kämpfen, den die Welt je gesehen.“ (August Bebel, Der deutsche Bauernkrieg unter Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters, Braunschweig, 1876, S. 230)

Die beiden Bauernkriegswerke von Engels und Bebel stießen der Obrigkeit auf und wurden während des Sozialistengesetzes von der „Königlichen Regierung zu Schleswig“ am 2. November 1878 verboten. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 wurde die Sozialdemokratische Partei zu einer wirklichen Massenpartei. In ihr war Bebel in seinem

Element und wurde ihr allseitig anerkannter, „am meisten geliebte Führer“. (Lenin, August Bebel, Werke, Band 19, Dietz Verlag Berlin, 1962, S. 285)

In einer bündnispolitischen Frage – er sprach sich für ein Bündnis mit den kleinen und mittleren Bauern aus – konnte sich Bebel aber nicht durchsetzen. Unvergessen ist seine Rede auf dem Dresdner Parteitag 1903: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen.“ Ein Satz, dem Leute von Bernstein über Ebert, Scheidemann, Noske, Brandt, Schmidt, Schröder bis Scholz verteufeln. Es ist eine tiefe Tragik für die deutsche Arbeiterbewegung, ja für das ganze deutsche Volk, daß Bebel – ein „Vorbild eines Arbeiterführers, eines Repräsentanten und Mitkämpfers der Lohnsklaven des Kapitals in ihrem Massenkampf für eine bessere Ordnung der menschlichen Gesellschaft“ –, wie Lenin ihn bezeichnete, den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus in der SPD verlor.

Nach seinem Tod (1913) versuchte man die Partei der Arbeiterklasse zu einer kleinbürgerlichen Partei sozialer Reformen zu machen. Unter den Beamten der Arbeiterbewegung, unter den Intellektuellen fand die neue opportunistische Seuche zahlreiche Anhänger. Bebel hatte leider nicht recht behalten, daß er die sozialistische Revolution noch erleben werde. Seine Beisetzung fand unter sehr großer Anteilnahme der Massen auf dem Friedhof Sihlfeld statt.

Die SPD ist heute nicht mehr die Partei Bebels, sie ist eine Partei Noskes und Hörsings, eine Partei der Bluthunde des Kapitals. Man vergleiche Bebels stolze Worte: „Ich will ein Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft bleiben ...“ mit der Kriegspolitik eines Olaf Scholz, der sich anschiekt, das deutsche Volk ins Verderben zu führen.

Heinz Ahlreip  
Hannover

## Der Ernst-Busch-Chor wird 50

Gegründet aus Anlaß der X. Weltfestspielen 1973 als Chor der Parteiveteranen, mit dem Anspruch, das Erbe Ernst Buschs zu erhalten und zu pflegen, hat sich unser Ensemble, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus, einen Namen gemacht. Mit einem umfangreichen Repertoire von Arbeiter-, - Kampf-, - und Friedensliedern, klassischem Erbe und zeitgenössischer Musik erfreuen wir mit unseren Auftritten seit Jahrzehnten ein großes Publikum. Nun steht unser 50jähriges Jubiläum bevor und wir freuen uns, Euch am

**Samstag, dem 22. April 2023,  
um 15.00 Uhr, im Kino „Babylon“,  
Rosa-Luxemburg-Straße 30,  
10178 Berlin,**

zu unserem Festkonzert begrüßen zu können.

Eintrittskarten zu 15 Euro können jeden Mittwoch im Foyer des früheren ND-Gebäudes, Franz-Mehring-Platz 1, oder online über [ebc-karten@gmx.de](mailto:ebc-karten@gmx.de) erworben werden.

Am 21. April wird unsere Mitstreiterin

### Greta Lautsch

aus Berlin 80 Jahre alt. Greta ist da, wenn sie gebraucht wird, ob in der Regionalgruppe Marzahn-Hellersdorf, in der Öffentlichkeitsarbeit oder im Versandkollektiv. Seit 15 Jahren ist sie aktiv und zuverlässig hier tätig und hat somit ihren Anteil daran, daß der „RotFuchs“ stets pünktlich versandt wird. Liebe Greta, wir gratulieren Dir sehr herzlich und wünschen Dir immerwährende Gesundheit.

**Redaktion und Vorstand**

# Eine Schule für den Frieden

## Vor 70 Jahren wurde die Zentralschule des Deutschen Friedensrates gegründet

In Götschendorf, einer kleinen Gemeinde in der Uckermark, wurde in den 50er Jahren friedenspolitische Geschichte der DDR geschrieben. Der Ort war in dieser Zeit Sitz der Zentralschule des Deutschen Friedensrates (DFR) in der DDR. Sie war seine zentrale Bildungseinrichtung, in die Freunde, Mitarbeiter und Sympathisanten der Friedensbewegung aus Ost und West zu Gesprächen, Seminaren, Kolloquien und zu Schulungen eingeladen wurden. Am 8. April 1953 wurde die „Stätte der Begegnung“ in feierlicher Form im ehemaligen Feudalschloß, das der letzte regierende Fürst von Lippe 1910/11 erbauen ließ, eröffnet. Der Generalsekretär des Deutschen Friedensrates, Prof. Dr. Heinz Willmann, nahm die Einweihung und Eröffnung vor. Zahlreiche Ehrengäste betonten ihre und ihrer Organisationen Verbindung zur Friedensbewegung der DDR. Von da an wehte die Fahne mit der Friedensstaube – das bis heute von Picasso gestaltete gültige Zeichen der Friedensbewegung – über dem fürstlich-lippischen Jagdschloß. Der Start stand unter der Losung „Deutschland muß ein Hort des Friedens werden“. Damit sollte dem Grundanliegen der Bevölkerungsmehrheit beider deutscher Staaten entsprochen werden, dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt zu sichern und ein demokratisches, einheitliches Deutschland zu schaffen.

Am 19. Februar 1952 hatte dazu das Deutsche Friedenskomitee in Berlin den entscheidenden Beschluß gefaßt: Eine Schule mußte her. Eine „Findungskommission“ wurde eingesetzt. Von ihr wurden Objekte in Augenschein genommen, die aber alle zu klein waren und zu hohe Kosten für eine Instandsetzung erforderten. Letztlich fanden die Emissäre das aus ihrer Sicht geeignete Gebäude: Das sich in Volkseigentum befindliche Schloß in Götschendorf am Nordrand der Schorfheide. Es war mit dem Auto in 75 Minuten von Berlin zu erreichen, hatte eine Kapazität von 50 bis 60 Plätzen und außerdem einen entsprechend großen Lektionssaal. Die nächste Bahnstation war nur drei Kilometer entfernt. Das Schloß hatte mehrfach den Eigentümer gewechselt und wurde schließlich zu den Liegenschaften Hermann Görings um Carinhall geschlagen. Bis zur Eröffnung der Schule mußten aber manche Hindernisse beiseite geräumt werden. So bedurfte es intensiver Komplettierungs-, Einrichtungs- und Aufräumarbeiten. Geplant waren dafür 70 000 Mark der DDR, die aber nicht ausreichten. Allein für Innenrenovierung und Möblierung waren im Haushalt 1953 14 000 DM vorgesehen. Die Renovierung der Fassade und andere Arbeiten am Objekt mußten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden: Die Zentrale in Berlin rief zur absoluten Sparsamkeit auf. Die Baukontrolle unterlag der Abteilung Organisation beim Sekretariat des DFR, der wöchentlich Bericht zu erstatten war. Das erste Problem war die Tatsache, daß die Umsiedelung der im Schloß wohnenden 20 zum Teil kinderreichen Umsiedler- und Flüchtlingsfamilien nicht so schnell erfolgen konnte wie geplant.

Im Oktober 1952 vermeldet das Protokoll, daß Familie Sperling als letzte in die für sie bestimmte Wohnung im Kieswerk umziehen werde. Die laufenden Kosten für die Instandhaltung des Schlosses ab 1953 betragen rund 20 000 Mark der DDR jährlich. Schulleiter war von 1. März 1953 bis Herbst 1958 Fritz Rathig, ab 1957 gewähltes Mitglied im Gemeinderat von Götschendorf. Bevor das Lehrerwohnhaus fertiggestellt war, wohnte er mit seiner Familie ebenso wie die anderen Angehörigen des Lehr-



**Gebäude der Zentralschule in Götschendorf (Quelle: Archiv des Autors)**

körpers in der Zentralschule. Große Aufmerksamkeit galt immer wieder der Versorgung, für die Eigeninitiative angesagt war. Erst mit Beginn des 21. Lehrganges wurde festgelegt, daß nach einer Sondernorm verpflegt wird. Im März 1955 hatte das Ministerium für Handel und Versorgung für alle Teilnehmer an Schulen der Parteien und Massenorganisationen eine Anmeldung in der Gemeinschaftsverpflegung angeordnet. Das führte dazu, daß nun Lehrgangsteilnehmer immer eine Abmeldung von ihrem Heimatort bzw. Betrieb mitbringen mußten. Pro Teilnehmer und Tag gab es 150 Gramm Fleisch, 60 Gramm Butter, 10 Gramm Margarine, 10 Gramm Speck, 30 Gramm Käse, ein halbes Ei und ein Achtel Liter Milch. 27 Männer und Frauen gehörten zum festen Personalstamm der Schule. Der erste Lehrgang fand vom 4. 5. bis zum 22. 5. 1953 statt. Insgesamt wurden in den fünf Jahren 58 Lehrgänge mit über 4500 Teilnehmern durchgeführt.

Die Erziehung zum Frieden war von Anbeginn des jungen Staates eines seiner obersten Prinzipien und in der Verfassung festgeschrieben. So war es nur folgerichtig, daß eine Organisation wie der Friedensrat in der DDR Bestandteil des Staates war. Der renommierte Schriftsteller F. C. Weiskopf schrieb im April 1953 dazu in das Gästebuch der Schule: „Ich wünsche der Zentralschule des Friedensrates eine so erfolgreiche Tätigkeit, daß sie überflüssig wird, weil niemand mehr den Frieden zu bedrohen wagt.“ Hauptaugenmerk wurde auf die Planung und Ausarbeitung der Lehrgangsinhalte und die Schaffung von Unterrichtsmaterial gelegt.

Das um so mehr, weil alle sozialen Schichten und Berufe unter den Teilnehmern vertreten waren. Sie kamen aus der gesamten DDR und aus Westdeutschland. Vorgeschlagen wurden sie von den dort wirkenden Friedenskomitees oder hatten sich selbst beworben. Vielfach handelte es sich um Personen, die keiner Partei oder gesellschaftlichen Organisation angehörten oder kaum Aussicht hatten, sich neben ihrer beruflichen Tätigkeit das Wissen anzueignen, das als Voraussetzung für eine qualifizierte Tätigkeit in den Friedenskomitees erforderlich war. Entsprechend waren die Lehr- und Arbeitspläne und -programme für die allgemeinen Lehrgänge gestaltet.

Die Hauptaufgabe der vielen nationalen und internationalen Gastlektoren, -referenten und Besucher bestand in der Vermittlung ihrer Erfahrungen und Meinungen zum Friedenskampf. Ziel der Schulungen war es, gemeinsame Antworten zu finden auf die Frage: „Wie entstehen Kriege? Wie werden Kriege gemacht?“ Es sollten Pfade aufgespürt werden, die zu einem sicheren Frieden führen und gemeinsam beschritten werden konnten. Von persönlichen Erfahrungen und Kenntnissen ausgehend, galt es, die Vertreter der Friedensräte mit mehr theoretischem Wissen und praktischem Können auszustatten. Entsprechend waren die Programme für die allgemeinen Lehrgänge gestaltet. Aktuelle Ereignisse wurden aufmerksam verfolgt und behandelt. Die Länge der Kurse richtete sich nach ihrem Inhalt, in der Regel dauerten sie drei bis vier Wochen. Die Lehrenden hatten ein erhebliches Arbeitsvolumen zu bewältigen, sie mußten sich die für ihre Tätigkeit erforderlichen Voraussetzungen im intensiven Selbststudium und in eigenen Seminaren aneignen.

Selbstverständlich war, daß man sich zudem Zeit für die Belange des Dorfes nahm. Es gab gemeinsame Arbeitseinsätze, auf Initiative der Zentralschule wurde ein Kindergarten eingerichtet, gemeinsam beging man die gesellschaftlichen Feiertage. Auch die Ankunft des ersten Mähdreschers der MTS wurde gebührend gefeiert. Die Einweihung eines Findlings – unter dem deutsche und sowjetische Soldaten ruhen – auf dem Dorffriedhof führte die Einwohner, Lehrgangsteilnehmer und Vertreter der Schule zu einer gemeinsamen Veranstaltung am 8. Mai 1955 zusammen. Im Herbst 1958 wurde die „Stätte der Begegnung“, wie sie seit 1957 offiziell hieß, in Götschendorf geschlossen und nach Grünheide bei Berlin verlegt, wo sie noch kurze Zeit existierte. Aus dem Schloß wurde ein Ferien- und Erholungsheim, das die Wirren von 1989/1990 überstand. Heute ist das unter Denkmalschutz stehende, stark sanierungsbedürftige Gebäude im Besitz der russisch-orthodoxen Kirche, die das Areal für einen Euro erwarb und als Kloster mit dem Namen St. Georg, als Deutsch-Russisches Zentrum für geistliche und kulturelle Zusammenarbeit, betreibt.

**Dr. Michael Polster**  
Berlin

## Zum Tod Bruno Mahlows

Bruno Mahlow kam 1937 als Kind kommunistischer Emigranten in Moskau zur Welt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde seine Familie nach Taschkent evakuiert. Dort begannen sein Schulbesuch und das bewußte Erleben des Vielvölkerstaates UdSSR. 1947 kehrten die Mahlows nach Berlin zurück. Bruno studierte in Moskau und arbeitete danach im diplomatischen Dienst der DDR, seit 1967 in der Abteilung Internationale Beziehungen des Zentralkomitees der SED.

Er war zutiefst mit der Sowjetunion und Rußland verbunden. Im UZ-Gespräch zum 100. Gründungstag der UdSSR sagte er: „Der Sieg der Sowjetunion über den Faschismus darf nie vergessen werden. Und sofort muß die Frage beantwortet werden: Wie war dieser Sieg möglich?“ Seine Antwort darauf zeigt viel vom Menschen Bruno Mahlow, von seiner Fähigkeit zur nüchternen historischen und politischen Analyse und von der Meisterschaft, mit der er den historischen und dialektischen Materialismus als Erkenntnisinstrument handhabte.

Neben der Revolution und ihrer Verteidigung durch die rasch aufgestellte Rote Armee nach dem vom deutschen Imperialismus diktierten Frieden von Brest-Litowsk 1918, nannte er zwei Leistungen,

die zum Sieg von 1945 beitrugen: die Industrialisierung des weitgehend zerstörten europäischen Landesteils sowie die rasche Entwicklung durch die Neue Ökonomische Politik (NÖP), die 1921 von Lenin konzipiert wurde. Das Problem, das die NÖP aufwirft, beschäftigt uns bis heute – siehe China, Vietnam oder Kuba. Es ging darum, sagte Bruno, „nicht zu schwafeln oder zu meinen, Revolutionen werden am grünen Tisch entschieden, sondern energisch zuzupacken – mithilfe kapitalistischer Elemente“, etwas Unerhörtes in der Geschichte und in der Theorie des Sozialismus.

Die Bearbeitung dieses Problems, die spezifische Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft, wurde nach Brunos Auffassung spätestens seit dem XX. Parteitag der KPdSU vernachlässigt. Für ihn führte das entscheidend mit zum Ende der europäischen sozialistischen Staaten. Das auf Verat zurückzuführen, schien ihm zu flach, er sprach von Schwindel und Konzeptlosigkeit und konnte das beurteilen, erlebte er doch den Niedergang aus nächster Nähe. Seit den 70er Jahren war er Dolmetscher Erich Honeckers bei Gesprächen mit der KPdSU-Führung. In einem „junge Welt“-Interview schilderte er 2015 einen Wendepunkt, den er selbst erst spät als solchen

begriff: „1981 kam der Sekretär des ZK der KPdSU, Konstantin Russakow, im Auftrag von Leonid Breschnew, dem damaligen Generalsekretär der KPdSU, zu einem Gespräch mit Erich Honecker nach Berlin. Es ging um die Reduzierung der sowjetischen Erdöllieferungen an die DDR um zwei Millionen Tonnen im Jahr. (...) Es ging hin und her, bis Russakow erklärte: ‚Ein großes Unglück ist geschehen‘, und die Situation mit der zur Zeit des Friedens von Brest-Litowsk 1918 verglich, also mit einer Situation, in der es um die Existenz der Sowjetmacht ging.“ Was gemeint war, habe er, Bruno, erst viel später begriffen: Für die KPdSU-Führung ging es um Sein oder Nichtsein der Sowjetunion. Das ahnte niemand in der DDR-Führung.

Bruno war nach der Konterrevolution im Ältestenrat der PDS und später der Partei Die Linke aktiv, bis das Gremium vor einem Jahr von der Parteiführung als „dysfunktional“ aufgelöst wurde. Im Herbst 2022 trat Bruno in die DKP ein.

Bruno war ein Weiser im Sinne von Brechts Gedicht über das Buch „Taoteking“. Einiges hat er aufgeschrieben, längst nicht alles, was er weitergeben wollte. Sein Tod am 22. Februar kam zu früh.

Arnold Schölzel

## „RotFuchs“-Veranstaltungen im April

### ■ Regionalgruppe Rostock

**Am 1. April um 10 Uhr** spricht Kamal Salehezadeh, iranischer Dozent, zum Thema: **Zur aktuellen Entwicklung im Iran und seine Rolle in Nahost**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

### ■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

**Am 12. April um 15 Uhr** spricht Sabine Zimmermann, ehemalige Bundestagsabgeordnete Fraktion Die Linke, zum Thema: **Die Entwicklung der Partei – sie geht weiter.**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

### ■ Regionalgruppe Strausberg

**Am 13. April um 15 Uhr** spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Indien und China – zwei Staaten auf dem Weg zu Weltmächten**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Strausberg (Plauderstübchen), Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

### ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am 14. April um 15 Uhr:** Diskussion mit einem Mitglied der Geschäftsführung der „jungen Welt“ **zu aktuell-politischen Fragen**

**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

### ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am 18. April um 18 Uhr** spricht Anja Mewes, Vorsitzende des Vereins Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., zum Thema: **Erfahrungen und Schlußfolgerungen bei der Formierung einer breiten Friedensbewegung**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### ■ Regionalgruppe Schwerin

**Am 19. April um 16 Uhr** spricht Kamal Salehezadeh, iranischer Dozent, zum Thema: **Der Iran mit seinen gesellschaftlichen Konflikten im Blickpunkt der Welt**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

### ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am 22. April um 10 Uhr** – Vortrag von Peter Müller: **„Eine Reise durch den Süden Rußlands“**

**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

### ■ Regionalgruppe Dresden

**Am 22. April um 10 Uhr** spricht der Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema: **Krieg und Frieden im bürgerlichen Rechtsstaat**

**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

### ■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

**Am 22. April um 10 Uhr** spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Die Veränderungen in der Welt, die neue Seidenstraße und aktuelle Entwicklungen in China**

**Ort:** Gaststätte Lindenhof, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee, OT Pätz

### ■ Regionalgruppe Nördliches Vorpommern

**Am 22. April um 10 Uhr** sprechen Daniel L. Schikora (DKP Mecklenburg-Vorpommern) und Dr. Walter Lambrecht („RotFuchs“) zum Thema: **Chinas sozialistischer Aufbau als systemische Herausforderung des Westens?**

**Ort:** Sarnowstraße 31, 18345 Stralsund

### ■ Regionalgruppe Rostock

**Am 22. April um 10 Uhr** spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel **zu aktuell-politischen Fragen.**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthersagen

Die Regionalgruppen freuen sich über die Teilnahme zahlreicher Interessenten an den Veranstaltungen.



### Frieden ist das oberste Gebot!

Jelzins Politik war Wasser auf den Mühlen des Westens. Man war fast am Ziel. Doch dann kam Putin. Seine Politik zielte nicht auf Ausverkauf, sondern auf die Stärkung des Landes.

Das war ein Schlag auf die gierigen Hände des Westens, der postwendend begann, sein aggressives Militärbündnis weiter gen Osten auszudehnen. Man wollte Rußland militärisch einkreisen, in die Zange nehmen. In der Ukraine, der letzten fehlenden Karte in diesem schmutzigen Spiel, inszenierte man einen antirussischen Putsch. Sie wurde hochgerüstet und gegen Teile des eigenen Volkes gehetzt, die sich mit der faschistischen Ausrichtung ihres Landes nicht abfinden wollten.

Nun war die Zeit gekommen, Rußland in einen Krieg zu zwingen, der das Ausbluten dieses Landes zum Ziel hat. Da faktisch alle Ressourcen und Möglichkeiten (einschließlich eines umfassenden Wirtschaftskrieges) der NATO-Länder und ihrer Verbündeten gebündelt in diesem Krieg gegen Rußland eingesetzt werden, kommt es einem Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland gleich.

Die USA verfolgen das Ziel, ihre Vormachtstellung in der Welt zu bewahren, Europa zu schwächen, den Keil zwischen Deutschland und Rußland fest zu verankern und Rußland als Konkurrenten auszuschalten.

Man spielt mit dem gefährlichsten aller Feuer, das das Potential besitzt, sich zu einem dritten Weltkrieg, einem die Menschheit vernichtenden Nuklearkrieg zu entwickeln.

Deshalb kann es nur darum gehen, den Krieg in der Ukraine unter Beachtung der Sicherheitsinteressen aller Seiten und der Anerkennung der Realitäten sofort zu beenden. Das erfordert, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen, am Verhandlungstisch einen Waffenstillstand zu vereinbaren und Bedingungen für einen dauerhaften Frieden in dieser Region zu schaffen.

**Bernd Gnant, Kühlungsborn**

### Friedensbewegung stärken

Bereits einige Jahre (seit Oktober 2016) lese ich Ihre hervorragende Zeitschrift. Sie wird auch weiterhin mein Begleiter sein. Als ich die aktuellste Ausgabe meinem Briefkasten entnahm, habe ich sofort damit begonnen, sie zu lesen. Angesichts der zahlreichen Beiträge im Zusammenhang mit dem Ukraine-NATO-RF-Konflikt habe ich den Inhalt der März-Ausgabe regelrecht „verschlungen“. Alle Beiträge fand ich lesenswert. Für mich eine echte Bereicherung ist die Dokumentation „Zur Geschichte der Ukraine“. Mit Spannung erwarte

ich den zweiten Teil. Aufgrund der gegenwärtig äußerst gefährlichen Lage, die zu einem atomaren Schlagabtausch zwischen Rußland und der NATO führen kann, gilt es alles zu tun für die Beendigung des Krieges und die Erhaltung des Weltfriedens. Die Friedenskundgebung am 25. Februar in Berlin könnte der Auftakt für eine Neubelebung der Friedensbewegung sein. Meinen mir möglichen Beitrag dazu zu leisten, sehe ich als moralische Verpflichtung an.

**Reinhardt Koblischke, Aschersleben**

### Hätte, hätte...

Im nd vom 27.2. war zu lesen, daß das „Manifest für Frieden“, das immerhin von aktuell mehr als 750 000 Menschen unterstützt wurde, und die Kundgebung „Aufstand für Frieden“ am 25. Februar in Berlin eine andere Wirkung gehabt hätten, wenn es von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens getragen worden wäre – und nicht von Leuten wie Sahra Wagenknecht.

Baerbock, Habeck, Strack-Zimmermann, Hofreiter, Göring-Eckhardt und andere stellen sich breitbeinig auf die Bühnen, stampfen mit den Beinen und posaunen ihr Caramba in die euphorischen Medien.

Die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist gegen das tägliche Waffentrommel der „Qualitätsmedien“ und Politiker. Nicht eine Zeitenwende, sondern eine Kehrtwende sollten sie verkünden. Der Kurs der Bundesregierung führt in den Untergang. Genau das zu verhindern, ist unser aller Pflicht.

**Paul Jattke, Chemnitz**

### Rassistin und Spalterin?

Ansichten Sahra Wagenknechts mußte man in vergangenen Jahren nicht immer teilen. Doch wer ihr Rassismus und Spalterei vorwirft, der lügt, diffamiert bewußt und in voller Absicht, wie es aus Reihen ihrer Partei geschieht. Beinahe lustig, wenn nicht bitterster Ernst, wie Rassismus, Kriegstreiberei, Russenhaß von den gleichen Leuten mitgetragen und betrieben wird, die Sahra Wagenknecht diese Vorwürfe machen. Ein Odessaplatz in Karlsruh hat „Antirassisten“ und Gegner von Wagenknecht in keiner Weise gestört diese „Ehrung“ zu unterstützen. Einer Politikerin, die gegen Sanktionen, Waffenlieferungen und für diplomatische Friedensverhandlungen eintritt, in heutiger Zeit höchster Gefahr vor einem dritten Weltkrieg Rassismus und Spalterei vorzuwerfen, ist ein Höchstmaß an politischem Verrat und Prinzipienlosigkeit. Was ist daran links, nach den Mordaufrufen und der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht und nach den Erfahrungen zweier Weltkriege? Was unterscheidet bestimmte Politiker der Linkspartei noch von der kriegstreiberischen Politik der Ampelregierung, die sich grün, pazifistisch, antirassistisch verstanden wissen will und doch nur von blinder Kriegswut getrieben wird. Wenn es noch gelingen sollte, einen Dritten Weltkrieg zu stoppen, dann wird sich die friedliebende Menschheit ganz gewiß derer wie Wagenknecht erinnern und wird wissen, wer die anderen gewesen sind.

**Roland Winkler, Aue**

### Kriegsverursacher entlarven!

Der US-Imperialismus, der die Weltherrschaft anstrebt, unterhält die größte Militärmacht, die meisten Militärstützpunkte auf allen Kontinenten, finanziert umfassende Geheimdienste und

arrangierte in den letzten Jahrzehnten in anderen Ländern zahlreiche Regime Changes, so auch 2014 in Kiew mit einer Summe von mehr als drei Milliarden US-Dollar. Der Krieg der USA gegen Rußland auf dem Territorium der Ukraine ist verbunden mit einem massiven Wirtschaftskrieg, Sanktionen, Geheimdienstaktivitäten, Waffenlieferungen, militärischer „Beratertätigkeit“, psychologischer Kriegsführung durch Massenmedien und Indienstellung profaschistischer, rassistischer und russophober Kräfte aus der Ukraine und anderen Staaten.

Mit dem 2014 in Kiew durch die USA finanzierten und gesteuerten Putsch hat der kollektive Westen in der Ukraine ein antikommunistisches, profaschistisches, russophobes, korruptes, nationalistisches Regime errichtet, das gegen Rußland in Stellung gebracht wurde.

Damit ist es nicht nur gelungen, den slawischen Bruderkrieg zu provozieren und militärisch massiv zu befeuern, sondern die Weltfriedensbewegung zu schwächen, zu spalten. Ein Ausdruck dafür ist die Tatsache, daß z. B. der Bundesvorstand der Partei Die Linke

- Sanktionen gegen Rußland befürwortet,
  - Solidarität mit dem Kiewer Regime übt,
  - z. T. sogar Waffenlieferungen an Kiew fordert,
  - selbst den US-Terrorakt gegen die russischen Gasleitungen in der Ostsee „übersieht“,
  - das „Manifest für Frieden“ ignoriert und nicht zur Friedenskundgebung am 25.2. in Berlin aufrief.
- Dem Vorsitzenden dieser Partei war es offenbar eine Ehre, dem Kiewer „Präsidenten“-Schauspieler in Brüssel die Hand zu geben. Als linke Partei wäre es ihre Aufgabe, Kriegsverursacher beim Namen zu nennen, zu entlarven und zum Friedenskampf zu mobilisieren.

**Horst Jäkel, Potsdam**

### Das Ende des Kapitalismus

Ende des vergangenen Jahres fand ich in unserer örtlichen Presse, dem Döbelner Anzeiger, eine Mitteilung, die „Das Ende des Kapitalismus“ verkündete. Dies in der Presse ohne die sonst übliche Häme zu lesen, weckte in mir ein lange zurückgehaltenes Triumphgefühl, denn ich wußte seit Jugendtagen (im Juni werde ich 84 Jahre alt) von einem gewissen Karl Marx, daß der Kapitalismus kein Ewigkeitsrecht besitzt und, wenn die Zeit reif ist, von der nächsthöheren Ordnung, dem Sozialismus, abgelöst wird.

Die kühne Feststellung vom Ende des Kapitalismus traf die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann, die zu einem Vortrag auf das Gut Gödelitz bei Döbeln einlud. Ich bin, in der Hoffnung, nunmehr wegweisende Worte über den gesetzmäßigen Gang der Geschichte zu hören, zu diesem Vortrag gefahren. Aber die streitbare Ulrike erwähnte den Sozialismus mit keinem Wort. Sie verwies, in Anspielung auf die derzeitige Wirtschaftslage in Deutschland, auf die geschichtliche Erfahrung der Engländer und Russen, die durch die Ernährungssituation der Jahre 1939 zur Rationierung der Lebensmittel übergehen mußten. Während sich für die Engländer unter Führung des alten Kommunistenhassers Winston Churchill die Lage bis 1954 verbesserte, zog bei den Kommunisten eine immerwährende Mangelwirtschaft ein, an der die Diktatur des Proletariats schließlich zu Grunde ging.

Aber, so die Referentin, für uns hier wird das alles nicht so schlimm werden, wir müssen eben sparen, die Vorschläge dazu sind da, also weg

vom Russengas und hin zum Waschlappen. Daß das alles schweinetuer wird, die Konzerne und die Rüstungsindustrie sich durch den, von den Amerikanern orchestrierten, Ukraine-Krieg Extraprofite einstreichen, die Bevölkerung einen Preisanstieg von mindestens 10 % dauerhaft stemmen muß, wurde zwar erwähnt, aber kaum diskutiert.

So verließ ich enttäuscht den Ort der bürgerlichen Meinungsfreiheit, ich hätte es mir denken können.

**Peter Pöschmann, Döbeln**

### Selenskij's Verbrechen

Seit dem offensichtlichen Wirtschafts- und Militärkrieg Deutschlands und der NATO gegen Rußland ist es mehr als deutlich geworden: Deutsche Regierungseliten opfern alles, die Wirtschaft, die Sozialsysteme, die Kultur, den letzten Rest von Freiheit und Demokratie für ein einziges Ziel, die Befriedigung ihres Hasses gegen Russen, Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten, Friedensfreunde – kurz, gegen alle, die den göttlichen Herrschaftsanspruch der westlichen „Supermächte“ ablehnen.

Die Welt da draußen sieht, wie Selenskij in Hitlermanier jetzt die 16jährigen und 45 bis 62jährigen Männer einzieht und verheizt, damit er die Unabhängigkeit der Republiken Lugansk und Donezk nicht zulassen muß. So werden große Teile des ukrainischen Volkes physisch vernichtet, nachdem die ukrainisch-russische Kultur sowieso schon ausgelöscht wurde. Wir, frühere DDR-Bürger, wissen, wie es sich anfühlt, wenn man als enteigneter Gast im eigenen Land seine Identität und Kultur mit allem, was man an Industrie, Kultur und Landwirtschaft aufgebaut hat, verliert, damit man in toten Dörfern Almosen und Belehrungen empfangen darf.

**Kornelia Mücksch, Schkeuditz**

### Ukraine will geächtete Waffen

In der EU hört man Kritik an Kiew's geplanten „Vergeltungsdrang“, für den Selenskij auch Streumunition und Phosphorbomben vom Westen verlangt. Die „Märkische Oderzeitung“ (MOZ) schreibt: „Streubomben richten fürchterliche Verletzungen an und sind aus gutem Grund international geächtet. Selenskij wischt das gern beiseite.“ Wer den Untergang Dresdens im Februar 1945 selbst erlebt oder Jahre später, so wie ich, dort gelebt hat – heute bin ich 91 – wird nie vergessen, was Bomben anrichten können.

Ich teile die Auffassung der MOZ, wenn sie schreibt, man müsse das Sterben auf beiden Seiten „möglichst schnell beenden wollen. Der gesellschaftliche Streit entzündet sich ... daran, mit welchen Mitteln dies am besten gelingen kann ... Laut Umfragen unterstützt etwa die Hälfte der Bevölkerung die Verhandlungslösung ... Und die meisten Unterstützer einer Friedenslösung handeln reinen Herzens und mit Sorge“. Mitten im Kriege an den Frieden denken, ist m. E. ein Gebot menschlicher Vernunft.

**Dr. Dieter Langer, Bernau**

### Was wissen wir tatsächlich über Leben und Sterben im Donbass?

Der Independent-Journalist Randall forderte, daß Presse und Funk Informationen verbreiten, die mit der Vielfalt unterschiedlicher Ansichten eine freie Meinungsbildung fördern können. Aber gerade jetzt während des Krieges in der

Ukraine wird, wie Randall feststellt, die „Pluralität durch Polarisierung, Personalisierung und Diffamierung eingeengt“. Es ist eine gefährliche Desinformation, wenn über Verluste an Menschen und Material sowie die Schrecken des Krieges einseitig, wie es die westlichen Medien praktizieren, berichtet wird.

Von den ehemals 43 Millionen Einwohnern 2014 sollen nur noch 23 bis 25 Millionen in der Ukraine sein. Über 10 Millionen sind nach Rußland geflüchtet. In den Westen gelangten nach Polen 1 553 707, in die BRD 1 021 667, nach Tschechien 476 000, Italien 164 70 und Großbritannien 152 000.

Man sagt, daß Selenskij die Soldaten ausheben, weil das Ausreiseverbot für Männer von 17 bis 60 Jahren unterlaufen wird und mit großem Aufwand die gelichteten Reihen durch „Zwangsrekrutierung“ aufgefüllt werden müssen. Nach russischen Angaben befinden sich unter den Gefangenen immer mehr Männer über 60 Jahre.

Ich befürchte, daß nach Panzern, Raketen und Kampffliegern bald der Ruf nach Soldaten den Westen erreicht.

Ich glaube, daß da nur ein mehrwöchiges Frontpraktikum der verantwortlichen westlichen Politiker in Dreck, Schlamm und Kälte hilft, diese zur Vernunft zu bringen, denn die NATO soll der Ukraine einen Friedensschluß verboten haben.

**Dr. Gerd Machalet, Siedenbolletin**

### Verhandlungslösungen jetzt!

Mit der diesjährigen privat organisierten Sicherheitskonferenz, zu der auch viele Politiker geladen wurden, sollte gezielt die Illusion über die Suche nach Konfliktlösungen im Ukraine-Krieg erzeugt werden. Wenn aber BlackRock im Hintergrund die Fäden zieht und Rußland als Konfliktpartei gleich gar nicht eingeladen wurde, dann sind Wege für rasche und nachhaltige Lösungen nicht zu finden. Im Vorfeld forderte Selenskij vom Westen die Bereitstellung von Kampfjets und die international geächteten Phosphorbomben sowie verbotene Streumunition. Von einer ernsthaften und besonnenen Suche nach diplomatischen Lösungen in dieser extrem gefährlichen Situation war weit und breit nichts zu erkennen.

Obwohl sich drei Viertel der Deutschen nach einer MDR-Umfrage gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen, lehnt die Bundesregierung die Übernahme einer Vermittlerrolle kategorisch ab. Und warum setzt sich nicht die UNO an die Spitze für Verhandlungen, um den menschenverschlingenden Krieg zu beenden?

**Raimon Brete, Chemnitz**

### Die Frage ist, wer hat die Waffe an der Schläfe?

„Mit der Waffe an der Schläfe läßt sich nicht verhandeln, außer über die eigene Unterwerfung.“ Damit hat der Kanzler recht. Die Frage ist nur, wer hat die Waffe an der Schläfe? Am 2. 2. 1990 sagte der damalige deutsche Außenminister Genscher nach einem Treffen mit dem ehemaligen US-Außenminister James Baker: „Wir waren uns einig, daß nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt nicht nur für die DDR, sondern ganz generell.“ Am 9. 2. 1990 gab Baker dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow die Zusage, daß es keinen Inch (Zoll) Osterweiterung

der NATO geben werde. Dennoch begann 1999 die NATO-Osterweiterung mit 14 Staaten. Finnland, Schweden und die Ukraine sollen folgen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg erklärte am 13. Februar: „Seit 2014 hat die NATO damit begonnen, die erhebliche Aufrüstung ihrer Streitkräfte durchzuführen, weil der Krieg nicht im Februar letzten Jahres begonnen hatte, sondern schon im Jahr 2014.“ Sehr richtig! Endlich einmal die Wahrheit. Der Krieg der ukrainischen Regierung und der Asow-Leute mit Duldung der Schutzmächte des Minsker Abkommens 2, Deutschland und Frankreich, gegen sechs Millionen Ukrainer im Donbass. Mehr als 14 000 Tote sind zu beklagen. Rußland trat am 24.2.2022 in diesen Krieg ein, der ein Stellvertreterkrieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Rußland geworden ist. Dieser Krieg ist nur bei Respektierung der legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands und aller Beteiligten zu beenden. Dazu bedarf es einer guten Diplomatie, aber keiner Waffen, um die Gefahr eines Weltbrandes zu bannen.

**Wilfried Schubert, Güstrow**

### Dienstreise nach Übersee

Anfang März flog Bundeskanzler Scholz zu Präsident Biden. Die Qualitätsmedien schwärmten von Bündnistreue zu unserem engsten Verbündeten und lobten den Staatsbesuch. Diese als Staatsbesuch hofierte Aktion hatte auf mich eher den Eindruck einer Einbestellung zum Befehlsempfang. Aus meiner NVA-Zeit weiß ich, daß die Befehlserteilung immer strengster Geheimhaltung unterliegt. Wenn ich nun an die USA-Reise von Herrn Scholz denke und an die Berichterstattung der sogenannten Qualitätsmedien darüber, drängt sich mir der Eindruck dieses Befehlsempfangs geradezu auf. Vielleicht mit der Ausnahme, daß Herr Scholz beim Befehlsempfang sitzen durfte. Mir fiel seine Unbeholfenheit schon beim ersten US-Staatsbesuch auf, als Präsident Biden ihn in seiner selbstherrlichen Art darüber informierte, daß er entscheidet, was in Deutschland erlaubt ist. Die Nord-Stream-Pipeline war aus US-amerikanischer Sicht nicht erlaubt und mußte daher zerstört werden.

Von einem Bundeskanzler, für den die Wahrung deutscher Interessen wichtig sein sollte, hätte ich nun nachdrücklichen Protest erwartet. Statt dessen nur peinliches Grinsen, als ob ihm klar war, daß sein „Chef“ ja gar nicht anders handeln könne. Das erinnert mich an des Verhalten eines Sohnes, der wegen ungebührlichem Verhalten von seinem Vater getadelt wird. Doch mit Verlaub: Herr Scholz hat hier nicht die Sohnesrolle zu spielen und Biden ist nicht sein erziehungsberechtigter Vater. So ganz nebenbei ist Scholz mitgeteilt worden, daß die Energiegrundlage seiner Industrie gecancelt wird. Ein so drastischer Eingriff in die inneren Angelegenheiten der BRD föhrlte sich für mich an, wie eine inoffizielle Kniegserklärung. Man stelle sich nur mal vor, ein anderer Staat hätte das mit den USA gemacht. Wäre es da bei einem peinlichen Grinsen geblieben?

Nach Rückkehr unseres Bundeskanzlers überraschten uns dann die Qualitätsmedien mit dem unverschämten Märchen über den Terrorakt auf unsere Gasversorgung. Hätte nur noch die Meldung gefehlt, daß Geheimdienste Hinweise haben, ein Schlauchboot mit

Sprengstoff wäre von Rostock ausgelaufen. Noch primitiver kann eine mediale Verballhornung nicht sein. Vermutlich dient dieser Blödsinn auch dem „Staatswohl“. Man sollte auch so ehrlich sein und sagen, welchem Staat es dabei wohlgehen soll.

**Jürgen Barz, Wismar**

#### Nur eine Farce

Der Name der Sicherheitskonferenz ist allerdings verfehlt, es gibt keine Beschlüsse zur Erhöhung der Sicherheit in der Welt. Im Gegenteil. Es war ein Forum zur Abstimmung und Koordinierung von Waffenlieferungen an die Ukraine. Ziel war es offensichtlich, alles zu tun, damit in diesem Land, wie Selenskij es will, bis zum letzten Ukrainer gekämpft wird. Verständlich, daß da keine Zeit blieb, sich mit der Aufklärung des terroristischen Verbrechens an Nord Stream 2 und 1 zu befassen. Auch die Untersuchung des Versuchs, die Versorgungsbrücke bei Kertsch zu sprengen, stand nicht zur Debatte. Wenn es solche Vorgänge nicht wert sind, im Zusammenhang mit den weltweiten Sicherheitsfragen erörtert zu werden, sind solche Konferenzen letztlich nur eine Farce.

Bidens Rede in Polen und seine kriegsfördernden Zusagen in Kiew vor den Toren Rußlands, waren eine zielgerichtete Ansage, den Konflikt weiterzuführen, was Moskau umgehend mit der Ankündigung des Aussetzens des Atom-Abrüstungsvertrages quittierte.

**Gerhard Perlick, Bützow**

#### Zu viel Unterwerfung

Der von uns hochgeschätzte Arnold Schölzel bittet in der März-Ausgabe des RF alle Leserinnen und Leser, das „Manifest für Frieden“, initiiert von Sara Wagenknecht und Alice Schwarzer, im Internet zu unterschreiben. Wir teilen die Sorge der Initiatorinnen, des wohl größeren Teils unserer Gesellschaft und auch der RF-Redaktion hinsichtlich der Entwicklung dieses Krieges, wir teilen mit Arnold und der Redaktion den Wunsch nach raschem Frieden und wir würden an jeder Kundgebung für das „Manifest für Frieden“ ohne Zögern teilnehmen. Aber eine Unterschrift unter diesen Text ist uns unmöglich. Es sind zu viele Kotas im Aufruf untergebracht, die auf falschen, fehlerhaften oder nicht überprüften Behauptungen basieren. Der „brutale Angriff Rußlands auf die ukrainische Bevölkerung“, ohne dabei die wohl mittlerweile hinlänglich bekannten Auslöser auch nur zu erwähnen, mag einer Strategie geschuldet, die es möglichst vielen „Schwankenden“ erlaubt, trotzdem zu unterschreiben. Sei es drum, und der Erfolg soll ja die Mittel heiligen. Wir wollen darob auch keine schlechten Noten verteilen, aber der Vorgang zeigt, warum knappere Texte mit wenigen Kernforderungen (siehe Krefelder Appell) unverfänglicher und doch ebenso erfolgreich sein können. Der „Angriff Rußlands nach einem brutalen Krieg der Ukraine gegen die eigene Bevölkerung im Donbass“ hätte uns nicht zögern lassen, so aber ist es uns unmöglich zu unterzeichnen. Es wird schon zu viel Unterwerfung unter die Meinung der Herrschenden eingefordert – es reicht. Vielleicht sehen wir uns ja bei der nächsten Kundgebung des „Aufstandes für Frieden“.

**Thomas Hohnerlein und Christel Buchinger, Gersheim-Medelsheim/Saar**

#### BRD votierte gegen UN-Resolution

Die Kriegscoalition fühlt sich sicher und gibt – der Zustimmung der gleichgeschalteten Massenmedien gewiß – unverblümt zu, Verträge wie Minsk nur abgeschlossen zu haben, um sie zu brechen und die Ukraine aufzurüsten. Auch NATO-Chef Stoltenberg bekennt jetzt: „Der Krieg in der Ukraine begann nicht 2022, sondern 2014.“ Und die BRD, die vorgibt, den Faschismus bekämpfen zu wollen, stimmte im Dezember 2022 erstmals gegen die jährlich eingebrachte UN-Resolution, die die Verherrlichung und Wiederbelegung des Faschismus verurteilt. Seit 2014 taten dies nur die USA und – die Ukraine, wo inzwischen Nazi-Symbole und –Denkmäler zum öffentlichen Bild gehören. Aber auch das ist nicht die ganze Wahrheit:

„... Denn wie Dokumente zeigen, operiert die CIA tatsächlich seit den 1950er Jahren kontinuierlich in der Ukraine – dabei meist an der Seite rechtsextremer Nationalisten.

Nachdem die Nazis bei ihrem Vormarsch gegen die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg bereits auf die Unterstützung ukrainischer Nationalisten unter Stepan Bandera gesetzt hatten, nahm nach dem Krieg die CIA Banderas Sicherheitschef Mikola Lebid unter ihre Fittiche. Lebid wurde in internen Dokumenten von den Amerikanern als ‚bekannter Sadist und Kollaborateur der Deutschen‘ mit ‚hinterhältigem Charakter‘ beschrieben, und man wußte von ihm, daß die Gestapo ihn ausgebildet hatte. Lebid wurde zum wichtigsten Mann der CIA, um im Kalten Krieg Einfluß auf die Ukraine zu nehmen. Ab etwa 1950 war dies die Aufgabe der CIA-Operation ‚Aerodynamic‘, zu deren Schlüsselfigur Lebid aufstieg. Es wurden Agenten in die Ukraine ein- und ausgeschleust und das Untergrundnetzwerk des Landes in jeder Hinsicht unterstützt ...“ (aus: Paul Schreyer, „Freedom and Democracy“, „junge Welt“ vom 24.9.2014)

**Erika Beltz, Gießen**

#### Intentionen der SZ-Gründerväter sind vergessen

Von 1972 bis 1988 hatte ich das Vergnügen, die Süddeutsche Zeitung zu drucken und selbstverständlich auch zu lesen. Wie sehr habe ich mich gefreut, nach der konservativ-reaktionären Presse in meinem Heimatland Tirol endlich ein liberales Medium mit fundierten Hintergrundberichten und ausgewogener Berichterstattung in Händen zu halten. Aber lang, lang ist es her, und von den Intentionen der SZ-Gründerväter ist nichts mehr übrig geblieben. Die SZ von heute schwimmt wie so viele andere europäische Medienprodukte im EU- und NATO-gelenkten Mainstream mit. Ein besonderes Highlight in ihrer Wortwahl haben aber Jan Heidtmann und Boris Herrmann im Artikel „Von Friedensfreunden und Feindbildern“ am 27. Februar auf Seite 5 der SZ geliefert, wo sie schreiben: „Noch während Schwarzer redet, macht sich ein größerer Teil der FRIEDENSMEUTE schon wieder auf den Heimweg.“ Man könnte meinen, in einer Spätausgabe des „Stürmer“ zu lesen oder in Springers Bildzeitung, aber nein, es steht in der Süddeutschen Zeitung des Jahres 2023. Wie hieß es noch im Frühjahr 1945: „Mit unseren Wunderwaffen ist der Endsieg unser!“ Heute heißen die Wunderwaffen Leopard II,

Kampfjets und Sanktionen. Selenskij befiehlt – wir liefern dir, bis alles in Scherben fällt! Ich konnte an der Friedensdemo in Berlin nicht teilnehmen, fühle mich aber dennoch mit den diffamierten Demonstranten der „Friedensmeute“ solidarisch.

**Wilfried Bader, Angerberg/Tirol**

#### Wahlen in Berlin

Ich hätte gern mal Mäuschen hinter den Türen der Mächtigen in Berlin gespielt, als immer deutlicher wurde, daß die Wahl zum Berliner Senat vom September 2021 für ungültig erklärt werden muß, da Manipulationen bzw. Fehler, die damals aufgetreten sind, zu offensichtlich wurden und eine Wiederholung gefordert wurde. Allerdings ist auch eine andere Sicht auf die Dinge möglich. Vielleicht war ja das Wahlergebnis nicht genehm und es mußte korrigiert werden. Aber das sind natürlich Spekulationen, die ich allerdings den hier Herrschenden durchaus zutraue. Bleiben wir bei den belegbaren Dingen und das sind in diesem Fall die Ergebniszahlen laut Berliner Landeswahlleiter:

Wahlberechtigte: 2.431.772 (diese setze ich = 100 %). Nicht zur Wahl gegangen sind 899.608 (36,9 %); CDU: 428.100 (17,6 %); SPD: 278.978 (11,5 %); Grüne: 278.873 (11,5 %); Linke: 184.954 (7,6 %); AfD: 137.810 (5,7 %); FDP: 70.416 (2,9 %); Andere: 137.160 (6,3 %)

Das sind die absoluten Prozentzahlen inklusive der Nicht-Wähler, die sich durch keine Partei vertreten fühlen, die eben keiner Partei ihre Stimme geben, auch dies ist eine getroffene Wahl.

Keine mögliche Koalition dieser Parteien hat von den Wählern tatsächlich den Auftrag bekommen zu regieren, niemand kommt nach den realen Zahlen der gesamten Wählerschaft auf über 50 %, selbst wenn CDU, SPD und Grüne sich „zusammenschmeißen“ werden es nur 40,6 %.

Mal sehen, wann die Menschen merken, daß es eben auch nur noch eine Minderheit der Wähler ist, die diese „Volksvertreter“ will und die Mehrheit eben nicht mehr.

**Wolfgang Schade, Dessau**

#### „RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

**Rainer Behr:**  
030-98 39 98 30

**Wolfgang Dockhorn:**  
030-241 26 73

oder die formlose Bestellung per

**E-Mail: [vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)**

# ELBE TAG

★ TORGAU 1945 - 2023 ★  
78. JAHRESTAG DER BEGEGNUNG

82. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS  
NAZIDEUTSCHLANDS AUF DIE  
SOWJETUNION



**Friedensdemonstration und  
Kundgebung am 22. April 2023**  
12:00 Uhr am Brückenkopf / Ostufer - Elbbrücke  
Torgau Markt - Denkmal der Begegnung

## ■ Regionalgruppe Potsdam

**Am 25. April um 18 Uhr** – Der zweite Weltkrieg im Film „Der unbekannte Krieg“ (Unternehmen Barbarossa) mit anschließender Diskussion

**Ort:** Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

## ■ Regionalgruppe Falkensee

**Am 25. April um 19 Uhr** spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: „Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung“

**Ort:** Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

## ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am 28. April um 18 Uhr** – Gemeinsame Veranstaltung mit der Partei Die Linke Leipzig im Rahmen der Buchmesse: **Buchlesung** mit Zaklin Nastic, MdB Die Linke, „Die Welt geht nicht unter, wenn wir es nicht wollen“

**Ort:** Liebknechtshaus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

## ■ Regionalgruppe Harz

**Am 28. April um 15 Uhr** spricht Oberst a. D. Jörg-Uwe Laasch zum Thema: „Die Ukraine im aktuellen Zeitgeschehen“

**Ort:** Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

## ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 29. April um 10 Uhr** spricht der Militärgeschichtler Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Rußland in der globalen geostrategischen Abwehr?**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160-238 30 85  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. h.c. Gerhard Giese  
Bernd Gutte  
Georges Hallermayer  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki  
Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Dr. Kurt Laser  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Holger Michael  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

### Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net  
Aribert Schilling u. v. a. m.

### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

### Finanzen:

Jürgen Claußner  
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin  
Tel. 030-427 27 66

### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXXc